

Bernd Hüttner (Hrsg.)

# **VERZÖGERTER WIDERSTAND**

**DIE ARBEITERBEWEGUNG UND  
DER ERSTE WELTKRIEG**

14

Verzögerter Widerstand  
Die Arbeiterbewegung und der Erste Weltkrieg



Bernd Hüttner (Hrsg.)

**VERZÖGERTER WIDERSTAND**

DIE ARBEITERBEWEGUNG UND

DER ERSTE WELTKRIEG

Rosa-Luxemburg-Stiftung

## **IMPRESSUM**

MANUSKRIPTE – Neue Folge wird herausgegeben  
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig  
V. i. S. d. P.: Martin Beck

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2194-864X · Redaktionsschluss: Mai 2015

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

## **INHALT**

Bernd Hüttner <b>Vorwort</b>	7
Axel Weipert <b>Zur aktuellen Geschichtsschreibung über den Ersten Weltkrieg</b>	10
Gisela Notz <b>Widerstand sozialistischer Frauen gegen den Krieg</b>	20
Jochen Weichold <b>AnarchistInnen, SyndikalistInnen und der Erste Weltkrieg</b>	31
Ottokar Luban <b>Die Massenstreiks für Frieden und Demokratie</b>	40
Reiner Tosstorff <b>Die Zimmerwalder Bewegung</b>	46
Marga Voigt <b>Clara Zetkin und ihr Wirken gegen den Krieg im Spiegel ihrer Briefe</b>	59
Reiner Tosstorff <b>Die Antikriegsbewegung im Rhein-Main-Gebiet</b>	70

Henning Holsten «Die Lage wird bedrohlich. (In Neukölln geht das besonders schnell.)» Proletarischer Widerstand und Protest in einer Groß-Berliner Vorstadtgemeinde	79
Mario Hesselbarth <b>Der Widerstand der sozialistischen Arbeiterinnen und Arbeiter: Das Beispiel Jena</b>	89
Holger Politt <b>Im Wettlauf der Geschichte</b> Rosa Luxemburg und der Ausbruch des Ersten Weltkrieges	98
Marcel Bois <b>Zeiten des Aufruhrs</b> Die globalen Proteste am Ende des Ersten Weltkrieges	103
<b>Verzeichnis der Autorinnen und Autoren</b>	117

## VORWORT

Ab ungefähr 1870 befindet sich das deutsche Kaiserreich in tief greifenden sozialen Umbrüchen: Die Bevölkerung und die Produktion wachsen, das Bildungsniveau steigt, die Gesellschaft verstädert sich.<sup>1</sup> Die mit der nun auch in Deutschland beginnenden kapitalistischen Moderne verbundene Beschleunigung bereitet vielen Menschen Unwohlsein. Doch trotz der Militarisierung der Gesellschaft und der überall noch dominanten autoritären Strukturen (gerade auf dem Land) herrscht vor allem in den Städten Aufbruchsstimmung und Zukunftsoptimismus – nicht zuletzt in der Arbeiterbewegung: Die Utopie scheint greifbar, die technische Entwicklung werde zum Übergang in den Sozialismus führen.

Künstlerische Avantgarde, Jugendbewegung und Psychoanalyse bringen neue, radikale Ideen und Weltansichten hervor. Die Aussicht auf ein neues, besseres Leben beflügelt die Menschen. 1907 etwa gründet sich der Deutsche Werkbund. Er erhebt als Zusammenschluss von Industriellen, KünstlerInnen und AutorInnen Sachlichkeit, Schlichtheit und Gediegenheit zu neuen Leitbildern einer rationalen, gleichwohl industriellen Produktion, die den Massen zugutekommen und ihre Lebensbedingungen verbessern sollte.

Die Arbeiterbewegung mit ihren drei Säulen Partei, Gewerkschaft und Kultur- bzw. Konsumorganisationen gewinnt zunehmend an Stärke. 1912 wird die SPD stärkste Fraktion im Reichstag. Der Einbau sozialistischer Ideen in den Kapitalismus hat bereits begonnen, und die über den Tellerrand ihrer Klasse hinausschauenden Teile des Bürgertums begreifen, dass die Organisationen der ArbeiterInnen nicht mehr zerstört werden können.

Die rasante Herausbildung von Neuem entwertet und zerstört Hergebrachtes. All die genannten Prozesse führten schon vor 1914 zu einer tiefen Verunsicherung des Männlichen und des Untertanen. So kann der Erste Weltkrieg – frei nach Klaus The-

1 Zahlen z.B. bei Kroll, Frank-Lothar: Geburt der Moderne. Politik, Gesellschaft und Kultur vor dem Ersten Weltkrieg, Berlin 2013.



weleit – durchaus auch als eine Gegenrevolution, als blutiges Instrument zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der konservativen, harten, soldatischen Männlichkeiten interpretiert werden. Die soldatischen Männer und ihre Verbündeten in der Schwerindustrie wollen ihre Körpergrenzen aufrechterhalten, gegen Verweiblichung und Verweiblichung angehen – und wenn es den eigenen Tod kosten sollte. Wie der Krieg jedoch ablaufen würde, davon hatten die wenigsten eine Vorstellung. Das technische Töten in den «Blutmühlen» traumatisierte eine ganze Generation und schuf so die mentalen Voraussetzungen für den Aufstieg des Nationalsozialismus.

Der Erste Weltkrieg brachte eine doppelte Katastrophe für die Arbeiter. Er war zum einen ein Krieg gegen die Arbeiter und Bauern aller Länder, denn sie hatten das Gros der Toten zu beklagen. Viele Kader der Arbeiterorganisationen waren an der Front oder anderweitig im Kriegseinsatz – und fielen als widerständige Akteure im Reich aus. Und zum anderen spitzte der Umgang mit dem Ersten Weltkrieg die Widersprüche innerhalb der Arbeiterparteien zu und führte schließlich zur Spaltung der Arbeiterbewegung in SPD und KPD, die dann angesichts der Russischen Revolution eine unerwartete, parallele Dynamik bekommen sollte – ein Schisma, das bis heute anhält.

Die Linken vermochten während und nach dem Krieg nicht, das durch das massenhafte Töten und Sterben entstandene Sinnvakuum zu füllen. Menschen wollen, dass der Tod der eigenen Verwandten und Freunde auf dem Schlachtfeld oder der Hungertod an der Heimatfront einen Sinn ergibt, und sei er noch so bescheiden. Und diesen Sinn stifteten die Nationalisten, Militaristen und die sozialdemokratischen Vaterlandsverteidiger. Die Linke konnte dazu keine Gegengerählung anbieten. Das Problem im Verhältnis von Intellektuellen und Bevölkerung hat Antonio Gramsci bereits Anfang der 1930er Jahre gesehen: «Das volkshafte Element ‹fühlt›, aber versteht oder weiß nicht immer, das intellektuelle Element ‹weiß›, aber es versteht und vor allem ‹fühlt› nicht immer. Die beiden Extreme sind folglich Pedanterie und Spießbürgertum auf der einen Seite und blinde Leidenschaft und Sektierertum auf der anderen.»<sup>2</sup>

Ähnliches ist heute beim Umgang mit den geschichtspolitischen Debatten zum Ersten Weltkrieg zu beobachten. Das Handeln und Fühlen von Menschen verstehen zu wollen, diesem Bedürfnis kamen beispielsweise die vielen lokalen und regionalen Ausstellungen zum Ersten Weltkrieg nach. Sie zeigten den Wahnsinn des Krieges sehr wohl und in teilweise drastischen Bildern oder durch andere Dokumente. Das vieldebattierte Buch von Christopher Clark<sup>3</sup> passt relativ gut zu diesem Bedürfnis, da es persönlich argumentiert. Die linke Kritik blieb dagegen abgehoben, letztlich akademisch. Die mechanistisch-ökonomistische Erklärung des Ersten Weltkrieges etwa aus der Entwicklung der Produktionskräfte heraus blieb seltsam stumpf. Die Publikationen und Argumente der Linken erwiesen sich – erwartetermaßen – als randstän-

2 Gramsci, Antonio: Gefängnishefte, Bd. 6: Philosophie der Praxis, Hefte 10 und 11, Hamburg u. a. 1994, S. 1490.

3 Vgl. Clark, Christopher: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2013.

dig. Einige Beiträge von Wolfram Wette erzielten größere Resonanz, und das in fünf Auflagen erschienene Werk von Jörn Leonhard gilt allgemein als Antithese zu den Büchern von Clark und Herfried Münkler, wird aber nicht der Linken zugerechnet.<sup>4</sup> Der nachfolgende Beitrag von Axel Weipert gibt einen Überblick über die geschichtspolitische Debatte der letzten Monate.

Die Literatur zum Verhalten der SPD und zu vielen anderen Aspekten des Kriegsbegins und dann wieder des Kriegsendes ist umfangreich,<sup>5</sup> aber es bleibt die Frage, warum es so – vergleichsweise – wenig Widerstand gab. Dass es durchaus Widerstand gab, dies zeigen die Beiträge in dieser Publikation, die widerständiges Verhalten schildern und Bedingungen und Räume für Widerstand ausloten. Nachfolgend finden sich Überblicke ebenso wie Lokalstudien, Artikel über programmatische und theoretische Debatten in Parteien und bei einzelnen, wichtigen Intellektuellen neben solchen über konkrete Proteste und Streiks.

Ich danke allen Autorinnen und Autoren vielmals für ihre Mitwirkung.

Bernd Hüttner  
Berlin, Mai 2015

4 Vgl. Leonhard, Jörn: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, München 2014; Münkler, Herfried: Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918, Berlin 2013.

5 Eine Liste ausgewählter Titel und Quellen (mit Stand Sommer 2014) findet sich unter [www.rosalux.de/news/39231](http://www.rosalux.de/news/39231).

Axel Weipert

## **ZUR AKTUELLEN GESCHICHTSSCHREIBUNG ÜBER DEN ERSTEN WELTKRIEG**

Zum 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges ist eine wahre Flut an historischen Publikationen erschienen. Darin finden sich zahlreiche neue Erkenntnisse im Detail ebenso wie veränderte Perspektiven auf den Gesamtkonflikt. Zumindest in Deutschland ist die meistdiskutierte Frage in den Feuilletons die nach der Verantwortung für den Kriegsausbruch. Dennoch lohnt es sich, den Blick auch auf einen weit weniger beachteten Aspekt des Krieges zu richten: auf den Protest und Widerstand gegen den Krieg, der häufig von unten kam und von sozialen Bewegungen getragen wurde.

### **Der Erste Weltkrieg als Betriebsunfall der Geschichte?**

Im Gefolge des aufsehenerregenden Bestsellers «Die Schlafwandler» von Christopher Clark über die diplomatische Vorgeschichte des Krieges setzt sich gerade eine Sichtweise durch, die gleichermaßen antiquiert wie gegenwartsorientiert und in mancher Hinsicht auch sehr deutsch ist.<sup>1</sup> Obwohl Clark Lehrstuhlinhaber in Cambridge ist und sein Buch zunächst auf Englisch erschien, wurde es doch in Deutschland mit weitaus mehr Aufmerksamkeit bedacht als in Großbritannien. Generell ist es bemerkenswert, wie länderspezifisch noch immer über diesen internationalen Konflikt diskutiert wird.

In Deutschland steht seit dem Friedensvertrag von Versailles die Kriegsschuldfrage im Fokus. Dagegen wird in Frankreich darüber gestritten, wodurch es gelang, in diesem Krieg so lange durchzuhalten: durch Zwang oder eine gemeinsame nationale Kriegskultur? In Großbritannien wiederum hat sich – sicher nicht zufällig angesichts der dort wachsenden Europa-Skepsis – seit einigen Jahren eine Auseinandersetzung

1 Clark, Christopher: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2013.

darüber entwickelt, ob es richtig und zielführend war, dass sich das Land überhaupt am Krieg der Kontinentalmächte beteiligt hat.<sup>2</sup>

Antiquiert ist die Kriegsschulddebatte, weil sie wie weiland im 19. Jahrhundert den Fokus der Geschichtsschreibung erneut fast ausschließlich auf die «hohe Politik», die Diplomatie und das Denken eines kleinen Kreises von Entscheidungsträgern richtet. Damit einher geht fast zwangsläufig eine Personalisierung der Historie: Die Gründe für Entscheidungen liegen dann vor allem in individuellen Charakterzügen und Handlungen, aber kaum noch in sozioökonomischen Strukturen und Interessenlagen. Clark selbst betont, ihm gehe es um das Wie, also um die einzelnen Handlungsabläufe der Julikrise. Das Warum des Kriegsausbruchs interessiere ihn dagegen allenfalls in zweiter Linie.<sup>3</sup> Und mehr noch, die vorgeblich handlungsleitenden Ängste aller Regierungen, die beispielsweise in dem ebenfalls sehr gut verkauften und breit diskutierten Band Herfried Münklers stark betont werden, führen zu der Annahme, Irrationalität habe dem Kriegsausbruch zugrunde gelegen.<sup>4</sup> Das unterscheidet sich im Ergebnis dann nur noch geringfügig von Clarks schon im Titel enthaltener These, die führenden Köpfe Europas im Jahr 1914 seien Schlafwandler gewesen.

Wer aber von Ängsten getrieben oder gar schlafwandelnd in einen Krieg «hineinschlittert» – so schon der britische Premier David Lloyd George kurz nach dem Krieg –, der mag als Politiker vielleicht unfähig sein, aber eben nicht wirklich verantwortlich. Und wenn das für alle maßgeblichen Eliten in allen kriegführenden Ländern gilt, dann ist am Ende auch niemand schuldig geworden. Ein Weltkrieg aus Versehen sozusagen, ein Betriebsunfall der Geschichte. Es muss natürlich betont werden, dass es auch aktuelle Publikationen zur Julikrise gibt, die hier andere Schwerpunkte setzen. Annika Mombauer und Gerd Krumeich beispielsweise lasten die Hauptverantwortung dem Deutschen Kaiserreich an und folgen damit in Teilen der Interpretation Fritz Fischers aus den 1960er Jahren.<sup>5</sup> Dieser war in seinen späteren Veröffentlichungen noch einen Schritt weiter gegangen und hatte die These aufgestellt, Deutschlands Führung habe über Jahre hinweg systematisch auf den Krieg hingearbeitet.<sup>6</sup>

Es ist sehr bezeichnend, dass in vielen neuen Studien zum Weltkrieg langfristige innenpolitische, soziale und wirtschaftliche Spannungen nur eine untergeordnete Rolle spielen. Genauso wenig wie der Widerstand gegen den Krieg vor und nach seinem Ausbruch. Bei Münkler beispielsweise wird der große Massenstreik im April 1917 in

2 Vgl. Ferguson, Niall: *The Pity of War. Explaining World War I*, New York 1998. Einen guten und aktuellen Einstieg in diese Debatte bietet der Mitschnitt einer Podiumsdiskussion in London vom 15. April 2014 mit wichtigen Protagonisten wie Max Hastings und Margaret MacMillan, unter: [www.intelligencesquared.com/events/britain-first-world-war](http://www.intelligencesquared.com/events/britain-first-world-war).

3 Clark: *Schlafwandler*, S. 17.

4 Münkler, Herfried: *Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918*, Berlin 2013.

5 Mombauer, Annika: *Die Julikrise. Europas Weg in den Ersten Weltkrieg*, München 2014; Krumeich, Gerd: *Juli 1914. Eine Bilanz*, Paderborn 2014; Fischer, Fritz: *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918*, Düsseldorf 1961.

6 Fischer, Fritz: *Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914*, Düsseldorf 1969.

Deutschland mit immerhin rund 300.000 Beteiligten lediglich in einem Halbsatz abgehandelt. Die Fokussierung auf die «hohe Politik» erfährt also ihre Entsprechung in der Ignoranz gegenüber tiefer liegenden gesellschaftlichen Strukturen und sozialen Bewegungen von unten.

Dieser methodische Rückschritt in die Zeiten des Historismus wäre allein schon eine bemerkenswerte Tatsache. Seine eigentliche Brisanz erhält er aber durch die Verknüpfung mit den auf die Gegenwart hin orientierten Lehren, die aus einer solchen Geschichtsbetrachtung gezogen werden. Denn das richtige Gegenmittel gegen schlafwandelnde Entscheidungsträger sind nicht etwa pazifistische Massenbewegungen. Diese interessieren letztlich gar nicht. Vielmehr sind es eben rationale, wache Entscheidungsträger. Bei Münkler liest sich das dann so, dass mit mehr «Weitsicht und Urteilskraft» des politischen Spitzenpersonals der Krieg hätte vermieden werden können.<sup>7</sup> Und weiter, dass die Julikrise 1914 im Krieg mündete und außerdem nach dem Scheitern der Anfangsoffensiven der Krieg nicht bald auf dem Verhandlungsweg beendet wurde, sei in erheblichem Maße auf den «Einfluss der Straße» zurückzuführen.

Also drängten die Massen zu einem Waffengang, den die Eliten eigentlich gar nicht wollten? Dieses Argument ist ebenso überraschend wie falsch. Es lohnt sich, hier einen genaueren Blick auf Protest und Widerstand im Ersten Weltkrieg zu werfen. Denn auch wenn dieser Aspekt aktuell in der öffentlichen Debatte praktisch keine Rolle spielt, liegt doch eine ganze Reihe von spannenden neuen Untersuchungen dazu vor. Es versteht sich dabei von selbst, dass hier keine umfassende Darstellung aller entsprechenden Forschungen erfolgen kann. Vielmehr soll den LeserInnen nur eine erste Orientierung zu diesem Thema geboten werden.

### **Mehr als ein Randphänomen: Der Wunsch nach Frieden**

In seinem Überblickswerk zum Ersten Weltkrieg schreibt Oliver Janz, die allgemeine Kriegsbegeisterung im Sommer 1914 sei «einer der großen Geschichtsmymen des 20. Jahrhunderts».<sup>8</sup> In der Tat prägten die wenigen, aber propagandistisch geschickt genutzten Fotos von patriotischen Kundgebungen und blumengeschmückten Soldaten vor Bahnwaggons mit Aufschriften wie «Auf nach Paris!» lange unser Bild vom Kriegsausbruch. Die Realität sah aber anders aus, und das überall in Europa. Vor allem unter der Landbevölkerung, die vor der Ernte stand, und in den Arbeitervierteln der Großstädte herrschten Beklommenheit und offene Abneigung vor. Während der Julikrise, also noch vor den Kriegserklärungen, fanden in fast allen deutschen Städten Versammlungen für den Frieden statt, wie Jörn Wegner zeigen kann.<sup>9</sup> Das geschah

7 Zu diesem und dem folgenden Zitat vgl. Münkler: Der Große Krieg, S. 14 bzw. S. 778.

8 Janz, Oliver: 14. Der Große Krieg. Frankfurt a.M. 2013, S. 179.

9 Wegner, Jörn: Die Antikriegsproteste der deutschen Arbeiter am Vorabend des Ersten Weltkrieges und ihre Entwarnung durch die SPD-Führung, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung [JBzG] 2014/II, S. 39–52.

teils in überfüllten Sälen, teils aber auch illegal auf offener Straße. Insgesamt dürften etwa eine Million Menschen daran beteiligt gewesen sein. Ganz Ähnliches geschah in Wien, auch hier gab es ab 1912 große Versammlungen gegen die Kriegsgefahr. Der Historiker Wolfgang Maderthaler spricht in diesem Zusammenhang von einem regelrechten «Veranstaltungsmarathon», der bis Ende Juli 1914 anhielt.<sup>10</sup> Auch in Frankreich kam es zu Massenkundgebungen gegen den drohenden Krieg. Die treibende Kraft hinter diesen Aktionen war die organisierte Arbeiterbewegung, die seit Jahren und international vernetzt für eine friedliche Außenpolitik und Abrüstung warb.

Das hatte durchaus Einfluss auf das Kalkül der Eliten, zumal noch radikalere Reaktionen der Arbeiterbewegung auf die zugespitzte internationale Lage nicht ausgeschlossen werden konnten.<sup>11</sup> Immerhin hatte es in der Zweiten Internationale auch – freilich nicht konsensfähig – Forderungen gegeben, einen drohenden Krieg mit Massenstreiks zu beantworten. Vor allem über diesen Umweg, als Faktor, den die Diplomaten einbeziehen mussten, finden die Antikriegsaktivitäten der Arbeiterbewegung Eingang in die aktuelle Literatur. So herrscht weitgehend Konsens unter Historikern, dass die deutsche Reichsleitung ebenso geschickt wie erfolgreich darum bemüht war, Russland als Aggressor hinzustellen. Das tat sie vor allem, um dann mit Verweis auf den Verteidigungskrieg gegen die zaristische Autokratie die SPD in den Burgfrieden einbinden zu können.<sup>12</sup> Weniger überzeugend ist dagegen die Behauptung von Jörg Friedrich, in Frankreich habe es keinen umfassenden Widerstand gegeben, weil der Sozialistenführer Jean Jaurès unmittelbar vor Kriegsbeginn ermordet wurde.<sup>13</sup> Das mag ein Grund gewesen sein, kann aber nicht allein die Kehrtwende der Französischen Sektion der Arbeiter-Internationale (SFIO) erklären, die dann ähnlich wie fast alle ihre Schwesterparteien aus der Zweiten Internationale die eigene Regierung unterstützte.<sup>14</sup> Es war vielmehr die schrittweise und oft hinter radikalen Phrasen versteckte Integration der SozialistInnen in die bestehende Ordnung, die sich hier spektakulär auswirkte. Nicht zuletzt diesem nationalen Kurs der linken Parteien dürfte es zu verdanken sein, dass die eigentliche Mobilmachung der Millionenheere – und das bedeutete eben auch die Einziehung der Arbeiter – letztlich weitgehend reibungslos verlief.<sup>15</sup> Leonhard schreibt aber dennoch und ganz im Gegensatz zu Münkler: «Von einem Drängen der Bevölkerung oder gar einer Bewegung für den Krieg von unten, auf die Politiker und Militärs in ihren Entscheidungen hätten Rücksicht nehmen müssen, konnte keine Rede sein.»<sup>16</sup>

10 Maderthaler, Wolfgang: Der Kongress fand nicht statt, in: Pfoser, Alfred/Weigl, Andreas (Hrsg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg, Wien 2013, S. 46–51, hier S. 48.

11 Vgl. MacMillan, Margaret: The War That Ended Peace. The Road to 1914, New York 2013.

12 Vgl. Leonhard, Jörn: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, München 2014, S. 114; Clark: Schlafwandler, S. 673; Münkler: Der Große Krieg, S. 229–232.

13 Friedrich, Jörg: 14/18. Der Weg nach Versailles, Berlin 2014, S. 189.

14 Vgl. Becker, Jean-Jacques/Krumeich, Gerd: Der Große Krieg. Deutschland und Frankreich im Ersten Weltkrieg 1914–1918, Essen 2010, S. 79–103.

15 Vgl. Janz: 14, S. 195.

16 Leonhard: Büchse, S. 130.

## Der Burgfrieden bekommt Risse

Die konsequenten Kriegsgegner blieben im Moment der Entscheidung trotzdem in der Minderheit und taten sich schwer, nach außen hin ihre Position zu vertreten. Das galt beispielsweise für die oppositionellen Mitglieder der SPD-Reichstagsfraktion. Diese Schockstarre hielt jedoch nicht lange an. Schon unmittelbar nach Kriegsbeginn formierte sich eine Opposition, wie Ottokar Luban anhand der Berliner SPD nachweist.<sup>17</sup> Ihre ersten Schritte fanden allerdings in kleinen Zirkeln wie Lesekreisen und Jugendgruppen statt, von einer Breitenwirkung waren sie noch weit entfernt. Neue Netzwerke aber entstanden und wurden erweitert, auch unter den erschwerten Bedingungen von Einberufungen, Zensur und Belagerungszustand.

Marco Swiniartzki weist auf ähnliche Prozesse im betrieblichen und gewerkschaftlichen Rahmen hin.<sup>18</sup> Schon vor dem Krieg hatten in der Chemnitzer Metallindustrie die gewerkschaftlichen Vertrauensleute als Stützen des Deutschen Metallarbeiter-Vereins (DMV) eine entscheidende Rolle gespielt. Im Verlauf des Krieges gelang es der Opposition, gerade in diesem sensiblen Bereich Fuß zu fassen, denn die Gewerkschaftsspitze hatte sich mit ihrer Burgfriedenspolitik wenig Freunde gemacht und parallel waren viele alte Vertrauensleute zum Militär eingezogen worden. Dieses Vakuum galt es nun zu füllen. In Bremen, mit seiner starken Vorkriegstradition der Linksradikalen, entkoppelte sich der Protest auf den großen Werften dagegen von den gewerkschaftlichen Apparaten. Wie Antonio Farina zeigt, mischten sich in den Streikbewegungen konkrete wirtschaftliche Forderungen, etwa nach besseren Löhnen und mehr Lebensmitteln, mit politischen Anliegen wie staatlichen Reformen und einem schnellen Frieden.<sup>19</sup>

Diese Verbindung von konkret-sozialen mit allgemein-politischen Forderungen zieht sich durch nahezu alle Protestbewegungen des Krieges in allen beteiligten Ländern. Tendenziell nahm die politische Dimension an Gewicht und Radikalität zu, während in der ersten Kriegsphase bis etwa 1916 soziale Anliegen Vorrang hatten. Je länger der Krieg dauerte, desto schwieriger war die Versorgungslage, besonders bei den Mittelmächten und in Russland. Großbritannien und Frankreich konnten sich dagegen auf die Ressourcen ihrer Kolonien, auf die Hilfe der USA und generell auf den Weltmarkt stützen. Mit der Versorgungskrise einher ging ein enormer Prestigeverlust der staatlichen Behörden, wie schon vor Jahrzehnten Jürgen Kocka eindrucksvoll gezeigt hat.<sup>20</sup> In aktuellen Studien bestätigt sich diese grundlegende Erkenntnis.

Das gilt auch für eine Arbeitergruppe, die oft vergessen wird, obwohl sie für den Grabenkrieg praktisch unverzichtbar war: jene Zivilisten, die im Hinterland der Front

17 Luban, Ottokar: Der Kampf der Berliner SPD-Basis im ersten Kriegsjahr gegen die Kriegskreditbewilligung, in: JBzG 2014/II, S. 53–65.

18 Swiniartzki, Marco: Der Beginn der gegenseitigen Entfremdung, Arbeiter und Deutscher Metallarbeiter-Verein in Chemnitzer Maschinenbau 1914 bis 1918, in: JBzG 2014/II, S. 106–123.

19 Farina, Antonio: Die «unruhige Arbeiterschaft». Rüstungsproduktion und Arbeiterbewegung in einer U-Boot-Werft. Die AG «Weser» im Ersten Weltkrieg, in: JBzG 2014/III, S. 85–106.

20 Kocka, Jürgen: Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918, Göttingen 1978.

oder direkt unter feindlichem Beschuss die aufwendigen Nachschublinien und Grabensysteme bauten und instand hielten.<sup>21</sup> Allein für die italienische Armee waren etwa 650.000 solcher Arbeitskräfte im Einsatz. Trotz der harten und gefährlichen Arbeit erhielten sie oft ihre Löhne zu spät oder nur teilweise ausbezahlt, wurden von den Offizieren respektlos behandelt und unterlagen einer strikten Disziplin. Vielfach übten sie daher Formen des passiven Widerstands. Sie arbeiteten bewusst langsam, täuschten Krankheiten vor, zerstörten ihre Werkzeuge oder entzogen sich durch Flucht. Im weiteren Verlauf griffen sie aber auch zum offenen Streik als Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele und forderten einen baldigen Frieden.

In den letzten Jahren haben auch spontane Proteste und solche ohne direkte organisatorische Anbindung größere Aufmerksamkeit in der Forschung gefunden. Dazu zählen ganz zentral die Lebensmittelunruhen, die meist von Frauen und Jugendlichen getragen wurden. Umfangreiche und quellennahe Studien liegen speziell zu den beiden Hauptstädten der Mittelmächte, Berlin und Wien, vor.<sup>22</sup> Solche Bewegungen sind einerseits interessant als Gradmesser der Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Wichtig ist aber ebenso, gegen was und an welche Adressaten sich die Proteste richteten. Aus spontanen Zusammenkünften oder aus den langen Warteschlangen heraus wurden Plünderungen unternommen, aber oft formierten sich auch Protestzüge zu den lokalen Behörden. Denn deren Korruption und unzureichende Verwaltung des Mangels machte man für die prekäre Lage mitverantwortlich. Auch waren sie greifbarer als beispielsweise Lebensmittelschieber.

Interessant ist dabei nicht zuletzt, dass sich Frauen mit solchen Aktionen einen neuen Platz in der Öffentlichkeit erkämpften, denn traditionell war die Politik im weitesten Sinne eine männliche Domäne. Die Rollenbilder waren schon in den Jahren vor dem Krieg ins Wanken geraten. Während des Konflikts nahmen Frauen dann noch mehr als bisher männlich konnotierte Arbeiten auf, etwa in den Rüstungsfabriken. Gerade weil die Frauen durch die Versorgungsengpässe die ihnen zugewiesene Rolle im Haushalt nicht mehr hinreichend wahrnehmen konnten – verstärkt durch ihre erzwungene, zeitintensive öffentliche Präsenz in den Warteschlangen und auf den Märkten –, trugen sie ihre Anliegen nun auf die Straßen. Zwar wurde ihren Aktionen von behördlicher Seite oft schlicht der Charakter des Politischen abgesprochen, aber die Orientierung auf staatliche Akteure allein zeigt schon, dass die Frauen selbst sich als politisch verstanden.<sup>23</sup> Hinzu kamen informelle lokale Netzwerke besonders in den Arbeitervierteln der Städte, die solchen Protesten oftmals erst eine gewisse Breite

21 Vgl. Ermacora, Matteo: Arbeiten vor Gewehrläufen. Protest und Widerstand von Arbeitern im Hinterland der italienischen Front (1915 bis 1918), in: JBzG 2014/III, S. 68–84.

22 Vgl. Davis, Belinda: Home Fires Burning. Food, Politics and Everyday Life in World War I Berlin, Chapel Hill 2000; Healy, Maureen: Vienna and the Fall of the Habsburg Empire. Total War and Everyday Life in World War I, Cambridge 2005.

23 Vgl. Helfert, Veronika: «Unter Anführung eines 13jährigen Mädchens». Gewalt und Geschlecht in unorganisierten Protestformen in Wien während des Ersten Weltkrieges, in: JBzG 2014/II, S. 66–82.



und damit Durchschlagskraft verleihen konnten, wie Joana Dias Pereira am Beispiel Portugals gezeigt hat.<sup>24</sup>

Die großen Massenstreiks im Krieg sind in den letzten Jahren mit verschiedenen Schwerpunktsetzungen thematisiert worden. So liegt zu einer der führenden Persönlichkeiten der Berliner revolutionären Obleute, Richard Müller, eine lesenswerte Biografie vor.<sup>25</sup> Deren Netzwerk war nicht nur federführend an den Streiks der Jahre 1916 bis 1918 beteiligt, sondern darüber hinaus auch an der Vorbereitung der Novemberrevolution.<sup>26</sup> Ein Überblick zu den insgesamt sehr vielfältigen Protestformen und organisatorischen Veränderungen der Berliner Arbeiterbewegung während des Krieges liegt ebenfalls vor.<sup>27</sup> Aber nicht nur in der deutschen Hauptstadt, auch andernorts bewirkte der Krieg einen Wandel im Organisationsgefüge der Arbeiterbewegung. Das wird etwa in einer Quellenedition zur radikalen Linken Österreichs deutlich, die Hans Hautmann zusammengestellt und kommentiert hat.<sup>28</sup>

Die Gegensätze zwischen Befürwortern und Kritikern des Krieges spalteten nicht nur die beteiligten Nationen, sondern bisweilen auch einzelne Familien. Das zeigt Adam Hochschild mit seiner auf Großbritannien konzentrierten, sehr anschaulich geschriebenen Darstellung.<sup>29</sup> So überwarfen sich beispielsweise die Mitglieder der Suffragetten-Familie Pankhurst. Mutter Emmeline und Tochter Christabel unterstützten den Krieg und erhofften sich davon ein Entgegenkommen der Regierung in der Frage des Frauenwahlrechts. Die zweite Tochter Sylvia dagegen kritisierte den Konflikt aufgrund ihrer sozialistischen Überzeugungen scharf. Bemerkenswert ist auch der Fall des britischen Feldmarschalls John French, Oberkommandierender der britischen Truppen in Frankreich: Seine Schwester Charlotte Despard engagierte sich vehement gegen den Krieg und die Einführung der Wehrpflicht.

In Großbritannien gehört er zum Kernbestand der Erinnerungskultur des Ersten Weltkrieges, in Deutschland ist er vor allem mit dem populär gehaltenen Band von Michael Jürgs einer größeren Leserschaft bekannt geworden: der «Christmas Truce», also der inoffizielle weihnachtliche Waffenstillstand 1914 an der Westfront.<sup>30</sup> Genaue Zahlen sind schwer zu ermitteln, aber mit Sicherheit hat sich eine ganze Reihe von Einheiten direkt in den vordersten Linien beteiligt, darunter vor allem Deutsche und Briten. Man begegnete sich im Niemandsland zwischen den Gräben, bestattete die

24 Pereira, Joana Dias: Produzenten und Konsumenten vereinigt euch! Soziale Unruhen während des Ersten Weltkriegs in Portugal, in: JBzG 2014/III, S. 54–67.

25 Vgl. Hoffrogge, Ralf: Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin 2008.

26 Vgl. Luban, Ortokar: Die Novemberrevolution 1918 in Berlin. Eine notwendige Revision des bisherigen Geschichtsbildes, in: JBzG 2009/I, S. 53–78.

27 Vgl. Weipert, Axel: Das Rote Berlin. Eine Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung 1830–1934, Berlin 2013, S. 114–137.

28 Hautmann, Hans (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg und das Entstehen der revolutionären Linken in Österreich. Eine kommentierte Dokumentation, Wien 2014.

29 Hochschild, Adam: To End All Wars. A Story of Protest and Patriotism in the First World War, London 2012.

30 Jürgs, Michael: Der kleine Frieden im Großen Krieg, München 2003.

Toten, tauschte Geschenke aus und spielte sogar miteinander Fußball. Ganz treffend nennt Jürgs dieses Ereignis den «kleinen Frieden im Großen Krieg» – denn schon nach wenigen Tagen war alles vorbei und sollte sich auch nicht mehr wiederholen. Das lag nicht zuletzt an den argwöhnischen Offizieren, die solche Fraternalisierungen mit dem Feind erfolgreich unterbanden.

Der «Christmas Truce» sollte aber nicht mit den großen Meutereien und Desertionen der Jahre 1917 und 1918 verwechselt werden, zu denen es in fast allen Armeen kam.<sup>31</sup> In den meisten Fällen richteten sich die Befehlsverweigerungen gegen verheerende Verluste aufgrund der rücksichtslosen Frontalangriffe und führten neben drastischen Strafen auch zu Verbesserungen für die Truppen im Alltag.<sup>32</sup> Die ausgedehnten Meutereien in der französischen Armee etwa gingen kaum auf politische Motive zurück, da sie sich nicht gegen den Krieg an sich, sondern nur gegen einzelne Auswüchse richteten. In der zaristischen Armee aber führten die fortgesetzten Missstände schließlich zum weitgehenden Zusammenbruch der Front und zu Massendesertionen. Auch das deutsche und das österreichisch-ungarische Heer hatten mit ähnlichen Problemen zu kämpfen, besonders gegen Kriegsende.<sup>33</sup>

In der französischen Forschung wurde und wird vehement über die Frage gestritten, wie es möglich war, Front und Hinterland über viereinhalb Jahre lang weitgehend stabil zu halten.<sup>34</sup> Ein Teil der Historiker verweist dazu auf den starken Nationalismus, die damit verbundenen wirkmächtigen Feindbilder und die Schützengrabengemeinschaft. Diese Aspekte werden unter dem Begriff einer «Kriegskultur» zusammengefasst. Andere Forscher sehen die Disziplinierung in Armee und Gesellschaft und damit einen erzwungenen Gehorsam als wesentlich an. Diese Debatte ist noch keineswegs entschieden; es wäre wünschenswert, sie in einer international vergleichenden Weise anzugehen. Das wurde bislang aber erst ansatzweise versucht, beispielsweise mit einem Sammelband unter dem programmatischen Titel «Durchhalten!».<sup>35</sup> Den *einen* alles entscheidenden Grund für das lange Ausharren dürfte es ohnehin nicht gegeben haben. Wahrscheinlicher ist, dass ein je nach Land spezifisches Bündel an Faktoren zusammenkam. Beispielsweise dürfte ein belgischer Soldat, der gegen die Besatzer seines Landes kämpfte, eine andere Motivation gehabt haben als der polnische Soldat in russischer Uniform. Auch die Bedingungen an der Heimatfront waren sehr

31 Vgl. Stevenson, David: *With Our Backs to the Wall. Victory and Defeat in 1918*, London 2012; Leonhard: *Büchse*, S. 634–651.

32 Vgl. Janz: 14, S. 247.

33 Vgl. Rauchensteiner, Manfred: *Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914–1918*, Wien u. a. 2013.

34 Die widerstreitenden Ansichten werden federführend von zwei Gruppen vertreten. Den Zwang betonen die Historiker des «Collectif de Recherche International et de Débat sur la Guerre 1914–1918», kurz: «CRID 14–18». Die Überzeugung als Hauptgrund propagieren dagegen Forscher mit Nähe zu dem Museum «Historial de la Grande Guerre» in Péronne.

35 Bauerkämper, Arnd/Julien, Elise (Hrsg.): *Durchhalten! Krieg und Gesellschaft im Vergleich 1914–1918*, Göttingen 2010.

unterschiedlich, wie bereits im Zusammenhang mit der Nahrungsmittelversorgung erwähnt wurde.

### **Kulturelles Leben im Krieg**

Dass den Kulturschaffenden eine besondere Rolle für die Sinnstiftungen und Rechtfertigungen des Krieges zukam, ist gut dokumentiert.<sup>36</sup> Dazu zählen beispielsweise die ideologisch überhöhten «Ideen von 1914», mit denen der Mythos einer nationalen Schicksalsgemeinschaft der Deutschen geschaffen wurde. Sicherlich die Mehrheit und gerade auch die prominentesten unter den KünstlerInnen und Professoren unterstützten den Waffengang. Einige, wie etwa Franz Marc, bezahlten ihre Haltung mit dem Tod an der Front. Es ist aber festzuhalten, dass viele KünstlerInnen und Intellektuelle gegen den Krieg Position bezogen. Die Motive waren dabei sehr unterschiedlich. Manche taten das aus einem bürgerlich geprägten Pazifismus heraus, andere wiederum betonten in anarchistischem Sinn, dass der Krieg die logische Folge der Existenz von Staaten sei. Gerhard Senft hat zu diesem Thema eine ganze Reihe von Dokumenten zusammengestellt.<sup>37</sup>

Eine der besten kulturgeschichtlichen Darstellungen des Ersten Weltkrieges stammt aus der Feder von Ernst Piper.<sup>38</sup> Dabei werden auch die Aktivitäten von KriegsgegnerInnen innerhalb des Kulturbetriebs gewürdigt. Angesichts der rigiden Zensur in Deutschland und Österreich ist es nicht überraschend, dass sich eine größere Zahl von ihnen im schweizerischen Exil sammelte. Kristallisationspunkte der literarischen Opposition waren die Zeitschriften *Die freie Zeitung* und die *Weissen Blätter*. Sie druckten Texte von prominenten Akteuren aus unterschiedlichen politischen Richtungen, hatten aber insgesamt eine klar antimilitaristische Haltung. Auch der französische Kriegskritiker Romain Rolland hielt sich während des Konflikts in der Schweiz auf.

Es ist interessant, wie die literarische Verarbeitung des Krieges nach seinem Ende verlief.<sup>39</sup> Hier tat sich ein weites Feld an Verarbeitungen auf, von positiven Bezugnahmen wie Ernst Jüngers «In Stahlgewittern» bis hin zu den eindeutig antimilitaristischen Texten von Erich Maria Remarque oder Ernst Toller. Alle drei konnten als ehemalige Soldaten auf eigene Erfahrungen zurückgreifen. Der Literaturbetrieb der Weimarer Republik war allerdings mehrheitlich an einer Romantisierung und Verklärung des Krieges interessiert. Remarques Klassiker «Im Westen nichts Neues» dagegen löste nach seiner Verfilmung wüste Proteste der Nationalsozialisten bis hin zu tätlichen Auseinandersetzungen vor den Kinos aus.

36 Vgl. Münkler: Der Große Krieg, S. 215–288.

37 Senft, Gerhard (Hrsg.): Friedenskrieger des Hinterlandes. Der Erste Weltkrieg und der zeitgenössische Antimilitarismus, Wien 2014.

38 Piper, Ernst: Nacht über Europa. Kulturgeschichte des Ersten Weltkriegs, Berlin 2013.

39 Vgl. Koch, Lars: Der Erste Weltkrieg als kulturelle Katharsis und literarisches Ereignis, in: Weber, Niels u.a. (Hrsg.): Erster Weltkrieg. Kulturwissenschaftliches Handbuch, Stuttgart 2014, S. 97–141.

## Schlussbetrachtung

Schon dieser kurze Überblick hat gezeigt, dass eine größere Zahl von aktuelleren Forschungen zu Widerstand und Protest im Ersten Weltkrieg vorliegt. Darin kommen auch Aspekte in den Blick, die in der Geschichtswissenschaft eher stiefmütterlich behandelt wurden. Denn die Forschung hat sich bei diesem Thema lange auf die etablierten Organisationen wie linke Parteien und Gewerkschaften konzentriert. Mittlerweile wissen wir auch einiges über das Protestverhalten von Frauen und über spontane Aktionen mit eher informellem Hintergrund. Eine wirklich umfassende und international vergleichende Studie zum Thema steht allerdings noch immer aus.

Ein Blick auf die einschlägigen Bestsellerlisten und in die Feuilletons der großen Zeitungen zeigt ganz klar, dass der damalige Protest in der heutigen öffentlichen Wahrnehmung des Konflikts bestenfalls eine Nebenrolle spielt. Stattdessen liegt der Fokus im Gefolge von Clarks «Schlafwandlern» eindeutig auf der Julikrise und damit auf der klassischen Diplomatiegeschichte und hohen Politik. Dabei zeigt sich, dass diese Debatte teilweise eine konservativ-nationalistische Färbung bekommen hat. Einigen HistorikerInnen zufolge ist es an der Zeit, gestützt auf eine Neuverteilung der Verantwortung am Ersten Weltkrieg, Deutschland heute eine selbst- und machtbewusstere Rolle zuzuweisen: Ohne «Schuldstolz», dafür aber umso mehr ausgerichtet auf «nationale Interessen».<sup>40</sup> Aus verschiedenen Richtungen wurden diese Interpretation des Ersten Weltkrieges und die daraus abgeleiteten Schlussfolgerungen aber auch scharf kritisiert.<sup>41</sup>

Der Erste Weltkrieg hatte zweifellos enorme Folgen für das gesamte 20. Jahrhundert. Die Gründung der Sowjetunion und zahlreicher kleinerer Nationalstaaten in Ostmitteleuropa, die Zuspitzung nationaler und sozialer Gegensätze, eine neue, totale Form der Kriegführung, um nur ein paar Punkte herauszugreifen. Es kann deshalb kaum überraschen, dass der Krieg noch immer polarisiert und als Folie für heutige politische Verortungen dient. Das gilt für die Frage nach den Ursachen von Kriegen, das gilt aber auch für die Frage, wie sich der Einzelne zum Thema Krieg und Frieden stellt. Diese Positionierung kann sehr unterschiedlich ausfallen, wie die Vielfalt des Protests, aber auch das Durchhalten und Mitwirken vieler Akteure während der «Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts» zeigten. In mancher Hinsicht sagt die Betrachtung der Geschichte wohl mehr über den Betrachter aus als über den Gegenstand. Auch das ist eine mögliche Erkenntnis aus der historischen Forschung zum Ersten Weltkrieg.

<sup>40</sup> Vgl. Neitzel, Sönke u. a.: Der Beginn vieler Schrecken, in: Die Welt, 3.1.2014.

<sup>41</sup> Vgl. Gebhardt, Richard: Das Unschuldslamm, in: Jungle World, 28.5.2014; Winkler, Heinrich August: Und erlöse uns von der Kriegsschuld, in: Die Zeit, 18.8.2014.

Gisela Notz

## **WIDERSTAND SOZIALISTISCHER FRAUEN GEGEN DEN KRIEG**

Die Rolle der Frauen wurde in den Büchern, Ausstellungen und bei Veranstaltungen zum Thema «100 Jahre Erster Weltkrieg» kaum beleuchtet. Wenn überhaupt, dann galten sie als Schutzbedürftige, bedauernswerte Witwen, die nun ohne Männer leben mussten oder als Mütter, die ihre Söhne «verloren» haben, selten auch als Beuteobjekte der kriegerischen Gegner. Waffentragen und Kriegsführen waren männliches Recht, Pflicht und Privileg zugleich. Alle Soldaten im Ersten Weltkrieg waren Männer; viele, die aus den unteren Schichten kamen, waren zum Kriegsdienst gezwungen worden.<sup>1</sup> Frauen waren ohne Waffen. Aber waren sie deshalb friedfertige Frauen? Viele waren eine moralische und seelische Stütze der eigenen Soldaten, Sorgende und Pflegende in den Lazaretten und bald auch an der Front, und die Arbeiterinnen hielten die Rüstungsindustrie am Laufen. An der «Heimatfront» waren bürgerliche wie sozialistische Frauen nicht weniger aktiv als Männer an der Front – so unterstützten sie das Morden der Männer. Viel zu wenige leisteten Widerstand; das galt für Arbeiterinnen wie für bürgerliche Frauen, für die sozialistische wie die bürgerliche Frauenbewegung. Von der Spaltung angesichts der Auseinandersetzungen für oder gegen den Ersten Weltkrieg hat sich die sozialistische Frauenbewegung, auf die ich mich im Wesentlichen beziehe, bis heute nicht erholt.

### **«Wichtige Kundgebungen» gegen den Krieg**

Während ihrer Gründungsphase wandte sich die Arbeiterbewegung gegen jede Art von Kriegstreiberei. Sie geißelte die Instrumentalisierung patriotischer Gefühle zur

1 Es gibt Berichte über «Heldenmädchen», Frauen, die sich im Ersten Weltkrieg als Soldatinnen in Männeruniformen an die Front begaben, um für Gott, Kaiser und Vaterland zu kämpfen. Unter welchen Bedingungen sie das männlich konnotierte militärische Feld besetzten, ist wenig erforscht. Vgl. [www.profil.at/articles/1234/985/339722/sarajevo-100-jahre-erster-weltkrieg](http://www.profil.at/articles/1234/985/339722/sarajevo-100-jahre-erster-weltkrieg).

Hetze gegen andere Völker. In einer gerechten Welt, so zum Beispiel die Hoffnung von August Bebel, würde es keine Kriege mehr geben müssen.<sup>2</sup>

Das Thema «Militarismus und Krieg» begleitete auch die ab 1911 mit «wichtigen Kundgebungen»<sup>3</sup> und Demonstrationen begangenen Internationalen Frauentage, denn die Sorge, es könne Krieg geben, und die Notwendigkeit des Kampfes gegen ihn wurden von Jahr zu Jahr deutlicher.<sup>4</sup> In allen Industriestaaten wurde bereits kräftig aufgerüstet. Aufgrund des drohenden Weltkrieges verabschiedete die Frauenkonferenz 1910 in Kopenhagen eine «Resolution, die Erhaltung des Friedens betreffend». Unter Hinweis auf die wichtigen Beschlüsse vorausgegangener internationaler Tagungen und des sozialistischen Kongresses in Stuttgart 1907<sup>5</sup> wollte die Fraueninternationale an der Sicherung des Friedens mitarbeiten. In der Resolution verwiesen die sozialistischen Frauen auf die durch die kapitalistische Produktionsweise verursachten sozialen Gegensätze als Grund für die Kriege und erinnerten die Frauen und Mütter aller Länder an ihre besondere Aufgabe im Kampf gegen Militarismus und Krieg: die Jugend und die Kinder im Geiste des Sozialismus zu erziehen. Es gelte, «durch unablässige Agitation unter dem weiblichen Proletariat in der gesamten Arbeiterklasse das Bewußtsein der Macht zu stärken, die sie dank ihrer Rolle im Wirtschaftsleben der heutigen Gesellschaft einsetzen kann und einsetzen muß».<sup>6</sup> Die Frauen setzten damals große Hoffnung auf «das kämpfende Proletariat» als sich immer weiter ausbreitende «Armee des Friedens».<sup>7</sup> Die Balkankriege<sup>8</sup> im Vorfeld des Ersten Weltkrieges führten zu einer Verschiebung der Politik der Sozialistischen Internationale. Frauenfragen wurden aufgrund der Brisanz der Balkanfrage als weniger wichtig in den Hintergrund gedrängt.

Als das Internationale Sozialistische Büro für den 24. und 25. November 1912 einen außerordentlichen Sozialistenkongress ins Baseler Münster einberief, an dem 500 Delegierte aus 23 europäischen Staaten teilnahmen, gab es keine besondere Frauenkonferenz, wie das bei den beiden vorhergehenden Internationalen Sozialistenkongressen 1907 in Stuttgart und 1910 in Kopenhagen erstmals der Fall gewesen war. Als einziger Tagesordnungspunkt standen die internationale Lage und die gemeinsame Aktion gegen die nahende Kriegsgefahr zur Diskussion: «Bei dieser wichtigen

2 Vgl. Bebel Pocket. Ein Heft zur Erinnerung an August Bebel 1840–1913, hrsg. vom August Bebel Institut, Berlin 2013, S. 25.

3 Vgl. [library.fes.de/pdf-files/kug/04594.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/kug/04594.pdf).

4 Vgl. Notz, Gisela: Der Internationale Frauentag und die Gewerkschaften: Geschichte(n) – Tradition und Aktualität, Berlin 2011.

5 Zur Gründung des Internationalen Sozialistischen Frauensekretariats 1907 in Stuttgart vgl. Notz, Gisela (Hrsg.): «Her mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht für Mann und Frau!» Die internationale sozialistische Frauenbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts und der Kampf um das Frauenwahlrecht, Bonn 2008, S. 20–32.

6 Die Gleichheit, Nr. 1/1910, S. 9.

7 Resolutionen und Beschlüsse: II. Resolution, die Erhaltung des Friedens betreffend, unter: [www.wilpf.de/cms/upload/Resolution-100\\_Jahre\\_Frauentag.pdf](http://www.wilpf.de/cms/upload/Resolution-100_Jahre_Frauentag.pdf).

8 Die Kriege 1912 und 1913 führten zu einer politischen Neuordnung auf dem Balkan.

Willenskundgebung des Weltproletariats dürfen die sozialistischen Frauen so wenig fehlen wie im heiligen Krieg gegen den Krieg», schrieb Clara Zetkin (1857–1933) in ihrem Extra-Aufruf an die Frauen.<sup>9</sup> Zahlreiche Genossinnen folgten dem Aufruf. Die SPD hatte Clara Zetkin, Ottilie Baader (1847–1925) und Luise Zietz (1865–1922) als Delegierte entsandt. Clara Zetkin als Vertreterin der Sozialistischen Fraueninternationale, Alexandra Kollontai (1872–1952) als Vertreterin der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands und Dora Montefiore (1851–1933) als Mitglied der Britischen Sozialistischen Partei (BSP) sprachen in Basel im Namen der sozialistischen Frauen aller Länder. Zetkin präsentierte einen ausführlichen und leidenschaftlichen Bericht über die wachsende Kriegsgefahr und forderte die Frauen auf, sich gegen die Verbrechen eines Krieges zu wehren; als «Hüter des Lebens» seien sie zur Friedenserziehung verpflichtet. Sie sollten als Mütter die Kinder mit dem tiefsten Abscheu gegen den Krieg erziehen. Ihre Rede schloss sie mit den Worten: «Krieg dem Kriege».<sup>10</sup> Einstimmig nahm der Kongress in der Wiener Burgvogtei ein «Manifest der Internationale zur gegenwärtigen Lage» an, das die arbeitende Klasse in allen Ländern aufforderte, alle wirksamen Mittel zur Verhinderung des Krieges einzusetzen. Das Manifest bekräftigte die bereits anlässlich der Sozialistenkongresse von 1907 und 1910 verabschiedeten Antikriegsbeschlüsse und forderte die sozialistischen Parteien auf, «mit allen zweckmäßig erscheinenden Mitteln für die Erhaltung des Friedens einzutreten.»<sup>11</sup> Der Krieg konnte durch die Manifeste nicht verhindert werden. Auch der Aufruf Rosa Luxemburgs während ihrer Reden am 25. September in Frankfurt und 26. September 1913 in Fechenheim, wo sie Hunderttausenden von ZuhörerInnen zurief: «Wenn uns zugemutet wird, die Mordwaffe gegen unsere französischen oder anderen Brüder zu erheben, dann rufen wir: Nein, das tun wir nicht!»,<sup>12</sup> verfehlte die Wirkung bei den meisten einflussreichen Genossen. Die Zustimmung zu den Kriegskrediten zeigt, dass der Nationalismus unter den Genossen offensichtlich stärker verwurzelt war als das internationale Klassenbewusstsein.

### **Die Auslösung des Ersten Weltkrieges**

Am 3. August 1914 beschloss die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in Berlin, am nächsten Tag im Reichstag den von der deutschen Regierung geforderten Kriegskrediten in Höhe von fünf Milliarden Mark zuzustimmen. 14 Abgeordnete hatten vorher parteiintern gegen die Kredite gestimmt, darunter auch Karl Liebknecht

9 Zetkin, Clara: Aufruf zum Internationalen Sozialistenkongress zu Basel, in: Zetkin, Clara: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, Berlin 1957, S. 563.

10 Staude, Fritz: Der Kampf Clara Zetkins gegen Militarismus und Opportunismus bis zum Baseler Sozialistenkongress, in: Kolloquium der Forschungsgemeinschaft «Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau», Leipzig, 27. Mai 1982, S. 15–26, hier S. 24.

11 Außerordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongress zu Basel am 24. und 25. November 1912, Berlin 1912, S. 23–27.

12 Zit. nach: Laschitzka, Annelies: Im Lebensrausch, trotz alledem: Eine Biografie, Berlin 1996, S. 437.

(1871–1919), der sich später auf die «Heiligkeit der Fraktionsdisziplin» berief.<sup>13</sup> Die Deutschen Gewerkschaften vereinbarten auf einer Vorstandskonferenz am selben Tag in Berlin eine Unterstützung der Reichsregierung bei der bevorstehenden Mobilmachung und bei einem eventuellen kriegsbedingten Lohnstopp. Bei der Abstimmung um erneute Kriegskredite am 2. Dezember 1914 brach Liebknecht mit dem Fraktionszwang und stimmte als Einziger dagegen. Er wurde daraufhin an die Front einberufen. Seiner Überzeugung blieb er treu, bis er gemeinsam mit Rosa Luxemburg ermordet wurde. Frauen konnten bekanntlich nicht abstimmen, die weit überwindende Mehrzahl der arbeitenden Klasse ebenfalls nicht, weil sie nicht im Reichstag saß. Die bürgerlichen Parteien, konservative wie liberale, stimmten den Kriegskrediten zu. Die SPD war vor dem Ersten Weltkrieg die mitgliederstärkste Partei in Deutschland. Wie konnte sie in Kriegsbegeisterung ausbrechen? Es war eine (zu) geringe Zahl von SozialdemokratInnen, die Krieg als ein untaugliches Mittel der Politik geißelten. Andere zögerten, weil sie nicht sicher waren, ob der Krieg Vor- oder Nachteile für das «eigene» Land und damit für sie selbst bringen würde, und wieder andere konnten ohnehin von einem Tag auf den anderen ihre Meinung ändern, sie wollten nicht als «VerteidigerInnen des Vaterlandes» zurückstehen. Die KriegsbefürworterInnen setzten sich durch, weil «an der Spitze von Staat und Gesellschaft die Bereitschaft zum Kriege existierte und das lange bevor an irgendeinen Anlass oder Auslöser zu denken war, weil in den Köpfen und Planungen der Herrschenden generell Kriegsziele lebten», so der Historiker Kurt Pätzold.<sup>14</sup>

Anstatt den Krieg mit einem Generalstreik zu verunmöglichen, folgten auch die Arbeitermassen der betroffenen Länder den Aufrufen ihrer Regierungen zur Generalmobilmachung. Das angeblich «vaterlandslose» Proletariat zog für die jeweilige Nation an die Front. Spätestens mit der Bewilligung der Kriegskredite zeichnete sich der Weg zur Spaltung der Partei und damit auch der sozialdemokratischen Frauenbewegung ab. Es begann der Erste Weltkrieg, der Millionen Tote, Verkrüppelte und Vertriebene fordern sollte.

Die Auslösung des Ersten Weltkrieges leitete eine neue Epoche in der Entwicklung der internationalen sozialistischen Frauenbewegungen ein. Internationale Verbindungen wurden beinahe unmöglich. Die gesamte Sozialistische Internationale – und damit auch die Fraueninternationale – löste sich in ihre nationalen Bestandteile auf.

Internationale Frauentage wurden in Deutschland von den Behörden verboten und mussten illegal stattfinden. Durch die von der SPD-Spitze und der ihr nahestehenden Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands während der Kriegsjahre mitgetragene «Burgfriedenspolitik» waren kritische Veranstaltungen wie der Internationale Frauentag auch von den Organisationen der Arbeiterbewegung selbst nicht

13 Zit. nach: Laschitzka, Annelies/Keller, Elke (Hrsg.): Karl Liebknecht, eine Biografie in Dokumenten, Berlin 1982, S. 218.

14 Pätzold, Kurt: 1914. Das Ereignis und sein Nachleben, Berlin 2014, S. 29.



mehr erwünscht. Nahezu alle sozialistischen Parteien in den kriegführenden Ländern stimmten ein in die Euphorie der Massen, sie bekannten sich zur «Verteidigung des Vaterlandes» und damit des bürgerlich-kapitalistischen Staates, dessen Sturz sie bis dahin angestrebt hatten. «Mit Gott für König und Vaterland» hieß es nun in vielen Sprachen, obwohl zahlreiche SozialistInnen in vielen Ländern sich längst vom Christentum gelöst hatten. «Nicht als Internationalisten, sondern als Nationalisten; bürgerlich und nicht proletarisch; nicht revolutionär, sondern erz-opportunistisch», waren die Sozialdemokraten dabei, so Lenin 1915 in der Beilage zum *Sozialdemokrat*.<sup>15</sup>

### **Krieg dem Kriege**

Clara Zetkin und ihre Mitstreiterinnen widmeten sich verstärkt dem Kampf gegen den Krieg, den Zetkin als «Weltfurie» bezeichnete.<sup>16</sup> Sie verfasste Anfang November 1914 einen Aufruf «an die sozialistischen Frauen aller Länder», in dem sie sich erneut entschieden gegen den Krieg und für breite Friedensaktionen aussprach. «Von Woche zu Woche mehren sich in den kriegführenden wie in den neutralen Ländern die Frauenstimmen, die Protest erheben wider das furchtbare Völkerringen, das der Drang nach Weltmacht und Weltherrschaft der kapitalistischen Staaten geboren hat. [...] Immer mehr Teile der Erde werden in seinen blutigen Strudel gerissen. Der Krieg hat die besten physischen, geistigen und moralischen Kräfte der Bevölkerung in seinen Dienst genommen», schrieb Zetkin in dem Aufruf.<sup>17</sup> Nun wollte sie nicht mehr wie vorher Schulter an Schulter mit den Männern kämpfen, auch nicht mit denen ihrer Klasse, wenn diese in den Krieg zogen: «Wenn die Männer töten», so schrieb sie, «so ist es an den Frauen, für die Erhaltung des Lebens zu kämpfen. Wenn die Männer schweigen, so ist es unsere Pflicht, erfüllt von unseren Idealen, die Stimme zu erheben.»<sup>18</sup>

Clara Zetkin erinnerte die Genossinnen und Schwestern daran, das Versprechen der Baseler Konferenz von 1912 einzulösen: «Wir sozialistischen Frauen werden im Kampfe gegen den Krieg jederzeit zu den Vorwärtsdrängenden, zu den Stürmenden gehören.»<sup>19</sup> Sie versuchte, die durch den Krieg abgerissenen Fäden zur internationalen Frauenbewegung wieder neu zu knüpfen, um die sozialistischen Frauen in aller Welt als Kriegsgegnerinnen zu aktivieren.<sup>20</sup> Auch in der *Gleichheit* agitierte sie unerschrocken gegen den Krieg und versuchte, die Frauen aus aller Welt wachzurütteln. Wie

15 Vgl. Lenin, Wladimir I.: Über den Kampf gegen den Sozialchauvinismus, in: Beilage zum Sozial-Demokrat, Nr. 52 vom 1.6.1915.

16 Zetkin, Clara: Proletarische Frauen, seid bereit!, in: Zetkin, Clara: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, S. 624.

17 Aufruf gegen den Krieg, aus: Berner Tagwacht vom 10.12.1914, S. 1.

18 Zetkin, Clara: An die sozialistischen Frauen aller Länder!, in: Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, S. 638.

19 Ebd.

20 Vgl. Juchacz, Marie: Sie lebten für eine bessere Welt. Lebensbilder führender Frauen des 19. und 20. Jahrhunderts, Hannover 1971, S. 43.

viele SozialistInnen blieb sie dem Grundsatz treu, «diesem System keinen Mann und keinen Groschen» zuzubilligen.<sup>21</sup>

Sich noch einmal gegen den Widerstand der Parteispitze auflehnd, hatte Zetkin als Sekretärin des Internationalen Sozialistischen Frauenbüros vom 26. bis 28. März 1915 die Berner Internationale Sozialistische Frauenkonferenz gegen den Krieg für alle am Krieg beteiligten Länder einberufen. Es war die erste größere Friedenskundgebung während des Ersten Weltkrieges. Der Einladung folgten insgesamt 125 Delegierte aus Deutschland, England, Frankreich, Russland, Polen, Holland, Italien und der Schweiz. Aus Deutschland waren neben Clara Zetkin Lore Agnes, Martha Arendsee, Käte Dunker, Toni Sender, Berta Thalheimer und Margarete Wengels angereist. Die deutschen und französischen Teilnehmerinnen konnten allerdings nicht als offizielle Delegierte ihrer Parteien auftreten, weil beide Parteien zu dieser Zeit eindeutig die Politik ihrer Länder unterstützten. Damit war die Spaltung der sozialistischen Parteien auch auf internationaler Ebene deutlich geworden. Aufgabe der Konferenz sollte es sein, eine kraftvolle einheitliche internationale Friedensaktion der Genossinnen mit einem klaren Ziel in die Wege zu leiten. Die dort nach einigen Auseinandersetzungen einstimmig verabschiedete Friedensresolution forderte die Genossinnen aller Länder auf, sich für die sofortige Beendigung des Krieges auszusprechen. Die Resolution nahm Bezug auf die von den sozialistischen Parteien der teilnehmenden Länder getroffenen Beschlüsse der internationalen Kongresse von Stuttgart (1907), Kopenhagen (1910) und Basel (1912) und forderte auch von den Parteien, alle Kraft für die Beendigung des Krieges einzusetzen.<sup>22</sup> Die Arbeiterinnen wurden zu Massendemonstrationen gegen die «Vaterlandsverteidiger» aufgerufen. Sie sollten ihr Solidaritätsbewusstsein und ihren Friedenswillen bekunden und so die Vorkämpferinnen für eine allgemeine Bewegung der werktätigen Massen für die Beendigung des Brudermordens werden. Die Resolution konnte den Krieg ebenso wenig aufhalten wie die Demonstrationen und Streikwellen pazifistisch orientierter Frauen in vielen Ländern in der zweiten Hälfte des Krieges. «Die Konferenz war Aktion einer Minderheit der Bewegung, Vorbotin ihrer unerlässlichen Spaltung», schrieb Clara Zetkin später.<sup>23</sup> Wegen der Verbreitung der Materialien der Berner Konferenz wurde sie wegen «versuchten Landesverrats» zu zwei Jahren Haft verurteilt. Eine Protestwelle der KriegsgegnerInnen und eine Kauton, die der Verleger J.H.W. Dietz übernahm, erzwangen ihre Freilassung im Oktober 1915.<sup>24</sup>

### **Der Dienst an der «Heimatfront»**

Gemeinsame Erfahrung aller Frauen war, dass sie nie gefragt wurden, ob Kriege stattfinden sollen und ob sie von ihren Männern und Söhnen wirklich «verteidigt» werden

21 Zit. nach: Söllner, Christa: Clara Zetkin und die Sozialistische Frauenbewegung, Köln 1970, S. 36.

22 Zit. nach: [www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder\\_dokumente/00987/index-15.html.de](http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder_dokumente/00987/index-15.html.de).

23 Zetkin, Clara: Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland, Berlin 1958, S. 220.

24 Vgl. Puschnerat, Tania: Clara Zetkin. Bürgerlichkeit und Marxismus, Essen 2003, S. 203f.

wollen. Die vermeintliche Friedfertigkeit, die ihnen als Teil ihres «Wesens» oder ihrer «Natur» unterstellt wird, wies vielen Frauen die Aufgabe zu, an der «Heimatfront» in der «weiblichen Heimarmee», wie sie Barbara Guttman in ihrer gleichnamigen Studie beschrieb, zu wirken.<sup>25</sup> Während ihre Männer eingetrickert bekamen, sie müssten ihre Frauen und Kinder in der Heimat beschützen, galten sie als soziale Wesen und versorgende Helferinnen.

Sozialistische wie bürgerliche Frauen nähten Wäsche und strickten Strümpfe für die «Helden an der Front», verpflegten die durchziehenden Truppen an den Bahnhöfen und trugen maßgeblich das «Liebesgabenwesen». Liebesgaben waren Millionen von Päckchen an die Frontsoldaten, um sie zur «Weiterarbeit» in den Schützengraben zu ermuntern. Nicht nur bürgerliche Frauen versprachen sich von der Übernahme staatsbürgerlicher Pflichten während des Krieges die Gewährung des Frauenwahlrechts, für das sie bisher erfolglos gekämpft hatten.

Aus patriotischer Motivation unterstützt durch viele andere, hatte Gertrud Bäumer (1873–1954), führende Protagonistin im Bund Deutscher Frauenvereine, am 3. August 1914 einen «Nationalen Frauendienst» (NFD) geschaffen, dessen Ziel die «Aufrechterhaltung der Heimatfront» sein sollte. Das Deutsche Rote Kreuz, Vaterländische und christliche Frauenverbände unterstützten den NFD. Zu den Aufgaben der Frauen an der «Heimatfront» gehörten die kommunale Fürsorgearbeit, Kinderfürsorge, Kranken- und Wöchnerinnenhilfe, aber auch die Errichtung von Kindergärten und Horten in den Arbeitervierteln, die Hilfe für notleidende Familien und die Verteilung der Frauen auf Arbeitsplätze in der Kriegswirtschaft.

Die Idee war nicht neu. Schon während früherer Kriege hatten vorwiegend bürgerliche Frauen in «Vaterländischen Frauenvereinen» den Krieg, die Helden und den Heldentod durch «vaterländische Dienste» unterstützt. Aber es war das erste Mal in der Geschichte, dass Frauen klassen- und parteiübergreifend ein so großes gemeinsames Projekt starteten.<sup>26</sup> Zahlreiche sozialdemokratische Frauen in fast allen Orten Deutschlands folgten der Aufforderung bürgerlicher Frauen, an der «Heimatfront» mitzuarbeiten. Der Interessengegensatz zwischen Proletarierinnen und «Bourgeoisdamen» schien überwunden. Der SPD-Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften riefen am 6. August 1914 die Arbeiterinnen dazu auf, im «Nationalen Frauendienst» mitzuarbeiten. Dem Ruf folgten beispielsweise Marie Juchacz (1879–1956) und Helene Simon (1862–1947), und auch Gewerkschafterinnen wie Gertrud Hanna (1876–1944).<sup>27</sup> Die aus bürgerlichen Verhältnissen stammende Frauenrechtlerin und Sozialdemokratin Lily Braun (1865–1916) schrieb sogar, dass der

25 Vgl. Guttman, Barbara: Weibliche Heimarmee. Frauen in Deutschland 1914–1918, Weinheim 1989.

26 Vgl. Notz, Gisela: Marie Juchacz. Wegbereiterin der modernen Sozialarbeit (1879–1956), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1/2004, S. 111–125.

27 Aus ihren Erfahrungen gründete Marie Juchacz 1919 mit einer Reihe anderer Sozialdemokratinnen die Arbeiterwohlfahrt als «Selbsthilfe der Arbeitenden» mit. Auch Gertrud Hanna gehörte dem Hauptausschuss der Arbeiterwohlfahrt an.

Krieg endlich wieder zeige, was wahre Männlichkeit und Weiblichkeit sei.<sup>28</sup> Damit begrüßte sie die Wiederherstellung alter Geschlechterrollen.

Auch in anderen Ländern verbanden sich sozialistische Frauenverbände mit den bürgerlichen Frauen ihres jeweiligen Landes. Dafür ernteten sie harsche Kritik durch links-sozialistische Frauen. Nicht nur Clara Zetkin, Rosa Luxemburg und Käthe Dunker (1871–1953) vertraten die Meinung, dass es zwar notwendig sei, sich um die Kinder und Frauen der Soldaten zu kümmern, die erste und wichtigste Pflicht einer Sozialistin und Internationalistin sei es jedoch, die Massen für den Kampf gegen den Krieg zu gewinnen.

### **Anpassung und Verweigerung**

Am Beispiel der ersten Konzessionsfrau der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,<sup>29</sup> Luise Zietz (1865–1922), wird die widersprüchliche Haltung zum «Nationalen Frauendienst» deutlich, die bei ihr schließlich zur Verweigerung führte.<sup>30</sup> Vor der Auslösung des Ersten Weltkrieges hatte Luise Zietz in vielen Artikeln und Reden gegen die Kolonial-Eroberungspolitik und gegen den Krieg aufgerufen. In ihrer Agitationsschrift «Bist Du eine der Unsrigen?» fragte sie «die Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes», an die sie sich mit der Schrift wandte: «Möchtest Du nicht mit Deinem Herzblut Dich dafür einsetzen, daß den wahnsinnigen Rüstungen zu Wasser und zu Lande sowie der Kolonial-Eroberungspolitik Einhalt getan wird?»<sup>31</sup> Noch um die Jahrhundertwende hatte sie argumentiert: «Wir haben Wichtigeres zu tun, als auf Konferenzen bürgerliche Frauen vor ihren Dummheiten zu bewahren»,<sup>32</sup> wenn ihr wegen ihrer rigorosen Haltung gegenüber der bürgerlichen Frauenbewegungen von anderen GenossInnen Vorwürfe gemacht wurden. Ihre Einstellung zum Krieg wie auch zu den «Bürgerlichen» sollte sich mit Kriegsbeginn jedoch grundlegend ändern. Sie unterstützte die vom Parteivorstand durch einen öffentlichen Aufruf ganz im Geiste der «Burgfriedenspolitik» propagierte Kriegshilfe. Sie motivierte die Genossinnen zu Hilfsaktionen und wurde ihrer Abneigung gegenüber bürgerlichen Frauen untreu. Am 28. August 1914 veröffentlichte die sozialdemokratische Frauenzeitschrift *Die Gleichheit* einen Aufruf, den Zietz unterschrieben und vermutlich auch selbst formuliert hatte und in dem sie die Genossinnen zur Zusammenarbeit mit dem

28 Vgl. Christa Hämmerle im Interview mit Heide Oestreich, in: die tageszeitung (taz), vom 28.3.2014.

29 Seit 1908 dürfen Frauen politischen Vereinigungen angehören, und seitdem gibt es eine «Quote» in der SPD: «Die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis ihrer Zahl [gemeint ist ihr Mitgliederanteil an der Partei; G.N.] im Vorstand vertreten. Doch muss diesem mindestens eine Genossin angehören.» Luise Zietz wurde in den Parteivorstand der SPD gewählt. Vgl. Protokoll des Parteivorstands der SPD 1908, S. 485f. (Frauenkonferenz), S. 547 (vom Parteivorstand angenommene Anträge), S. 460 (Wahl des Parteivorstands).

30 Vgl. hierzu Notz, Gisela: Luise Zietz (1865–1922), in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2003/II, S. 135–149.

31 Zietz, Luise: Bist Du eine der Unsrigen?, Berlin 1912.

32 Zit. nach: Juchacz: Sie lebten, S. 65.

«Nationalen Frauendienst» ermunterte.<sup>33</sup> Aufgrund ihres Vorschlags, an der Arbeit der kommunalen Unterstützungskommissionen tatkräftig Anteil zu nehmen, wurde die Eingliederung der sozialdemokratischen Frauen in den «Nationalen Frauendienst» vollzogen.<sup>34</sup>

Durch «trostreichen Zuspruch» wollte Zietz das «Zusammengehörigkeitsgefühl unserer Arbeitsbrüder und -schwestern» in den schweren Zeiten heben.<sup>35</sup> In ihrer Broschüre «Die sozialdemokratischen Frauen und der Krieg» erstellte Luise Zietz eine Auflistung, an welchen Orten sich die Sozialdemokratinnen, teils selbständig und teils «mit den Bürgerlichen gemeinsam», an der Kriegshilfe beteiligten.<sup>36</sup> In der gleichen Broschüre wird allerdings bereits ihre ambivalente Haltung zu den «Hilfsdiensten» deutlich. Sie prangerte die «kopfflos unternommene» Hilfsbereitschaft der bürgerlichen Frauen an: «Die Damen, die für die Krieger unentgeltlich Wäsche nähten, Strümpfe strickten usw., überlegten nicht, daß sie damit arbeitslosen Heim- oder Fabrikarbeiterinnen die Arbeitsmöglichkeit und das Brot nahmen.»<sup>37</sup> Andererseits lobte sie in der *Gleichheit* vom 2. Oktober 1914 die Hilfsbereitschaft der Berliner SPD-Genossinnen, die durch den Krieg erwerbslos geworden waren und dennoch unentgeltlich aus eingelieferten Stoffen oder Kleidungsstücken Säuglingswäsche oder Kinderkleidchen genäht hatten, «um ihren noch ärmeren Schwestern zu helfen».<sup>38</sup>

Auch die Sozialdemokratin Marie Juchacz unterstützte mit Kriegsbeginn die vom Parteivorstand propagierte Kriegshilfe, indem sie in der «Nationalen Frauengemeinschaft» mitwirkte, die der Kölner Stadtverband der Frauenvereine 1914 gegründet hatte. Sie arbeitete mit, weil sie gemeinsam mit den bürgerlichen Frauen helfen wollte, die furchtbare Notlage der Bevölkerung durch das Einrichten von Stadtküchen, Nähstuben, Wärmehallen etc. zu mildern.<sup>39</sup> Im Ernährungsausschuss war sie an der Verteilung der rationierten Lebensmittel beteiligt sowie an der Einrichtung einer Werkstatt, die Bekleidung für die Armee herstellte und Heimarbeiterinnen Arbeit gab.<sup>40</sup>

Vielleicht hofften Frauen wie Luise Zietz und Marie Juchacz, dass die positiven kriegshemmenden Kräfte doch die Oberhand gewinnen könnten. Wahrscheinlich waren viele – ebenso wie die «Bürgerlichen» – auch davon überzeugt, dass es wichtig sei, «ein letztes bescheidenes Stück nationaler Kraft zu sein».<sup>41</sup>

33 Vgl. Zietz, Luise: Unsere Aufgaben, in: *Die Gleichheit*, Nr. 24, vom 28.8.1914.

34 Vgl. Juchacz: Sie lebten, S. 66.

35 Zietz, Luise: *Die sozialdemokratischen Frauen und der Krieg*, Stuttgart o.J., S. 6.

36 Vgl. ebd., S. 4f.

37 Ebd., S. 5f.

38 Zietz, Luise: Die Hilfsaktion der Berliner Genossinnen, in: *Die Gleichheit*, Nr. 1, vom 2.10.1914.

39 Zu Marie Juchacz vgl. Notz: Marie Juchacz.

40 Christine Rhein: Marie Juchacz, geb. Gohlke, in: *Frauenmosaik. Frauenbiographien aus dem Berliner Stadtbezirk Treptow-Köpenick*, hrsg. von der Gleichstellungsbeauftragten des Bezirksamts Treptow-Köpenick, Berlin 2001, S. 83–188, hier S. 76.

41 Lange, Helene: Die Dienstpflichten der Frau, in: *Die Frau*, 1915/16, S. 576–579, hier S. 578.

Luise Zietz allerdings hatte schon wenige Monate nach ihrem Aufruf einen «Offenen Brief» Karl Liebknechts an den Parteivorstand, in dem er gegen die Kriegspolitik der SPD-Parteiführung protestierte, unterschrieben. Im Oktober 1915 änderte sie ihre Haltung eindeutig. Sie war die Sprecherin einer Deputation Berliner Genossinnen, die eine Sitzung des Parteausschusses der SPD störte, um dort Kritik an der Politik der Parteiführung zu üben.<sup>42</sup> Die Arbeit des «Nationalen Frauendienstes» unterstützte sie nicht mehr.<sup>43</sup> Sie schlug sich wieder voll auf die Seite der KriegsgegnerInnen. Im März 1916 zum Internationalen Frauentag veröffentlichte sie in einer Reihe von Zeitungen den Artikel «Märzagitation».<sup>44</sup> Obwohl sie in diesem Artikel auf eine eindeutige Stellungnahme gegen den Krieg verzichtete, wurde ihr von der Parteileitung verboten, «während der Dauer des Kriegszustandes Vorträge zu halten und in Versammlungen zu reden». Sie durfte diese Anordnung nicht bekannt geben und ihr Auslandspass wurde ihr entzogen.<sup>45</sup> Nun musste sie ihre politische Tätigkeit illegal fortführen. Zietz kämpfte weiter gegen den Krieg und für den Frieden und hielt auch mit der Sozialistischen Internationale Kontakt. Heimlich reiste sie in die Schweiz und nach Stockholm, wo sie offensichtlich neuen Mut für ihre aufreibende Tätigkeit schöpfte. Bei der Reichskonferenz der SPD 1916 verurteilte Luise Zietz die Kriegspolitik entschieden und opponierte gegen die Parteiführung. Obwohl die innerparteiliche Opposition gegen den Krieg wuchs, blieb die SPD-Führung bei ihren zustimmenden Positionen. Zietz beteiligte sich im April 1917 an der Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), in der sich ein großer Teil der KriegsgegnerInnen zusammenfand. Die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie wurde manifest. Viele Frauen schlossen sich der neugegründeten USPD an, weil sie die Kriegspolitik der SPD-Führung nicht weiter mittragen konnten. Clara Zetkin, Rosa Luxemburg, Käthe Duncker und viele andere waren dabei. Luise Zietz erhielt in der USPD sofort die Position einer geschäftsführenden Sekretärin, wurde ins Zentralkomitee der Partei gewählt und hatte als Frauensekretärin maßgeblichen Einfluss auf die USPD-Frauenbewegung.<sup>46</sup> Während der Novemberrevolution 1918 nahm sie an der Sitzung des «Vollzugsrates der revolutionären Obleute» am 2. November teil, in der der strategische Aufstandsplan beraten wurde.<sup>47</sup>

42 Vgl. Zörner, Guste: Luise Zietz, in: Zörner, Guste (Hrsg.): Sie kämpften auch für uns, Leipzig o.J., S. 33–40, hier S. 39.

43 Vgl. Wachenheim, Hedwig: Vom Großbürgertum zur Sozialdemokratie. Memoiren einer Reformistin, Berlin 1973, S. 58.

44 Zietz, Luise: Märzagitation, in: Vorwärts vom 29.2.1916; auch in: Leipziger Volkszeitung, Schwäbische Tagwacht, Volksfreund (Braunschweig), alle vom 1.3.1916, sowie Volkswacht für Schlesien und Posen vom 6.3.1916.

45 Zeisler, Hans: Luise Zietz. Leben und Wirken der proletarischen Frauenbewegung 1865–1922, Dissertation, Pädagogische Hochschule Clara Zetkin, Leipzig 1958, S. 125. Vgl. auch Kautsky, Luise: Luise Zietz, in: Die Genossin 1/1932, S. 6.

46 Vgl. Oppositionelle Frauen treten der USPD bei, in: Kuhn, Annette (Hrsg.): Die Chronik der Frauen, Dortmund 1993.

47 Vgl. Zeisler: Luise Zietz, S. 139.

Marie Juchacz ging 1917 von Köln zurück nach Berlin, weil der Parteivorsitzende Friedrich Ebert ihr die Stelle der Frauensekretärin im zentralen Parteivorstand angeboten hatte, die vorher Luise Zietz innegehabt hatte. Damit bekam sie den wichtigsten Platz, den eine Frau innerhalb der Partei erreichen konnte, von Luise Zietz, die sie bis dahin stets gefördert hatte. Als Vertreterin des reformistischen Parteikurses übernahm sie gleichzeitig deren Posten im Sozialdemokratischen Parteivorstand und auch die Redaktion der Frauenzeitung *Die Gleichheit* von Clara Zetkin.

### **Der Krieg ist zu Ende**

Am 9. November 1918, im fünften Kriegsjahr, endete die mehr als 1.000-jährige Herrschaft der Fürsten über das Volk. Zerstörte Städte, Dörfer, Landschaften und Industrieanlagen waren der Preis für die Konkurrenz zwischen kapitalistischen Ländern um Kolonien, Rohstoffe und Absatzmärkte.

Nach Kriegsende wurden Marie Juchacz für die Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands (MSPD), Luise Zietz für die USPD und Clara Zetkin für die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) in den Reichstag gewählt. Das war möglich, weil die Frauen mit ihren Forderungen nach gleicher Teilhabe am Staatsleben durch das allgemeine gleiche Wahlrecht für Mann und Frau bei den Arbeiter- und Soldatenräten, die sich im November 1918 überall formierten, offene Ohren fanden. Die Forderung gehörte zu den Parolen der Revolution. Ebenso wie die Forderung nach Aufhebung des «Nationalen Frauendienstes». Bei der Verabschiedung der Weimarer Verfassung versuchte keine Partei mehr, das Frauenstimmrecht anzutasten. Für die Sozialistinnen bedeutete der Erste Weltkrieg dennoch einen tiefen Einschnitt, denn Ausmaß und Stärke, die die sozialistische Frauenbewegung zuvor erreicht hatten, erreichten sie danach nicht mehr.<sup>48</sup>

48 Es dauerte bis zum 21. Mai 1923, bis die I. Internationale Frauenkonferenz nach dem Ersten Weltkrieg durchgeführt wurde. Lediglich 93 Delegierte aus 23 Ländern waren versammelt, um eine neue Sozialistische Fraueninternationale zu gründen. Bei der IV. Internationalen Frauenkonferenz 1931 warf bereits das Hakenkreuz seinen Schatten voraus.

Jochen Weichold

## **ANARCHISTINNEN, SYNDIKALISTINNEN UND DER ERSTE WELTKRIEG**

Zu den Essentials des Anarchismus und des Syndikalismus bzw. Anarchosyndikalismus gehörte seit jeher die Gegnerschaft zu jeder Art von Staat. Damit war konsequenterweise die Ablehnung seines bewaffneten Arms, des Militärs, verbunden. Antimilitarismus war ein prägendes Element des Anarchismus und des Syndikalismus, Anarchosyndikalismus bzw. Unionismus. AnarchistInnen und SyndikalistInnen betrachteten «die militärische Vernunft und Logik als legitimes Kind, als eine Variante der Staatsvernunft».<sup>1</sup>

Auf den Konferenzen der II. Internationale 1891 in Brüssel und 1893 in Zürich wurden von anarchistischer Seite Resolutionen eingebracht, die vorsahen, bei Kriegserklärungen zur allgemeinen Kriegsdienstverweigerung und zum Streik aufzurufen. Für diese Position stritt auf beiden Kongressen namentlich der Führer der holländischen Sozialisten, Ferdinand Domela Nieuwenhuis (1846–1919), dessen Ansichten bereits damals stark von anarchistischen Tendenzen geprägt waren.<sup>2</sup> Nieuwenhuis ging in den Folgejahren zu anarchistischen Positionen über, setzte sich für die im Oktober 1904 erfolgte Gründung der Internationalen Anarchistischen Vereinigung ein und wurde deren internationaler Sekretär.<sup>3</sup> Er war und blieb ein überzeugter Antimilitarist.<sup>4</sup>

In der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg waren die französische Confédération Générale du Travail (CGT) und die Industrial Workers of the World (IWW, Wobblies genannt)

- 1 Krippendorff, Ekkehart: Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft, Frankfurt a.M. 1985, S. 363.
- 2 Vgl. Die internationale Arbeiterbewegung. Fragen der Geschichte und der Theorie, 7 Bde., Zweiter Band, Moskau 1981, S. 293.
- 3 Vgl. Hecker, Rolf: Ein «wackerer Kampfgenosse» – Ferdinand Domela Nieuwenhuis. Marx' Marginalien in Kapitala en Arbeid, in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge, Hamburg 2001, S. 256; Tillmann, Heinz (Hrsg.): Biographien zur Weltgeschichte. Lexikon, Berlin 1989, S. 418.
- 4 Vgl. Biografisch woordenboek van het socialisme en de arbeidersbeweging in Nederland, Bd. 6, Amsterdam 1995, S. 163.



in den USA die wichtigsten Organisationen der anarchosyndikalistischen bzw. unionistischen Richtung in der Arbeiterbewegung. Während die Auffassungen der CGT in Frankreich, einem Land, in dem noch die Kleinindustrie dominierte, eher vom Leitbild einer freien Gesellschaft handwerklicher KleinproduzentInnen beeinflusst waren, spiegelten diejenigen der IWW den Erfahrungshorizont der IndustriearbeiterInnen wider, der durch den höheren Entwicklungsstand der Produktivkräfte geprägt war. Im Unterschied zum klassischen Anarchosyndikalismus der CGT spricht man hier vom Industrialismus oder Unionismus. Die CGT hatte 1910 rund 970.000 Mitglieder,<sup>5</sup> die IWW Mitte 1917 rund 100.000 Mitglieder.<sup>6</sup> Bedeutende anarchosyndikalistische Organisationen gab es auch in Italien und in Spanien.

Der Gründungskongress der IWW 1905 in Chicago verurteilte den Militarismus. Er beschloss, dass jeder, der in die Armee, die Miliz oder in die Polizei eintrat, ein für alle Mal von der Mitgliedschaft ausgeschlossen wurde, und empfahl als wirksamste Waffe gegen den Kapitalismus den Generalstreik.<sup>7</sup>

In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg standen AnarchosyndikalistInnen in Frankreich, Italien und Spanien häufig an der Spitze von antimilitaristischen Massenkampagnen.<sup>8</sup> In Italien rief die 1912 gegründete anarchosyndikalistische *Unione Sindacale Italiana* (USI), die damals etwa 100.000 Mitglieder zählte, im Kampf gegen Militarismus und Reaktion zum Generalstreik auf.<sup>9</sup> Die syndikalistische CGT in Frankreich, in der sich damals bereits ein starker reformistischer Flügel herausgebildet hatte, bekräftigte auf ihrem außerordentlichen Kongress 1911 ihre Antikriegstaktik, die sie 1908 auf ihrem Kongress in Marseille beschlossen hatte: Eine Kriegserklärung sollte mit einem revolutionären Generalstreik beantwortet werden.<sup>10</sup>

Soweit die Theorie. Mit Beginn des Ersten Weltkrieges offenbarte sich jedoch eine Spaltung der AnarchistInnen und SyndikalistInnen bzw. AnarchosyndikalistInnen in dieser Frage. Ein Teil dieser Kräfte blieb den antimilitaristischen Positionen treu. Ein anderer Teil wurde – wie die Masse der sozialdemokratisch oder sozialistisch beeinflussten Arbeiterbewegung – in den nationalistischen und chauvinistischen Strudel in den damaligen Hochburgen des Kapitals hineingerissen. Der Anarchosozialist Gustav Landauer (1870–1919) beklagte in einem Brief an Hedwig Mauthner (1872–1945) vom 29. Dezember 1914 bitter die «Benommenheit, Benebelung und Besoffenheit

5 Vgl. Bruhat, Jean/Piolot, Marc: *Aus der Geschichte der CGT*, Berlin (DDR) 1961, S. 82.

6 Vgl. Thompson, Fred: *The I.W.W. Its First Fifty Years (1905–1955). The History of an Effort to Organize the Working Class*, Chicago 1955, S. 126. Vgl. auch Guérin, Daniel: *Die amerikanische Arbeiterbewegung 1867–1967*, Frankfurt a.M. 1970, S. 45.

7 Vgl. Haywood, William D.: *Unter Cowboys und Kumpels. Erinnerungen eines amerikanischen Arbeiterführers*, Berlin (DDR) 1980, S. 165f.

8 Vgl. *Die internationale Arbeiterbewegung*, Dritter Band, Moskau 1982, S. 258, 261.

9 Vgl. ebd., S. 384f.

10 Vgl. ebd., S. 375.

fast aller unserer Geistigen»,<sup>11</sup> die ins Lager der ChauvinistInnen übergegangen seien. Innerhalb der italienischen USI kam es zu einer Auseinandersetzung bezüglich der Fortsetzung des Antikriegskurses. Auf einer Sitzung des Generalrats der USI am 13. und 14. September 1914 erlitten die interventionistischen NationalsyndikalistInnen, die einen Eintritt Italiens an der Seite der Entente befürworteten, eine Niederlage. Der Generalrat bestätigte den Antiinterventionskurs und ernannte den entschiedenen Kriegsgegner Armando Borghi (1882–1968) zum Generalsekretär.<sup>12</sup>

Zu dem Teil, der den antimilitaristischen Positionen treu blieb, gehörten die IWW in den USA, die anarchosyndikalistische Confederación Nacional del Trabajo (CNT) in Spanien, die syndikalistische Freie Vereinigung Deutscher Gewerkschaften (FVDG), die IWW in Australien und führende Köpfe des internationalen Anarchismus wie Errico Malatesta (1853–1932) und Luigi Fabbri (1877–1935) in Italien, Ferdinand Nieuwenhuis in den Niederlanden, Thomas Henry Keell (1866–1938) in Großbritannien, Rudolf Grossmann (1882–1942) in Österreich, Emma Goldman (1869–1940) und Alexander Berkman (1870–1936) in den USA sowie die deutschen Anarchisten beziehungsweise AnarchosyndikalistInnen Gustav Landauer, Rudolf Rocker (1873–1958), Fritz Oerter (1869–1935) und Fritz Kater (1861–1945). Die überwiegende Mehrheit der AnarchistInnen rief zur Kriegsdienstverweigerung auf und appellierte an die ArbeiterInnen, ihre Arbeit in der Rüstungsindustrie niederzulegen oder zu sabotieren.<sup>13</sup>

Malatesta, Nieuwenhuis, Keell, Goldman und Berkman gehörten 1915 zu den mehr als 30 UnterzeichnerInnen des «International Anarchist Manifesto on the War». In diesem Manifest hieß es: «Europa steht in Flammen. Zwölf Millionen Männer sind mit der schrecklichsten Metzerei beschäftigt, die die Geschichte jemals gesehen hat. Millionen von Frauen und Kindern sind in Tränen aufgelöst. Das wirtschaftliche, geistige und sittliche Leben der sieben großen Völker ist brutal suspendiert [...] – das ist, nach sieben Monaten, das schmerzhafteste, qualvolle und hasserfüllte Spektakel, das die zivilisierte Welt präsentiert.»<sup>14</sup>

Aber diese schrecklichen Ereignisse würden nur die Überzeugung der AnarchistInnen bestärken, dass der Krieg permanent durch das bestehende soziale System gefördert werde. Bewaffnete Konflikte, beschränkt oder verbreitet, koloniale oder europäische, seien die natürliche Konsequenz einer Gesellschaft, die auf der Ausbeutung der Arbeiter beruht. Es sei naiv und kindisch, nach der Aufzählung der Gründe der Konflikte und der Begebenheiten zu versuchen, die Verantwortung einer bestimmten

11 Zit. nach: Hendel, Gerhard: Gustav Landauer. Versuch einer biographischen Skizze, in: Landauer, Gustav: Der werdende Mensch. Aufsätze zur Literatur, Leipzig/Weimar 1980, S. 197f.

12 Vgl. Fedeli, Ugo: Breve storia dell'Unione Sindacale Italiana, unter: <http://usistoriaememoria.blogspot.it/p/ugo-fedeli-breve-storia-dellunione.html>.

13 Vgl. Mertl, Helge: Peter Kropotkin. Eine Einführung in Leben und Werk, in: Kropotkin, Peter: Der Anarchismus, Siegen-Eiserfeld 1983, S. 43.

14 International Anarchist Manifesto on the War, unter: <http://sovversiva.wordpress.com/2012/01/12/international-anarchist-manifesto-on-the-war-1915/>.

Regierung zuzuschieben. Man könne nicht zwischen Angriffs- und Verteidigungskriegen unterscheiden. Keine der Kriegsparteien habe ein Recht, sich auf die Zivilisation zu berufen, und ebenso wenig auf eine Selbstverteidigung. «Welche Form er auch immer annehmen mag, der Staat ist nichts anderes als die organisierte Unterdrückung im Interesse einer privilegierten Minderheit.»<sup>15</sup>

Der gegenwärtige Konflikt zeige dies auf schlagende Weise. Alle Staatsformen beteiligten sich an diesem Krieg: der Absolutismus in der Gestalt Russlands, der mit dem Parlamentarismus versetzte Absolutismus Deutschlands, der Staat, der über Völker ganz unterschiedlicher Rassen herrscht, in der Gestalt Österreichs, die verfassungsmäßig demokratische Herrschaftsordnung Englands und das demokratisch republikanische Regime Frankreichs. «Die Rolle der Anarchisten in der gegenwärtigen Tragödie, unabhängig davon, wo und in welcher Lage sie sich gerade befinden, besteht darin, weiterhin zu verkünden, dass es in allen Ländern nur einen Befreiungskrieg gibt: denjenigen der Unterdrückten gegen die Unterdrücker, der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter.»<sup>16</sup>

1915 hielt Emma Goldman in den USA insgesamt 321 Vorträge, in denen sie – neben ihren traditionellen Themen Verhütungsmittel und Geburtenkontrolle – das aktuelle Thema Antimilitarismus behandelte.<sup>17</sup> Auf einer Antikriegsveranstaltung betonte Goldman, dass Krieg die unmenschlichste Art von Gewalt sei. «Krieg tötet vorsätzlich und unbarmherzig, und er vernichtet das Leben Unschuldiger.»<sup>18</sup>

Die Industrial Workers of the World in den USA führten eine starke und konsequente Propagandakampagne gegen den imperialistischen Ersten Weltkrieg. Der Kongress der IWW von 1916 beschloss eine Erklärung, in der es hieß: «Wir verurteilen alle Kriege, und um sie zu verhüten, bekennen wir uns zur antimilitaristischen Propaganda in Friedenszeiten, um so die Klassensolidarität unter den Arbeitern der ganzen Welt zu fördern, und in Kriegszeiten zum Generalstreik in allen Industrien.»<sup>19</sup>

Nach dem Kriegseintritt der USA im Februar 1917 und der bald darauf erlassenen allgemeinen Wehrpflicht agitierten die IWW und AnarchistInnen wie Goldman und Berkman gegen Krieg und Militärdienst und forderten dazu auf, die Registrierungen zu verweigern und den Einberufungen zur Armee nicht Folge zu leisten. Am 28. Juli 1917 schrieb das IWW-Organ *Solidarity* grundsätzlich: «Seit ihrer Gründung hat unsere Organisation alle nationalistischen und imperialistischen Kriege bekämpft. [...] Das Prinzip der internationalen Solidarität der Arbeiterschaft, dem wir immer treu geblieben sind, macht es uns unmöglich, an den Balgereien der Parasitenklasse um Beute teilzunehmen. Unsere Lieder, unsere Literatur, die Überzeugung unserer

15 Ebd.

16 Ebd.

17 Vgl. Goldman, Emma: Gelebtes Leben. Autobiografie, Hamburg 2010, S. 915.

18 Ebd., S. 554.

19 Zit. nach: Haywood: Unter Cowboys und Kumpels, S. 263.

gesamten Mitgliedschaft, der Geist unseres Verbandes selbst zeugen von unserer unwandelbaren Gegnerschaft sowohl gegen den Kapitalismus wie gegen seine Kriege.»<sup>20</sup>

Die bürgerliche Presse attackierte die Wobblies auf das Heftigste und beschuldigte sie, im Dienste des Kriegsgegners Deutschland zu stehen und große Summen deutschen Goldes erhalten zu haben.<sup>21</sup> Die US-Behörden gingen mit äußerster Repression gegen die IWW-AktivistInnen vor: mit einem Gesetz gegen den «kriminellen Syndikalismus», mit Gerichtsurteilen, Verhaftungen, Deportationen, langen Gefängnisstrafen.<sup>22</sup> In Idaho trat am 14. März 1917 das erste bundesstaatliche Gesetz gegen «kriminellen Syndikalismus» in Kraft. Es bot zusammen mit dem Bundesgesetz gegen Spionage (Federal Espionage Act) aus dem selben Jahr, nach dem Geld- und Gefängnisstrafen gegen jeden verhängt werden konnten, der sich des Widerstandes gegen den Krieg «schuldig» machte, die Handhabe dafür, die Mehrheit der aktiven IWW-FührerInnen sowie Hunderte GewerkschaftsorganisatorInnen und einfache Mitglieder der IWW zu verfolgen und ins Gefängnis zu werfen.<sup>23</sup>

In Deutschland wandte sich die Freie Vereinigung Deutscher Gewerkschaften (FVDG), die seit 1908 syndikalistische Positionen vertrat und am Vorabend des Krieges knapp 8.000 Mitglieder zählte, gegen den Ersten Weltkrieg.<sup>24</sup> Daraufhin wurde die Organisation in ihrer Arbeit stark behindert,<sup>25</sup> ihre Zeitungen *Der freie Arbeiter* und *Die Einheit* wurden bei Kriegsbeginn verboten. Eine Reihe aktiver Mitglieder wurde in sogenannte Schutzhaft genommen, viele andere wurden zum Militärdienst eingezogen, was die FVDG erheblich schwächte.<sup>26</sup> AktivistInnen der FVDG leisteten in den Betrieben von Beginn des Krieges an Widerstand, organisierten Streiks und traten für einen konsequenten Antimilitarismus ein.<sup>27</sup>

Obwohl die Organisation während des Ersten Weltkrieges «wenig ausrichten»<sup>28</sup> konnte, erklärte der langjährige FVDG-Führer Fritz Kater auf der Konferenz der Freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften am 26. Dezember 1918 in Berlin stolz, dass die FVDG die einzige Arbeiterorganisation in Deutschland sei, die nach dem Krieg nicht habe umlernen müssen. Ihr Antimilitarismus sei durch die Ereignisse ebenso bestätigt worden wie ihr Antiparlamentarismus: «Wir waren Feinde des Kapi-

20 Zit. nach ebd., S. 270f.

21 Vgl. ebd., S. 268.

22 Vgl. Die Internationale, Berlin, 4/1925, S. 36.

23 Vgl. Foner, Philip.S.: Die amerikanische Arbeiterbewegung von der Kolonialzeit bis 1945, Berlin 1990, S. 279, 289.

24 Vgl. Was ist eigentlich Anarchie? Einführung in Theorie und Geschichte des Anarchismus bis 1945, Berlin 1986, S. 150f. Vgl. auch Fricke, Dieter: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917 in zwei Bänden, Bd. 2, Berlin (DDR) 1987, S. 1012f., 1020.

25 Vgl. Döhring, Helge: Syndikalismus in Deutschland 1914–1918. «Im Herzen der Bestie», Lich/Hessen 2013, S. 60.

26 Vgl. Was ist eigentlich Anarchie?, S. 151. Ausführlich vgl. Döhring: Syndikalismus, S. 60–100.

27 Vgl. Döhring: Syndikalismus, S. 186. Vgl. auch Döhring, Helge: Berliner Syndikalisten im Streik 1914 bis 1916 (Dokumentation), in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, II/2014, S. 124–130.

28 Was ist eigentlich Anarchie?, S. 151. Vgl. auch Fricke: Handbuch, Bd. 2, S. 1021.

tals, des Militarismus, der Kirche, des Staates längst vor dem Kriege, blieben unserer Überzeugung treu im Kriege und sind es noch heute.»<sup>29</sup>

Zu dem Teil der Arbeiterbewegung, der in den nationalistischen und chauvinistischen Taumel geriet, gehörten in Frankreich die Gewerkschaften. Die CGT-Führung unter ihrem Generalsekretär Léon Jouhaux (1879–1954)<sup>30</sup> rief die ArbeiterInnen zur «Verteidigung des Vaterlands» auf,<sup>31</sup> verfocht eine Politik des «Burgfriedens» und trat am 4. August 1914 der «Union sacrée» (der «Heiligen Union» aller Französisinnen und Franzosen) bei, eine Übereinkunft zur Aussetzung der Klassenseinseitigkeiten zwischen der französischen Regierung und den Gewerkschaften zugunsten der sogenannten Landesverteidigung.<sup>32</sup> Eine der Thesen der CGT-Führung lautete: «Gegen das Faustrecht, gegen den germanischen Militarismus müssen wir die demokratische und revolutionäre Tradition Frankreichs retten.»<sup>33</sup> Die Mobilmachung kostete die französischen Gewerkschaften mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder, und die zahlenmäßige Stärke der CGT schrumpfte bis Ende 1915 auf ein Siebtel zusammen.<sup>34</sup>

Zu dem Teil der anarchistischen Bewegung, der in den nationalistischen und chauvinistischen Strudel hineingerissen wurde, gehörten bekannte Anarchisten wie Peter Kropotkin (1842–1921), Jean Grave (1854–1939) aus Frankreich und James Guillaume (1844–1916) aus der Schweiz. Kropotkin stellte sich auf die Seite der Entente (Frankreich, Großbritannien, Russland) und befürwortete den Krieg gegen Deutschland.<sup>35</sup> Diese Positionierung stand in krassem Gegensatz zu seinen bisherigen Auffassungen, die er in der Zeitschrift *Le Revolte* und in seiner Arbeit «Der Krieg» vertreten hatte, und stieß auf scharfen Widerspruch unter den AnarchistInnen. Doch Kropotkin beharrte auf dieser Position bis zum Ende des Krieges.<sup>36</sup>

Kropotkin und Grave waren die Autoren des «Manifeste de Seize». Dieses «Manifest der Sechzehn» vom 28. Februar 1916, zu dessen UnterzeichnerInnen etwa 100 AnarchistInnen aus Frankreich, Italien und anderen Ländern gehörten, darunter der niederländische Anarchosyndikalist Christiaan Cornelissen (1864–1942), befürwortete einen Sieg der Entente über Deutschland und die Achsenmächte. Die Autoren sahen in den Streitkräften des deutschen Imperialismus eine Gefahr für die Arbei-

29 Zit. nach: Konferenz der Syndikalisten, in: *Der Syndikalist*, 4/1918 vom 4.1.1919, S. 1.

30 Léon Jouhaux wurde im August 1914 «Kommissar der Nation» und 1915 Unterstaatssekretär für die Rüstungsindustrie. Vgl. Tillmann (Hrsg.) *Biographien*, S. 272.

31 Vgl. *Die Geschichte der Zweiten Internationale*, hrsg. von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Institut für Geschichte, Bd. II, Moskau 1983, S. 462.

32 Vgl. *Die internationale Arbeiterbewegung*, Dritter Band, S. 645–647.

33 Zit. nach: *Die Anarchisten und der Krieg (1) – Die Anarchisten und der Erste Weltkrieg*, unter: [http://de.internationalism.org/welt156\\_anarchistenkrieg](http://de.internationalism.org/welt156_anarchistenkrieg).

34 Vgl. *Die internationale Arbeiterbewegung*, Dritter Band, S. 645.

35 Vgl. Müller, Elfriede: *Der schwarze Flor der roten Fahne. Rolle und Konzeption von Gewalt bei Anarchisten und Bolschewiki in der Russischen Revolution*, in: Kellermann, Philippe (Hrsg.): *Begegnungen feindlicher Brüder. Zum Verhältnis von Anarchismus und Marxismus in der Geschichte der sozialistischen Bewegung*, Bd. 3, Münster 2014, S. 37.

36 Vgl. Mertl: Peter Kropotkin, S. 43.

terInnen der Welt und befanden, dass die Deutschen besiegt werden müssten: «Tief in unserem Gewissen fühlen wir, dass der deutsche Angriff nicht nur eine Bedrohung für unsere Emanzipationshoffnungen darstellt, sondern auch eine Bedrohung für die ganze menschliche Evolution. Darum stellten wir, Anarchisten, wir, Antimilitaristen, wir, Gegner des Krieges, wir, leidenschaftliche Kämpfer für den Frieden und die Brüderlichkeit unter den Menschen, uns auf die Seite des Widerstands und glauben, dass wir uns nicht absondern dürfen vom Schicksal der Bevölkerung.»<sup>37</sup>

Im Verlaufe des Ersten Weltkrieges korrigierten angesichts der Schrecken des Krieges und der beginnenden Desillusionierung nicht wenige dieser kriegsbejahenden AnarchistInnen und AnarchosyndikalistInnen ihre Position und wandten sich zunehmend gegen den Sozialpatriotismus. «Die Ernüchterung vom chauvinistischen Rausch setzte allmählich ein, und zwar in dem Maße, wie immer neue Kriegslasten auf die Werkstätigen abgewälzt wurden.»<sup>38</sup>

In Frankreich nahm 1915/16 die Antikriegsbewegung an Stärke zu und gewann Massencharakter. Ihren Kern bildeten AnarchosyndikalistInnen um die Zeitung *Vie Ouvrière* mit Pierre Monatte (1881–1960), die mit aller Kraft gegen das imperialistische Völkermorden protestierten,<sup>39</sup> und die Föderation der Metallarbeiter der CGT. Die Föderation der Metallarbeiter erklärte im Mai 1915: «Dieser Krieg ist nicht unser Krieg. Wenn man mit der Regierung zusammenarbeitet, wird man das Recht verlieren, vor dem von den Regierungen selbst gewählten Zeitpunkt zum Frieden aufzurufen und an die Vernunft zu appellieren.»<sup>40</sup>

Nicht alle AnarchistInnen und AnarchosyndikalistInnen lassen sich allerdings problemlos den beiden genannten Hauptlinien in der Haltung zum Ersten Weltkrieg zuordnen, wie exemplarisch am Lebensweg des Schriftstellers und Anarchisten Erich Mühsam (1878–1934) deutlich wird, den dessen Biograf Chris Hirte einfühlsam nachgezeichnet hat.<sup>41</sup> In der Nacht vom 3. zum 4. August 1914 notierte Mühsam in sein Tagebuch: «[...] es ist Krieg, Alles Fürchterliche ist entfesselt. [...] Und – ich, der Anarchist, der Antimilitarist, der Feind der nationalen Phrase, der Antipatriot und hassende Kritiker der Rüstungsfurie, ich ertappe mich irgendwie ergriffen von dem allgemeinen Taumel, entfacht von zorniger Leidenschaft, wenn auch nicht gegen etwelche ‚Feinde‘, aber erfüllt von dem glühend heißen Wunsch, daß ‚wir‘ uns vor ihnen retten! Nur: wer sind sie – wer ist ‚wir‘?»<sup>42</sup>

Kurz zuvor, am 1. August 1914, hatte Mühsam seinen LeserInnen mitgeteilt, dass er *Kain*, seine «Zeitschrift für Menschlichkeit», einstelle, weil er nur die Wahl habe,

37 Le Manifeste de Seize, in: Le Monde Libertaire, unter: [www.monde-libertaire.fr/antimilitarisme/16972-et-des-anarchistes-partirent-en-guerre](http://www.monde-libertaire.fr/antimilitarisme/16972-et-des-anarchistes-partirent-en-guerre).

38 Die internationale Arbeiterbewegung, Dritter Band, S. 645.

39 Vgl. ebd., S. 645f.

40 Zit nach: Bruhat/Piolot: Aus der Geschichte der CGT, S. 65.

41 Vgl. Hirte, Chris: Erich Mühsam. «Ihr seht mich nicht feige». Biografie, Berlin (DDR) 1985, bes. S. 217–228.

42 Mühsam, Erich: Tagebücher, Bd. 3, 1912–1914, hrsg. von Chris Hirte und Conrad Piens, Berlin 2012, S. 140.

«ganz zu schweigen oder zu sagen, was jetzt niemandem frommt»<sup>43</sup> und was unter dem geltenden Ausnahmerecht seine persönliche Sicherheit gefährden könne.<sup>44</sup> Gedrängt von Freunden und geängstigt durch die bedrohlich kriegslüsterne Stimmung in München, fügte er zwei Tage später, als er die Erklärung in Druck gab, noch eine Passage hinzu, die er bald bitter bereuen sollte: «Vorerst ruhe im Lande aller Zwist. Das Grundsätzliche meiner Überzeugungen wird durch die gegenwärtigen Ereignisse nicht berührt. Aber ich weiß mich mit allen Deutschen einig in dem Wunsch, daß es gelingen werde, die fremden Horden von unseren Kindern und Frauen, von unseren Städten und Äckern fernzuhalten.»<sup>45</sup> Dieser Text war die Grundlage für die Legende von Mühsams anfänglicher Kriegsbegeisterung, wie er von Zeitgenossen wie dem Herausgeber der Zeitschrift *Die Aktion*, Franz Pfemfert (1879–1954), interpretiert wurde.<sup>46</sup>

Es dauerte Wochen, bis sich Mühsam gefangen hatte, bis er zu einer Haltung fand, die ihm Orientierung und ein eigenes Urteil erlaubte, schreibt Chris Hirte, «und das ist die ihm schon bekannt gewesene, aber von der Kriegsberichterstattung und der öffentlichen Meinung überschriebene Tatsache, daß die eigentlichen Fronten dieses Krieges nicht zwischen den ›Feindstaaten‹ verlaufen, sondern zwischen den Klassen, daß die ›Proletarier aller Länder‹ für die Interessen des Kapitals aufeinandergehetzt werden».<sup>47</sup> Erich Mühsam beteiligte sich an Hunger- und Protestdemonstrationen gegen den Krieg und propagierte im Münchener Januar-Ausstand 1918 revolutionäre Forderungen unter den streikenden MunitionsarbeiterInnen.<sup>48</sup>

Die russische Revolution von 1917 (insbesondere die Oktoberrevolution) wurde im anarchistischen und anarchosyndikalistischen Lager als Sturz des kapitalistischen Systems in einem der kriegführenden Länder und als nahendes Ende des Ersten Weltkrieges begrüßt. Die Forderungen der russischen Revolution – allgemeiner Frieden ohne Annexion, ohne Entschädigungen und absolutes Recht auf Selbstbestimmung für die Völker – stießen auf große Zustimmung.<sup>49</sup> Schon Lenins April-Thesen, in denen er «die Notwendigkeit des Übergangs der gesamten Staatsmacht an die Sowjets der Arbeiterdeputierten» (also ein Räte-system) und die «Abschaffung der Polizei, der Armee, der Beamtenschaft» postuliert hatte,<sup>50</sup> hatten die Hoffnung geweckt, das anarchistische Ideal einer herrschaftsfreien Gesellschaft könne Wirklichkeit werden. Aber in dem Maße, in dem nach dem Oktober 1917 deutlich wurde, dass sich die

43 Zit. nach: Hirte: Erich Mühsam, S. 219.

44 Vgl. ebd.

45 Zit. nach: Mühsam, Erich: Streitschriften. Literarischer Nachlass, hrsg. von Christlieb Hirte, Berlin (DDR) 1984, S. 793.

46 Vgl. Hirte, Chris: Erich Mühsam, S. 221.

47 Ebd., S. 218f.

48 Vgl. ebd., S. 454f.

49 Vgl. Bruhat/Pirolot: Aus der Geschichte der CGT, S. 67.

50 Vgl. Lenin, W.I.: Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution, in: Lenin, W.I.: Werke, Bd. 24, Berlin (DDR) 1959, S. 5.

Verhältnisse in Russland nicht in Richtung des anarchistischen Ideals entwickelten, wandten sich AnarchistInnen und AnarchosyndikalistInnen gegen die Sowjetmacht beziehungsweise gegen den Sowjetstaat.<sup>51</sup>

In der revolutionären Nachkriegssituation gab es einen Aufschwung der anarchistischen und anarchosyndikalistischen Bewegung in vielen kapitalistischen Ländern. In Frankreich zählte die CGT Anfang 1920 rund 2,4 Millionen Mitglieder.<sup>52</sup> In Italien besaß die USI 1920 rund 800.000 Mitglieder.<sup>53</sup> In Deutschland hatten die Freie Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD), die 1919 aus der FVDG der Vorkriegszeit hervorgegangen war, 1920 nahezu 150.000 Mitglieder.<sup>54</sup> Aber mit Beginn der Stabilisierung des Kapitalismus vollzog sich ein rapider Niedergang der anarchistischen und anarchosyndikalistischen Bewegungen in der kapitalistischen Welt. Mit Ausnahme Spaniens konnten sie später nie wieder an die alte Stärke vor und nach dem Ersten Weltkrieg anknüpfen.

Rückblickend auf den Ersten Weltkrieg und die Nachkriegszeit schrieb der deutsche Anarchist und Anarchosyndikalist Augustin Souchy (1892–1984)<sup>55</sup> 1931 im FAUD-Organ *Der Syndikalist* in dem Artikel «Der Weltkrieg und die Lage der Arbeiterklasse. Antimilitarismus heißt die Parole», dass der Weltkrieg und seine Folgen dem Arbeiter nichts Gutes, sondern nur Not, Elend, Verarmung und Entwürdigung gebracht habe.<sup>56</sup> Souchy verlangte, «daß die Bekämpfung des Krieges mit der Bekämpfung des Kapitalismus Hand in Hand gehen muß».<sup>57</sup> Und er endete mit dem Appell: «Nieder mit jedem Krieg!»<sup>58</sup>

51 Vgl. Weichold, Jochen: Anarchismus in Geschichte und Gegenwart, in: Vielfalt sozialistischen Denkens, Berlin 1996, S. 42.

52 Vgl. Aigte, Gerhard: Über die Entwicklung der revolutionären syndikalistischen Arbeiterbewegung Frankreichs und Deutschlands in der Kriegs- und Nachkriegszeit (IV), in: Die Internationale 5/1931, S. 119.

53 Vgl. van der Walt, Lucien/Schmidt, Michael: Schwarze Flamme. Revolutionäre Klassenpolitik im Anarchismus und Syndikalismus, Hamburg 2013, S. 214.

54 Vgl. *Der Syndikalist* 51-52/1920, S. 1.

55 Augustin Souchy, ein Mitglied der Gruppe «Beginnen» des «Sozialistischen Bundes» von Gustav Landauer, emigrierte 1915 als überzeugter Antimilitarist ins neutrale Schweden, wo er in der dortigen anarchosyndikalistischen Sveriges Arbetares Centralorganisation (SAC) publizistisch aktiv wurde. Vgl. Souchy, Augustin: Anarchistischer Sozialismus, hrsg von Hans Jürgen Degen und Jochen Knoblauch, Münster 2010, S. 9; Döhring: Syndikalismus, S. 97.

56 Vgl. Souchy: Anarchistischer Sozialismus, S. 237.

57 Ebd., S. 233.

58 Ebd., S. 238.



Ottokar Luban

## **DIE MASSENSTREIKS FÜR FRIEDEN UND DEMOKRATIE IM ERSTEN WELTKRIEG**

Die ersten zwei Jahre des Weltkrieges von 1914 bis 1918 waren in Deutschland gekennzeichnet durch eine nationalistische Stimmung mit permanenten Siegesmeldungen und Forderungen der führenden Wirtschaftskreise nach umfangreichen Annexionen. Mit der Begründung, es sei zwingend erforderlich, sich gegen das despotische zaristische Russland zu verteidigen, bewilligte die SPD-Reichstagfraktion entgegen der Parteitradition und entgegen den Beschlüssen der Sozialistischen Internationale alle Finanzmittel für den Krieg. Die Gewerkschaften verzichteten für die Dauer des Krieges auf jeden Streik, zumal unter dem verhängten Belagerungszustand Arbeitsniederlegungen sowieso nicht möglich gewesen wären. Eine Opposition gegen die regierungloyale Politik kam erst allmählich in Gang und wurde vor allem durch die Ablehnung der Kriegskredite öffentlich, zuerst im Dezember 1914 durch den Reichstagsabgeordneten Karl Liebknecht und später, im Dezember 1915, durch 19 weitere SPD-Abgeordnete, darunter der Parteivorsitzende Hugo Haase. Nach langen, harten Auseinandersetzungen wurde die innerparteiliche Opposition Anfang 1917 aus der SPD ausgeschlossen und gründete Anfang April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Für die SPD, die weiterhin die Kriegskredite bewilligte und mit den bürgerlichen Parteien zusammenarbeitete, bürgerte sich ab April 1917 langsam der Name Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands (MSPD) ein, obwohl offiziell der alte Name weiterverwendet wurde.

### **Der Liebknecht-Streik**

Für die Öffentlichkeit hatte es zwei Jahre lang keine Anzeichen für eine Opposition in den Gewerkschaften gegeben. Deshalb waren die Führung der SPD und der Gewerkschaften, aber auch die Berliner Politische Polizei vollständig überrascht, als am 28. Juni 1916 etwa 55.000 Arbeiterinnen und Arbeiter der Berliner Rüstungsbetriebe die Arbeit niederlegten und an verschiedenen Stellen der Stadt, vor allem vor

dem Kommandanturgericht, gegen den Liebknecht-Prozess demonstrierten. Der linke SPD-Reichstagsabgeordnete Karl Liebknecht stand als Anführer und Organisator einer Friedenskundgebung vom 1. Mai 1916 in Berlin vor dem Kriegsgericht, das ihn letztendlich zu vier Jahren und einem Monat Zuchthaus verurteilte. Diese Sympathiebekundung für den bekannten Kriegsgegner war seit Kriegsbeginn der erste Massenstreik in Deutschland mit einem eindeutigen politischen Bekenntnis für eine Friedenspolitik. Die Militärbehörde griff sofort zu massiven Unterdrückungsmaßnahmen, indem sie viele der am Streik Beteiligten strafweise zur Armee einberief. 29 linke PolitikerInnen wurden in «Schutzhaft» genommen, darunter Rosa Luxemburg (bis zum Kriegsende) und der 70-jährige Franz Mehring (für sechs Monate). Diese Repressionen zeigten Wirkung. Aufrufe zu Streiks und Demonstrationen zugunsten Liebknechts im August 1916 brachten keinen Erfolg. «Die Angst vor Inhaftierung und dem bunten Rock [also der Einberufung] gibt den radikalen Hetzern keine rechte Gefolgschaft», stellte die Politische Polizei befriedigt fest.<sup>1</sup>

Auch die Führungen von SPD und Gewerkschaften hatten zur Dämpfung der Streikbereitschaft beigetragen. In einem im *Vorwärts* veröffentlichten und auf 100.000 Flugblättern in Berlin verteilten Aufruf vom 25. Juli 1916 warnten sie die Arbeiterschaft «vor dem Treiben der im Dunkel der Anonymität wirkenden Generalstreikapostel» und verurteilten alle Mitwirkenden moralisch: «Wer das putschistische Treiben [...] mitmacht, [...] trägt eher zur Verlängerung des Krieges bei.»

Die Berliner Politische Polizei machte als Verursacher dieser Massenstreikaktion die oppositionellen Betriebsvertrauensleute des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) aus und ließ ihren informellen Anführer Richard Müller, später in der Novemberrevolution 1918 Vorsitzender des Vollzugsrates, erst einmal für mehrere Monate zur Armee einberufen. Dieser Kreis von kritischen Funktionären im Berliner Verband des DMV, selbst in den Fabriken tätig und dort fest verankert, hatte sich bei den üblichen Gesprächen in Lokalen nach den offiziellen Sitzungen zusammengefunden. Obwohl die Zusammensetzung im Laufe des Krieges durchaus etwas wechselte, war dies eine verschworene Gemeinschaft, die auf der Grundlage der in den Betrieben üblichen Kollegialität und Solidarität handelte. Aufgrund der Stimmung in den Fabriken wurde auf einem gemeinsamen Treffen mit VertreterInnen der Gruppe um Rosa Luxemburg, der späteren Spartakusgruppe, und der gemäßigten Parteiopposition um Ledebour die Massenaktion am 28. Juni 1916 geplant. Diese Koalition zwischen der gewerkschaftlichen und der parteipolitischen Linken sollte noch bei weiteren Massenaktionen in der Kriegs- und Revolutionszeit eine große Rolle spielen.

1 Dokumente aus geheimen Archiven, Bd. 4: Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin, 1914–1918, bearb. von Ingo Materna und Hans-Joachim Schreckenbach unter Mitarbeit von Bärbel Holtz, Weimar 1987, S. 149.

## Der Brotstreik im April 1917

Im Laufe der ersten zwei Kriegsjahre nahmen die Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Heizmaterial und anderen Gütern des täglichen Bedarfs zu. Lebensmittelkarten wurden eingeführt, doch eine ausreichende Zuteilung konnte nicht gewährleistet werden, weil zeitweise nur 50 Prozent der Rationen in den Geschäften zu erhalten waren. Häufiges stundenlanges Anstehen nach rationierten oder zusätzlichen Nahrungsmitteln, manchmal in 1.000-köpfigen Menschenschlangen, war notwendig. Ab und zu kam es zu «Butter-Krawallen» mit Plünderungen von Geschäften. Doch insgesamt ertrug die Bevölkerung den Mangel zunächst ohne größeren Protest, sodass selbst die Politische Polizei im Juli 1916 erstaunt feststellte: «Man muss es gesehen haben, wie in den Arbeitervierteln die Frauen oft stundenlang ruhig und still auf die ihnen zugewiesenen knappen Lebensmittelrationen warten und oft noch, ohne solche erhalten zu haben, wieder abziehen müssen.»<sup>2</sup>

Nach einer miserablen Kartoffelernte im Herbst 1916 verschlechterte sich die Ernährungslage dramatisch. Die Kohlrübe musste als Hauptnahrungsmittel in allen Variationen herhalten. Brot wurde wegen Getreidemangels mit Stroh gestreckt. Ausreichend Fett und Fleisch konnten nur im Schleichhandel zu Preisen, die für den Normalverdiener nicht erschwinglich waren, beschafft werden. In dieser Situation wurde am Ausgang des langen, harten «Kohlrübenwinters» 1916/17 die Ankündigung einer Senkung der Brotration zum 15. April zum Anlass für den ersten großen Massenstreik in Berlin, Leipzig, Magdeburg und Kiel. Zusätzlichen Auftrieb für Aktionen mag die Februarrevolution in Russland gegeben haben. Vom 16. bis zum 18. April 1917 streikten in Berlin knapp 200.000 ArbeiterInnen, beschränkten sich jedoch unter dem Einfluss der rechten Berliner Gewerkschaftsführer auf Forderungen zur Verbesserungen der Nahrungsmittelversorgung. 25.000 setzten den Streik mit zusätzlichen politischen Forderungen nach Frieden ohne Annexionen, Demokratisierung und Aufhebung der politischen Repressionen fort. Sie gingen erst wieder an die Arbeit, als die Militärbehörden am 20. April mit der strafweisen Einberufung begannen. USPD-Abgeordnete, die in den weiterstreikenden Betrieben – wie die Spartakusgruppe in zahlreichen Flugblättern – die Belegschaft zum Durchhalten aufgefordert hatten, wurden mit Verfahren vor dem Reichsgericht wegen versuchten Landesverrats überzogen. Träger der Massenaktion war wie am 28. Juni 1916 der Kreis der oppositionellen Metallgewerkschafter um Richard Müller, der allerdings zwei Tage vor der Aktion erneut eingezogen wurde. Nachdem in Betriebsversammlungen die Streikbereitschaft deutlich wurde, kam es am 15. April auf einer Generalversammlung des Berliner DMV zum Streikbeschluss. Die rechte Berliner Gewerkschaftsführung hatte keine Möglichkeit gesehen, auf die in den Betrieben herrschende Proteststimmung mäßigend einzuwirken. Erst nach Streikende distanzierten sich die Führungen von

2 Ebd.

MSPD und Gewerkschaften vom Streik und warnten dringend vor neuen Aktionen, genauso wie Feldmarschall Hindenburg in einem Appell an die Bevölkerung. Zeitgleich mit dem Berliner Streik hatte es noch Arbeitsniederlegungen in Leipzig mit 30.000 Beteiligten und politischen Forderungen gegeben, außerdem kleinere Streiks in weiteren Städten.

### **Der Massenstreik im Januar/Februar 1918**

Zwar gab es im August 1917 noch Arbeitsniederlegungen in Braunschweig, Leipzig, Magdeburg, Merseburg-Halle und an anderen Orten, in Berlin blieb es aber bis auf ein paar von der USPD veranstaltete Friedendemonstrationen im November 1917 ruhig. Doch nach der Machtergreifung der Bolschewiki in Russland und dem allgemeinen Angebot der neuen russischen bolschewistischen Regierung eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen war die Friedenshoffnung in der deutschen Bevölkerung zu Beginn des vierten Kriegswinters riesengroß geworden. Umso enttäuschender war es, als sich der Friedensschluss wegen der harten Haltung der kaiserlichen Regierung auf ungewisse Zeit verzögerte. Jetzt wurde das im September 1917 beschlossene, aber zunächst zurückgehaltene Stockholmer Manifest der Zimmerwalder Linken, der Vereinigung der sozialistischen KriegsgegnerInnen verschiedener Länder, mit seinem Aufruf zu einem internationalen Massenstreik für den Frieden aktuell, zumindest in deutschen Funktionärskreisen. Die oppositionellen Berliner Betriebsvertrauensleute traten nunmehr sowohl an den linken USPD-Reichstagsabgeordneten Georg Ledebour wie an Leo Jogiches von der linksradikalen Spartakusgruppe heran, um gemeinsam die zögerliche USPD-Reichstagsfraktion zu einem Streikaufruf zu bewegen.

Der am 28. Januar 1918 in Berlin beginnende Massenstreik war wieder von den Betriebsobleuten organisiert, erfasste rund 400.000 Personen, darunter viele Frauen, rückte die Forderung nach einem Frieden ohne Annexionen in den Vordergrund und dauerte eine Woche. Die Massenaktion nahm in Berlin zeitweise bürgerkriegsähnliche Formen bei Auseinandersetzungen zwischen DemonstrantInnen und der Polizei an. In die aus den Obleuten und der USPD-Führung gebildete Streikleitung traten auf Drängen der MSPD-Basis noch drei Mitglieder des MSPD-Vorstandes ein. Die Gewerkschaftsführung erklärte sich für neutral. Auch in anderen Städten und Regionen wie in München, Kiel, Hamburg, Danzig, Magdeburg, Nürnberg oder Fürth kam es zu größeren Arbeitsniederlegungen, sodass der Streik insgesamt etwa eine dreiviertel Million Personen erfasste. Die umfangreiche, von der Spartakusgruppe organisierte Flugschriftenagitation wurde zu einem beträchtlichen Teil von linksbürgerlichen Pazifisten (Bund »Neues Vaterland«) finanziert. Die gewünschten Verhandlungen des Streikkomitees mit Regierungsvertretern kamen nicht zustande. Die staatlichen Repressionen gegen die Beteiligten übertrafen noch die nach den früheren Streiks: Viele wurden von Kriegsgerichten im Schnellverfahren zu Gefängnisstrafen verurteilt, Tausende kamen an die Front. Der Friedensschluss mit Russland kam erst nach einigen Wochen zustande und erlegte dann dem russischen Staat die härtesten Bedingungen

in Bezug auf Annexionen und Kontributionen auf. Keines der Streikziele war erreicht worden.

### **Die erfolgreiche revolutionäre Massenerhebung am 9. November 1918 in Berlin**

Doch nach einer Phase der internen Neuorganisation begannen die oppositionellen GewerkschafterInnen, später als «Revolutionäre Obleute» bekannt geworden, ab Mai 1918 zusammen mit linken USPD-Führern – ab Ende Oktober auch mit dem amnestierten Karl Liebknecht und weiteren Spartakusmitgliedern – die nächste Massenaaktion zu planen, diesmal als bewaffneten Aufstand mit dem Schwerpunkt in Berlin zur Erreichung von Frieden und Demokratie. Allerdings glaubten die Revolutionäre im Sommer 1918 noch, dass sich Kriegslage und innenpolitische Situation erst ab Januar 1919 als günstig für einen revolutionären Massenaufstand entwickeln würden.

Als die meuternden Matrosen von den in den deutschen Häfen liegenden Kriegsschiffen die Revolution ab dem 4. November 1918 ins Land trugen und die revolutionäre Stimmung schnell das ganze Land erfasste, versuchte die Führung der Mehrheitsozialdemokratie um Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann, die seit Oktober 1918 an der kaiserlichen Regierung beteiligt waren, die Revolution von der Reichshauptstadt fernzuhalten und die Berliner ArbeiterInnen durch eine intensive Beruhigungspropaganda von einer revolutionären Erhebung abzuhalten. Auch das Militär versuchte durch eine massive Truppenpräsenz in den Straßen Berlins, bis zum 9. November die Arbeiterschaft einzuschüchtern.

Dennoch gelang es den «Revolutionären Obleuten» gemeinsam mit USPD und Spartakus am 9. November in Berlin den lang geplanten revolutionären Massenaufstand auszulösen. Die Belegschaften der Berliner Betriebe traten vollständig in den Streik, zogen in riesigen Zügen in die Innenstadt und besetzten dort viele Regierungsgebäude. Die Soldaten aus den Kasernen schlossen sich den demonstrierenden Arbeitern an.

Zwar ließ sich der Parteivorsitzende der MSPD, Friedrich Ebert, am Mittag des 9. November noch vom alten kaiserlichen Reichskanzler Max von Baden die Regierungsgewalt übertragen. Doch dank einer Initiative des Anführers der «Revolutionären Obleute», Emil Barth, kam es zu Wahlen von Arbeiter- und Soldatenräten in den Berliner Betrieben und Kasernen und auf einer turbulenten Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte am 10. November zur Bildung einer Art Revolutionsregierung, dem Rat der Volksbeauftragten mit je drei führenden MSPD- und USPD-Politikern, und einem quasi revolutionären Parlament, dem Berliner Vollzugrat aus Arbeiter- und Soldatenräten,

Entgegen aller intensiver Antirevolutionspropaganda der eigenen Gewerkschaftsführung sowie der Mehrheitsozialdemokratie und trotz massiver staatlicher Repressionen hatte sich eine Basisbewegung der Arbeiterschaft in den Betrieben mit mehreren Massenaaktionen öffentlich und letztendlich – mit der revolutionären Machtübernahme am 9. und 10. November 1918 – erfolgreich für die Erreichung von Frieden und Demokratie in Deutschland eingesetzt.

## Literatur

- Boebel, Chaja/Wentzel, Lothar (Hrsg.): Streiken gegen den Krieg. Die Bedeutung der Massenstreiks in der Metallindustrie vom Januar 1918, 2., durchges. Aufl., Hamburg 2015.
- Luban, Ottokar: Die Novemberrevolution 1918 in Berlin. Eine notwendige Revision des bisherigen Geschichtsbildes, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2009/I, S. 55–78.
- Luban, Ottokar: Julius Gerson und Eduard Fuchs, die Spendensammler für die Flugschriftenagitation der Spartakusgruppe – Verbindungen zwischen Linkssozialisten und bürgerlichen Pazifisten, in: Luban, Ottokar: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913–1919, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2008, S. 286–305.
- Luban, Ottokar: Russische Bolschewiki und deutsche Linkssozialisten am Vorabend der deutschen Novemberrevolution. Beziehungen und Einflussnahme, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2009, S. 283–298.

Reiner Tosstorff

## **DIE ZIMMERWALDER BEWEGUNG**

In der Einleitung zu ihrer Geschichte der Zimmerwalder Bewegung schreibt Angelica Balabanoff, die die zentrale Organisatorin der Bewegung und Sekretärin ihrer Internationalen Sozialistischen Kommission war: Insofern es im Ersten Weltkrieg eine sozialistische Internationale gegeben hat, wurde sie allein von der Zimmerwalder Bewegung repräsentiert.<sup>1</sup> Während die offiziellen Strukturen der Zweiten Internationale vor allem zu Beginn des Krieges eine Politik verfolgten, wonach die Internationale nur eine Angelegenheit der Friedenszeit sei, faktisch allerdings sich auf eine Kriegseite, die Entente, stellten, war es allein die von der Konferenz in Zimmerwald ausgehende Bewegung, die die KriegsgegnerInnen aller Nationalitäten vereinigte und über das gegenseitige Abschlachten hinaus eine Perspektive wies, um die Ziele der internationalen Arbeiterbewegung zu retten.

Auf ihren Kongressen in Stuttgart (1907) und Kopenhagen (1910) hatte die Internationale die Kriegsgefahr in Europa als Ausdruck des Militarismus und Imperialismus definiert und sich zum entschiedenen Kampf dagegen verpflichtet. Dazu sollten alle Mittel eingesetzt werden. Auch vom Generalstreik war die Rede, gegen dessen Propagierung bezeichnenderweise insbesondere aus Deutschland heftiger Widerspruch kam. Eine Konkretisierung dieser Pläne sollte auf dem für das Jahr 1914 einzuberufenden Kongress stattfinden. Zuvor war 1912, als der Balkankrieg der Anrainerstaaten mit dem osmanischen Reich und anschließend untereinander Europa zum ersten Mal in den kriegerischen Abgrund zu stürzen drohte, ein Sonderkongress nach Basel einberufen worden, der eine beeindruckende «Heerschau» der internationalen Sozialdemokratie darzustellen schien. Gegen die sie tragenden Millionenmassen schien ein Krieg gar nicht durchsetzbar zu sein.

1 Vgl. Balabanoff, Angelica: Die Zimmerwalder Bewegung 1914–1919, Leipzig 1928, S. 4.

Nach dem Attentat in Sarajevo am 28. Juni 1914 auf den österreichischen Thronfolger hatte allerdings zunächst auch die internationale Sozialdemokratie nicht realisiert, was daraus zu entstehen drohte, welche Bündnisabsprachen gleichsam automatisch und unaufhaltsam die Maschinerie für den Krieg in Bewegung setzten. Die Vorbereitungen für den geplanten Kongress in Wien liefen weiter, ohne dass besondere Dringlichkeit verspürt wurde. Noch Mitte Juli fand am Sitz des Internationalen Sozialistischen Büros (ISB) – dem Führungsgremium der Internationale – in Brüssel eine spezielle Beratung zur Lösung des Fraktionskampfes innerhalb der vielfach zersplitterten russischen Sozialdemokratie statt. Fast gleichzeitig trat ein Parteitag der französischen Sozialisten zusammen, auf dem über das Hin und Her der Generalstreiklösung debattiert wurde. Doch als das österreichische Ultimatum an Serbien vom 23. Juli bekannt wurde, war schlagartig klar, dass es diesmal ernst werden würde.

Am 29./30. Juli wurden eilig die VertreterInnen der wichtigsten Parteien erneut nach Brüssel gerufen, um über die Lage zu beraten. Während in vielen Ländern Parteien und Gewerkschaften große Friedensdemonstrationen organisierten, blieb die Stimmung auf diesem Treffen merkwürdig unkonkret. Man vermeinte, noch ausreichend Zeit zu haben, da keine Regierung den Krieg wirklich wolle, und zog erst einmal den Termin für den Kongress auf den 9. August vor. Aufrufe zu konkreten Aktionen, auch in einem internationalen Rahmen, blieben aus. Indessen fielen in den einzelnen Staaten während dieser Tage hinter dem Rücken der TeilnehmerInnen an der Sitzung in Brüssel bereits die Entscheidungen. Dabei kam es auch zu geheimen Kontakten zwischen den jeweiligen Regierungen und kriegsbereiten Parteiführern, die sich von der Unterstützung «ihrer» Seite endlich die staatliche Anerkennung erhofften. Zudem spielte keine Regierung mit offenen Karten, sondern – allen voran die deutsche – manipulierte die Öffentlichkeit mit falschen Angaben, mit dem Zurückhalten wichtiger Informationen oder durch das Streuen von Halbwahrheiten. Mit der Ermordung des französischen Sozialistenführers Jean Jaurès am 31. Juli in Paris durch einen nationalistischen Fanatiker wurde zudem die – nach dem Tode Bebels im Jahr zuvor – wichtigste und autoritativste Persönlichkeit des internationalen Sozialismus ausgeschaltet. Als noch an diesem Tag ein Vertreter der SPD-Reichstagsfraktion in Paris eintraf, wurde ihm bedeutet, dass, würde Frankreich mobilisieren – selbstverständlich nur zur Verteidigung –, die Regierung die Unterstützung der Sozialisten erhalten würde. Diese Information war allerdings für die Haltung der SPD-Reichstagsfraktion nicht ausschlaggebend. Denn bevor sie Berlin erreichte, war am 2. August in der Führung der deutschen Gewerkschaften – aus deren Mitgliedern sich etwa ein Drittel der Reichstagsabgeordneten rekrutierte – und dann am 3. in der Fraktion bereits die Entscheidung zur Befürwortung der Kriegsunterstützung gefallen. Man werde schließlich von Russland angegriffen, hieß es, und übernahm damit bereitwillig die Behauptung der Reichsregierung. Fast alle anderen Parteien folgten, mit wenigen Ausnahmen. Die serbischen sozialdemokratischen Abgeordneten stimmten gegen den Krieg, ebenso die russischen – zu Beginn geschlossen, bis dann Teile der Menschewiki



ausscherten. Prinzipienfest verhielten sich auch die im Untergrund kämpfenden sozialdemokratischen Parteien der unterdrückten Nationalitäten, wie der jüdische Bund oder die polnische Partei Rosa Luxemburgs. In Italien kämpften die Sozialisten gegen den Kriegseintritt, der Ende Mai 1915 trotz ihrer Ablehnung erfolgte.

Mit dem Versagen ihrer Mitgliedsparteien erwies sich auch die Internationale als unfähig. Der Vorsitzende des Internationalen Sozialistischen Büros, Émile Vandervelde, trat in die belgische Regierung ein und gab damit eine eindeutige politische Stellungnahme ab. Der Sekretär des ISB, Camille Huysmans, versuchte, einen neutralen Anspruch aufrechtzuerhalten, indem er das Büro schließlich in die neutralen Niederlande verlegte. Doch er weigerte sich, eine Antikriegshaltung einzunehmen. Seine Politik bestand, wie es die französische Historikerin Madeleine Rebérioux ausdrückte, im «Überwintern»;<sup>2</sup> entsprechend lehnte er es ab, mit jeweils der einen Kriegseite zugunsten der anderen zu brechen, aber ebenso auch, sich für die Antikriegsminderheiten auszusprechen.

Erste Bemühungen zur Wiederbelebung der Internationale kamen aus dem neutralen Lager bei einem Treffen im September 1914 in Lugano zwischen Delegationen der schweizerischen und der italienischen Partei (Italien war ja noch Monate vom Kriegseintritt entfernt). In den neutralen skandinavischen Ländern gab es ebenfalls erste Kontaktaufnahmen, die durch die Passivität des ISB befördert wurden. Somit blieb die Rekonstruktion der Internationale, welche konkreten Formen man ihr auch geben wollte, ganz allein eine Aufgabe der grundsätzlich gegen den Krieg eingestellten Kräfte. Es kam nun darauf an, sie in Verbindung zu bringen.

Die ersten Impulse für eine internationale Antikriegsbewegung kamen aus Sektoren der Internationale, die eine gewisse organisatorische Eigenständigkeit aufwiesen. So berief die Internationale Sozialistische Frauensekretärin Clara Zetkin eine internationale sozialistische Frauenfriedenskonferenz nach Bern (26.–28.3.1915) ein. Dies war das allererste internationale Treffen sozialistischer Kriegsgegnerinnen und wurde von den kriegführenden Parteien, insbesondere von der SPD, scharf abgelehnt. Es kam aber dennoch eine verhältnismäßig breite Beteiligung zustande: Die wichtigsten kriegführenden Länder waren – neben den neutralen – vertreten. Oftmals allerdings erfolgte die Beschickung informell, aus Sektoren der Parteien, die den Krieg bekämpften, denn ordentliche Konferenzen, die eine formale Delegation ermöglicht hätten, konnten nicht stattfinden. Nicht nur weil die Regierungen das unterbunden hätten, sondern weil eine solche Antikriegsaktion der politischen Haltung der Parteiführungen widersprach und sie deshalb – allen voran die SPD – die Beschickung strikt ablehnten.

Wenige Wochen darauf, vom 5. bis 6. April, trat in Bern eine internationale sozialistische Jugendkonferenz zusammen. Sie allerdings war nicht vom Internationalen

2 Vgl. Droz, Jacques/Kriegel, Annie/Rebérioux, Madeleine: Sozialismus, Zweite Internationale und Erster Weltkrieg, Frankfurt a.M. u. a. 1976, S. 75f.

Sozialistischen Jugendsekretär, dem österreichischen Sozialdemokraten Robert Danenberg, einberufen worden. Insofern fehlte ihr der formelle Anspruch. Sie war von der schweizerischen und der italienischen sozialistischen Jugendorganisation organisiert worden. Dabei spielte ein Deutscher, der seit einiger Zeit in der Schweiz lebte, Willi Münzenberg, eine hervorragende Rolle. Man wählte auch ein neues Sekretariat mit ihm an der Spitze.

Diese Konferenzen waren ganz von der Situation, die die Menschen im Krieg durchmachten, bestimmt. Der Kampf um die Wiederherstellung des Friedens stand im Vordergrund. Die Erwartung dominierte, die Internationale könne einfach wieder hergestellt werden. Es gab jedoch auch schon eine linke Kritik daran, die vor allem von den bolschewistischen Delegierten kam, die in der Schweiz eine große Exilgruppe darstellten. Sie wollten eine klarere politische Ausrichtung: eine Verurteilung der Kriegskreditbewilligung und der Burgfriedenspolitik, den Aufruf zum organisatorischen Bruch mit ihrer Anhängerschaft, den Weg zu einer neuen Internationale, da die alte Verrat geübt habe, und den Kampf für die Revolutionierung der kriegführenden Länder. Sie blieben jedoch angesichts der vorherrschenden pazifistisch ausgerichteten Haltung in der Minderheit. Mühsam musste auf beiden Tagungen verhandelt werden, um einen von allen getragenen Kompromiss zustande zu bringen. Faktisch hatte die Jugendkonferenz auch schon einen ersten organisatorischen Schritt hin zu einem Bruch vollzogen, da sie – außerhalb einer offiziellen Konferenz und gegen den «amtierenden» Jugendsekretär, der allerdings seiner Aufgabe angesichts des Krieges nicht nachkam – ein neues Büro gewählt hatte.

Diese Konferenzen mussten, obwohl sie in einem neutralen Land stattfanden, im Geheimen durchgeführt werden. Erst nach ihrem Abschluss wurden Berichte veröffentlicht, die aber nur sehr allgemein waren. Aus vielen Ländern waren die Delegierten angereist, ohne dass ihre Teilnahme bekannt werden durfte. In den kriegführenden Ländern wurden die Dokumente der Konferenz zumeist verboten oder zumindest unter scharfe Zensur gestellt, woran sich oftmals auch die offiziellen Parteinstanzen beteiligten. Dies geschah etwa in Deutschland, wo der Parteivorstand um Friedrich Ebert energisch gegen Berichte an die Partei vorging und zugleich der Staatsapparat die Verteilung der Kongressdokumente unterband. So wurde zum Beispiel Clara Zetkin der Prozess gemacht. In ihren Memoiren hat eine andere deutsche Teilnehmerin, Toni Sender, auch geschildert, wie die KriegsgegnerInnen in der Frankfurter SPD die heimliche Verteilung der Dokumente der Frauenkonferenz bewerkstelligten.<sup>3</sup>

Doch diese Konferenzen hatten auch zur Folge, dass sich die politischen Meinungsverschiedenheiten um die Aufgaben im Antikriegskampf nun stärker herauskristallisierten. Es bildeten sich fast parallel, aber in unterschiedlicher Stärke, zwei Strömungen heraus, die man, etwas vereinfacht, wie folgt charakterisieren kann. Zum

3 Vgl. Sender, Toni: Autobiographie einer deutschen Rebellin, Frankfurt a.M. 1981, S. 79f.

einen eine pazifistisch angehauchte, die das Hauptziel der Kriegsopposition in der Herstellung des Friedens sah, dazu das Schwergewicht auf den parlamentarischen Kampf legte und deswegen nicht den Bruch mit den bestehenden sozialdemokratischen Parteien herbeiführen wollte, sondern darauf vertraute, dass sie schließlich von einer Unterstützung ihrer Regierung abgebracht werden könnten.

Dagegen stand eine radikale Linke, die aus dem Versagen der Zweiten Internationale die Notwendigkeit ableitete, eine neue, ganz anders organisierte Internationale zu schaffen. Man könne die alte Sozialdemokratie nicht wiederherstellen, sondern müsse den organisatorischen Bruch mit dem, was von ihr übriggeblieben war, vollziehen. Eine nationale Verteidigung im imperialistischen Zeitalter des Kapitalismus sei nicht vorstellbar. Das Ziel des Antikriegskampfs müsse also der Sturz der Regierungen durch revolutionäre Umwälzungen sein. Dies wurde am schärfsten und in den taktischen Auswirkungen am konsequentesten von den Bolschewiki und den mit ihr verbündeten Kräften artikuliert. Doch ernteten sie dafür auch scharfe Kritik, etwa von Rosa Luxemburg und der deutschen Spartakusgruppe oder von Trotzki, die vor einem unmittelbaren Bruch mit den sozialdemokratischen Massenparteien warnten, wenn sich die Antikriegskräfte noch nicht hinreichend organisiert hätten.

Tatsächlich entwickelten sich in den Diskussionen der Antikriegslinken, die ja vielfach durch staatliche Maßnahmen und die allgemeine Situation des Krieges behindert wurden, zahlreiche taktische Varianten. Es wäre falsch, wollte man aus den ersten Stellungnahmen Ende 1914/Anfang 1915 oder einzelnen Schriften wie Trotzki's «Der Krieg und die Internationale», Rosa Luxemburg's «Junius-Broschüre» oder ähnlichen Schriften Lenins oder anderer Bolschewiki einen geradlinigen Weg nachzeichnen zu den revolutionären Ereignissen in Russland, Deutschland und Österreich-Ungarn und zur Bildung der Kommunistischen Internationale im März 1919. Die Schritte dahin vollzogen sich mühsam und auf einer Reihe von internationalen Konferenzen in den neutralen Ländern.

Aus den Kontakten zwischen der schweizerischen und der italienischen Partei, die zu der Beratung in Lugano geführt hatten, entwickelte sich die Idee zu einer umfassenden internationalen Konferenz der sozialistischen Antikriegskräfte, nachdem es schon zu den Treffen der Frauen und der Jugend gekommen war. Der Anstoß dazu, ohne Rücksicht auf und letztlich gegen das passive Internationale Sozialistische Büro, kam von den italienischen Sozialisten. Da sie nach Lage der Dinge nur in der neutralen Schweiz stattfinden konnte, war es der Schweizer Sozialdemokrat Robert Grimm, der die Tagung mit Billigung, aber ohne offizielle Unterstützung durch seine Partei organisierte. Nach einer Vorbesprechung in Zürich am 11. Juli 1915 mit Angelica Balabanoff und einem weiteren Vertreter von den italienischen Sozialisten, einer Reihe Emigranten aus dem russischen Reich und einem deutschen Kriegsgegner (Julian Borchardt) fand noch ein zusätzliches Treffen vor allem russischer Sozialisten mit Vertretern aus Skandinavien, Deutschland und der Schweiz statt. Nicht zuletzt wollte man klären, wie weit die Konferenz gehen sollte. Doch die Proklamierung

einer neuen Internationale wurde abgelehnt. Der Aufruf zum Kampf um den Frieden sollte im Mittelpunkt stehen.

Die Konferenz selbst fand dann vom 5. bis 8. September unter strenger Geheimhaltung in dem Dorf Zimmerwald bei Bern statt. 38 Delegierte repräsentierten elf Länder und ein breites politisches Spektrum innerhalb der Antikriegslinken. Aus einer Reihe von Ländern waren mehrere Parteien vertreten, die – bei Übereinstimmung der Ablehnung des Krieges und des Festhaltens am Klassenkampf – durchaus unterschiedliche Vorgehensweisen vertraten. Zu den zehn deutschen VertreterInnen gehörten unter anderen Georg Ledebour und Adolph Hoffmann für die Minderheit innerhalb der Reichstagsfraktion. Die Gruppe Internationale (um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, bald Spartakusgruppe genannt) war durch Ernst Meyer und Bertha Thalheimer vertreten. Karl Liebknecht selbst hatte, da er bereits zur Armee eingezogen worden war, nicht kommen können und richtete deshalb einen Brief an die Konferenz. Mit Lenin und Sinowjew einerseits sowie Martov und Axelrod andererseits waren jeweils die führenden Persönlichkeiten der Bolschewiki und Menschewiki vertreten (wobei sich in den Reihen der Letzteren allerdings auch eine Strömung unter dem Veteranen der russischen Sozialdemokratie, Georgi Plechanow, formiert hatte, die sich trotz Zarismus zur Vaterlandsverteidigung bekannte). Dazu kamen Trotzki, der zwischen den Strömungen stand und die in Paris erscheinende fraktionsunabhängige Zeitung *Nasche Slowo* vertrat, sowie die VertreterInnen der zahlreichen «nationalen» Gruppen aus dem russischen Reich. Zur italienischen Delegation gehörte Angelica Balabanoff, die schon zuvor maßgeblichen Anteil an den Bemühungen ihrer Partei um die Wiederherstellung der Internationale gehabt hatte. Weitere Vertreter kamen aus Skandinavien, den Niederlanden und den Balkanländern Rumänien und Bulgarien. Die Delegierten der britischen Independent Labour Party mussten ihre Teilnahme absagen, da sie keine Pässe erhalten hatten. Damit zeigten sie aber auch an, dass sie nicht bereit waren, wie der linke Flügel der Konferenz, den Antikriegskampf, wenn nötig, illegal zu führen. Die französische Delegation wies insofern eine Besonderheit auf, da das Land durch zwei Angehörige der syndikalistischen Minderheit innerhalb des französischen Gewerkschaftsbundes CGT (Confédération Generale du Travail) vertreten war. Das war insofern neu, als die Syndikalisten bislang die Zweite Internationale – als Zusammenschluss von (letztlich reformistischen) Politikern – boykottiert hatten. Nun aber gab es im Zeichen des Antikriegskampfs eine Umgruppierung, denn die syndikalistische Minderheit arbeitete in Paris auch eng mit dem russischen sozialdemokratischen Emigrantenkreis um *Nasche Slowo* zusammen. Sowohl Österreich-Ungarn als auch Belgien waren dagegen überhaupt nicht vertreten.

Ein deutliches Zeichen gegen den Krieg und die damit einhergehende nationalistische Verhetzung setzten auf der Konferenz die deutsche und die französische Delegation mit einer gemeinsamen Erklärung. Ihn zu beenden war das zentrale Thema der Diskussionen. Einig war man sich darüber, dass er aus dem kapitalistischen Konkurrenzbestreben entstanden war und es um die imperialistische Neuaufteilung der Welt

ging. Als es um die Methoden des Antikriegskampfes ging, prallten die gegensätzlichen Vorstellungen aufeinander. Die Mehrheit von etwa 20 Delegierten stellte die Forderung nach der Herstellung des Friedens in den Vordergrund. Sie lehnte einen offenen Bruch mit dem «Sozialpatriotismus», der Verteidigung des Burgfriedens und der Unterstützung der kriegführenden Regierungen und somit auch mit dem Internationalen Sozialistischen Büro ab. Dagegen stand eine linke Minderheit, die von den Bolschewiki geführt wurde und zu der etwa sechs bis acht Delegierte tendierten. Sie forderte, die Zweite Internationale für bankrott zu erklären und sich von ihr zu trennen. Gegen den Burgfrieden müsse der revolutionäre Klassenkampf gesetzt werden, der allein den Krieg beenden könne. Dies war der Tenor ihrer Position. Dazwischen stand ein um Vermittlung bemühtes «Zentrum», angeführt von Trotzki und Balabanoff. Sie stimmten in der Denunziation des Burgfriedens und dem Beharren auf einem revolutionären Antikriegskampf mit der Linken überein. Doch verzichteten sie zunächst darauf, den organisatorischen Bruch mit den sozialdemokratischen Massenparteien zu fordern. Von Trotzki stammte auch der Entwurf zum Manifest, das in aufrüttelnden Worten zum Kampf gegen den Krieg aufrief, nachdem Entwürfe des rechten und linken Flügels jeweils von der anderen Seite abgelehnt worden waren.

Um die Arbeit zur Sammlung der Antikriegslinken fortzuführen, bestimmte die Konferenz schließlich noch eine Internationale Sozialistische Kommission (ISK) zur weiteren Koordinierung und zur öffentlichen Bekanntmachung der Zimmerwalder Beschlüsse. Die ISK bestand aus vier Mitgliedern, je zwei aus der Schweiz und aus Italien, darunter Angelica Balabanoff, die die Funktion ihrer Sekretärin übernahm und wesentlich ihre Aktivitäten organisierte. Es begann mit der Herausgabe eines Bulletins, das zunächst die Berichte über den Ablauf und die Dokumente des Kongresses enthielt und damit die Ideen von Zimmerwald in der Öffentlichkeit bekannt machte. In den kriegführenden Ländern allerdings bemühte sich die überall gegenwärtige Zensur, jede Art von Berichterstattung zu unterbinden. Schlimmer noch, auch die Führungen der sozialdemokratischen Parteien beteiligten sich daran, indem sie die Konferenz denunzierten und jede Information darüber zu verhindern suchten.

Doch auch in der Antikriegslinken wurde die Diskussion über die Ergebnisse von Zimmerwald heftig fortgeführt. Es zeigte sich, dass die Konferenz zwar ein Fanal gesetzt hatte, doch die politischen und strategischen Differenzen, die auf ihr zum Ausdruck gekommen waren, verstärkten sich eher noch. Die Zimmerwalder Linke bemühte sich, mit einem eigenen Organ (*Der Vorbote*) als eigenständige Tendenz aufzutreten. Doch konnten davon nur zwei Nummern im Jahr 1916 erscheinen, da auch in ihren Reihen viele programmatische Fragen noch ungeklärt waren und scharfe Meinungsverschiedenheiten aufbrachen. Zudem setzte die Kriegssituation der internationalen Verbreitung dieser Zeitschrift deutliche Grenzen.

Ausdrücklich hatte die Konferenz es vermieden, sich zum Gegenstück des ISB zu proklamieren oder auch nur das Ende der Zweiten Internationale auszurufen. Bis dahin hatte das ISB seine Linie des Überwinterns beibehalten, wonach die Internatio-

nale nur eine Angelegenheit der Friedens- und nicht der Kriegszeit sei. Doch jetzt sah es sich herausgefordert und nahm wieder verstärkt Kontakte auf, zumal die Burgfriedensparteien Zimmerwald als einen Irrweg anprangerten, gegen den man vorgehen müsse.

Dies brachte die ISK bald dazu, eine neue Konferenz zu organisieren. Sie fand ebenfalls in der Nähe von Bern (diesmal in dem Ort Kienthal) und erneut unter strengster Geheimhaltung vom 24. bis 30. April 1916 statt. Ihr Teilnehmerkreis war mit 44 Delegierten etwas größer geworden. Aber auch diesmal konnten nicht alle der ernannten VertreterInnen teilnehmen. Die zahlenmäßig größten Gruppen kamen wieder aus dem russisch-polnischen Exil sowie aus der Schweiz, Italien und Deutschland. Inzwischen hatte sich allerdings auch in den kriegführenden Ländern die Situation verschärft. Die Versorgungslage wurde immer schlechter, Aussichten auf einen schnellen Sieg hegte niemand mehr. Im Gegenteil, am Horizont zeichnete sich die Möglichkeit einer Eskalation durch den Kriegsbeitritt der USA ab. In den sozialdemokratischen Parteien hatten sich die Auseinandersetzungen verschärft, und organisatorische Brüche nahmen immer stärker Gestalt an, allem voran in Deutschland, wo sich Ende März die Reichstagsfraktion der SPD gespalten hatte.

Damit wurden auch die politischen Fragen in Kienthal zugespitzter gestellt. Man konnte jetzt nicht mehr einfach in der Frage der Haltung zum ISB ausweichen. Man einigte sich auf einen Kompromiss, der zwar nicht – wie die Linke es forderte – die Notwendigkeit einer neuen Internationale proklamierte, dessen Gebaren jedoch als Bruch mit den Beschlüssen der Kongresse der Internationale verurteilte. Sollte das ISB eine Plenarsitzung einberufen, dann gehe man nur hin, um dieses Verhalten zu verurteilen. In der Friedensfrage bekräftigte man die Notwendigkeit eines Friedens ohne Kontributionen und Annexionen und forderte den Sturz des Kapitalismus und Imperialismus als Verursacher des Krieges.

Insgesamt gesehen stellte Kienthal also etwas mehr als eine bloße Wiederholung von Zimmerwald dar. Das von der Konferenz ein Jahr zuvor ausgegangene Signal fand nun immer stärkeren Zuspruch, was allerdings auch ein Ausdruck der immer verzweifelter werdenden allgemeinen Situation war. Aber dass es eine politische Alternative zur Burgfriedenspolitik auch auf internationaler Ebene gab, war nun unbestritten, selbst wenn die ISK nur eine Vermittlungsinstanz sein konnte. Daher betonten die nationalen Gruppen – so auch die Spartakusgruppe –, dass in den einzelnen Ländern die Entscheidungen fallen würden. Doch deutliche internationale Verbindungen waren nun geknüpft; eine Alternative zum Nichthandeln des Internationalen Sozialistischen Büros existierte. Und innerhalb der Zimmerwalder Bewegung verstärkte sich allmählich der Einfluss ihres radikalen Flügels, der Zimmerwalder Linken, als konsequentester Antikriegskraft.

In den folgenden Monaten setzte die ISK ihre Arbeit mit ihren schwachen Kräften von Bern aus fort, hauptsächlich durch die Veröffentlichung ihres Bulletins. Zudem fand eine Reihe von erweiterten Beratungen in den folgenden Monaten statt.

Man rief zur Solidarität mit den verfolgten KriegsgegnerInnen auf. Als Ende 1916 die kriegführenden Lager Friedensabsichten proklamierten, aber nur, um der jeweils anderen Seite die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges zuzuschieben, war dies Anlass für einen Aufruf an die Arbeiterschaft in den kriegführenden Ländern, sich gegen ihren Feind im eigenen Land zu erheben. Es gelang allerdings nicht, eine Opposition auf der vom ISB einberufenen Konferenz der Mitgliedsparteien der neutralen Länder in Den Haag zu organisieren. Auf ihr war somit keine der Parteien aus den kriegführenden Ländern vertreten – die dann auch schnell heftig aneinandergeraten wären –, doch politisch repräsentierten sie den rechten, reformistischen Flügel der Zweiten Internationale. Diese blieb somit weiterhin in einem umfassenden Sinn passiv. Sie wartete auf einen Frieden, der nicht das Ergebnis einer internationalen Kriegsoption sein würde, sondern Resultat des Sieges einer Seite.

Doch am 8. März 1917 begann die russische Revolution (nach dem julianischen Kalender am 23. Februar) und stürzte das Zarenregime. Während eine bürgerliche Provisorische Regierung die Macht übernahm, bildeten sich im ganzen Land Arbeiter- und Soldatenräte (Sowjets). Damit schien nun doch die Möglichkeit auf der Tagesordnung zu stehen, einen Frieden von unten zu erkämpfen. Der Petrograder Sowjet rief die internationale Arbeiterbewegung auf, sich zu einer Friedenskonferenz zu versammeln. Sie wurde schließlich in das neutrale Stockholm einberufen. In der Zwischenzeit hatte sich die SPD gespalten. Nach ihrem Ausschluss aus der SPD im Januar 1917 bildete sich im April aus der Opposition die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), der sich allerdings nur ein Teil der radikalen Linken, die Spartakusgruppe, anschloss, während die mit der Zimmerwalder Linken eng verbundenen «Linksradikalen» abseits blieben. In den vielen übrigen sozialdemokratischen Parteien fanden die oppositionellen Minderheiten angesichts der sich verschärfenden Situation ein größeres Echo. Darüber hinaus kam es nun, zweifellos unter dem Eindruck der russischen Ereignisse, zu ersten größeren Streikaktionen.

Auf das letztliche Scheitern der Konferenz der Zweiten Internationale in Stockholm kann in diesem Rahmen nicht weiter eingegangen werden. Nach langem Zögern sagten zwar die wichtigsten sozialdemokratischen Parteien aus den Kriegsmächten mit der großen Ausnahme der Belgier zu. Doch weigerten sich die Behörden der Entente-Staaten, Pässe auszustellen, aber illegal einreisen wollten ihre VertreterInnen nicht. So versammelten sich hauptsächlich Delegierte aus den Mittelmächten und aus den neutralen Staaten in der schwedischen Hauptstadt, konnten aber nicht mehr als informelle Beratungen abhalten.

Auch die Internationale Sozialistische Kommission hatte die Idee einer Konferenz in Stockholm aufgegriffen und sich dorthin begeben, nicht zuletzt aufgrund ihrer Nähe zu Russland. Die ursprüngliche Absicht war, vor dem Zusammentreten der «offiziellen» eine eigene Beratung durchzuführen, sodass eine Reihe von Organisationen der Zimmerwalder Bewegung bereits Delegierte nach Stockholm schickte. Dabei war es in den Reihen der Zimmerwalder durchaus umstritten, wie man genau dabei

vorgehen wollte, da die Abgrenzung vom ISB inzwischen immer klarer erfolgte. Doch noch immer gab es genügend Kräfte – wie etwa die USPD –, die in beiden Kreisen präsent war. Als sich das Zustandekommen der «allgemeinen» Konferenz immer weiter hinauszögerte und es fraglich war, ob sie überhaupt noch zusammentreten würde, beschlossen die Delegationen der einzelnen Parteien zusammen mit der ISK, auf jeden Fall in der Stadt mit den sich dort bereits aufhaltenden Delegierten die dritte Zimmerwalder Konferenz einzuberufen. Sie tagte vom 5. bis 12. September mit größeren Pausen, gefolgt von einer eigenen Frauenkonferenz.

Aufgrund des komplizierten Zustandekommens war die Delegiertenzahl diesmal kleiner als noch in Kienthal, obwohl eigentlich die politischen Sympathien für «Zimmerwald» in der europäischen Arbeiterbewegung zugenommen hatten. Einige nach Stockholm entsandte Delegierte hatten jedoch schon vor Beginn wieder zurückkehren müssen, andere stießen erst kurz vor Schluss hinzu, während es in den Entente-Staaten erneut «Passschwierigkeiten» gab. Zahlreiche Länderberichte wurden vorgetragen, doch die zentrale Auseinandersetzung auf der Konferenz drehte sich um die Frage, wie man sich verhalten sollte, falls doch noch die allgemeine Konferenz zusammentreten würde. Hier manifestierten sich klare Fronten zwischen Befürwortung einer Teilnahme und strikter Gegnerschaft. Das drückte sich auch in der Haltung zur Entwicklung in Russland aus. Die Menschewiki befürworteten die Provisorische Regierung, während die Bolschewiki eine Machtübernahme durch die Sowjets forderten. Schließlich verabschiedete man nach intensiven Diskussionen ein Manifest, das die Fortsetzung des Krieges anprangerte und die Sozialisten, die sich daran beispielsweise in den Regierungen beteiligten, verurteilte. Einen Frieden könne nur der Sturz des Kapitalismus garantieren. Die russische Revolution habe ein erstes Signal gesetzt, doch könne sie allein nicht siegen. Im Gegenteil, käme man ihr nicht durch den Kampf um Frieden zur Hilfe, würde sie gestürzt werden. Man konstatierte eine allgemeine Kriegsmüdigkeit, was die Ausgangsbasis für internationale proletarische Massenaktionen günstiger mache.

Weiter wollte die Konferenz mit ihrem Aufruf nicht gehen. Während das für manche, wie etwa die USPD, ausreichte, kritisierten die Bolschewiki, dass ein solch vager Appell sich um die Forderung nach einem bewaffneten Aufstand herumdrücke. Das Manifest selbst wurde erst mit Verzögerung veröffentlicht. Es bereitete große Schwierigkeiten, den Text in die Länder der Entente zu bringen; er musste auswendig gelernt werden, um auszuschließen, dass das Manuskript in die Hände der staatlichen Stellen fiel. Die USPD bat zudem um Aufschiebung der Veröffentlichung, da sie – nach der Niederschlagung einer ersten Matrosenbewegung und von Streiks – fürchtete, von der kaiserlichen Regierung als Hochverräter verfolgt zu werden. Schließlich machten es die Bolschewiki publik. Doch das geschah bereits nach dem Umsturz vom 7. November 1917 in Petrograd und nach der Bildung der Sowjetregierung. Das Manifest als Aufruf zum Massenstreik war damit von der realen politischen Bewegung in den Hintergrund gedrängt worden.



Der Verlauf der Konferenz hatte die inzwischen unüberbrückbaren Differenzen in den Reihen der Zimmerwalder Bewegung deutlich gemacht. Ein Teil hatte sie offensichtlich nur als Zwischenstation gesehen, bis die Zweite Internationale wieder hergestellt sei. Da nun auch die Burgfriedensparteien offiziell einen Friedensschluss anstrebten, sei Zimmerwald überflüssig geworden. Der andere Flügel dagegen, der sich um die Zimmerwalder Linke gruppierte, hatte darin den Ausgangspunkt für die Neuformierung der Arbeiterbewegung gesehen, den ersten Schritt zu einer grundlegend neuen, nur einem revolutionären Ziel verpflichteten Internationale. Sie erhielten nun durch den bolschewistischen Sieg einen gewaltigen Schub.

In dieser Situation zeigte sich die Internationale Sozialistische Kommission hin und her gerissen. Nachdem Stockholm die Nachricht vom Umsturz in Petrograd erreicht hatte, gab es zwar eine allgemeine Solidarisierung mit der russischen Revolution und die Aufrufe, sie zu verteidigen. Es wurden aber auch Forderungen nach einer allumfassenden sozialistischen Regierung laut. Ein enger Kontakt zwischen Stockholm nach Finnland, wo die dortige sozialdemokratische Partei auf der dritten Konferenz ihren offiziellen Beitritt zur Bewegung verkündet hatte, wurde hergestellt. Doch nach dem Sieg der vereinigten deutschen und weißen Kräfte im finnischen Bürgerkrieg im Mai 1918 war die Hoffnung erst einmal vorbei, die Revolution ausweiten zu können.

Anfang September 1918 erschien die letzte Nummer des Nachrichtendienstes der ISK mit Aufrufen gegen die imperialistische Intervention in Russland und zur Solidarität mit den verfolgten Antikriegskräften in der europäischen Arbeiterbewegung. Angelica Balabanoff gelang es, von Schweden aus nach Russland zu reisen und Gespräche mit Lenin zu führen. Anschließend kehrte sie in die Schweiz zurück, wo die Sozialdemokratische Partei davon sprach, eine neue Zimmerwalder Konferenz einzuberufen. In der Zwischenzeit zeichneten sich allerdings schon das Ende des Weltkrieges und damit eine ganz neue politische Situation ab. Zu Beginn des «Landesstreiks», des Generalstreiks Mitte November in der Schweiz, wurde Angelica Balabanoff jedoch mit der gesamten sowjetischen Vertretung im Land ausgewiesen und kehrte über Deutschland, wo sie Eindrücke vom Beginn der Revolution gewann, nach Sowjetrußland zurück. Über Mitteleuropa fegte eine revolutionäre Welle hinweg. Der Erste Weltkrieg war damit beendet, doch in vielen Staaten entbrannten Bürgerkriege.

Die Zimmerwalder Bewegung hatte sich zuvor schon praktisch aufgelöst. Mit Kriegsende war der Grund ihres Daseins entfallen. Während die internationale Sozialdemokratie mit einer Konferenz in Bern im Februar 1919 die Wiederherstellung der Zweiten Internationale in die Wege leitete, wurde im März 1919 in Moskau die Kommunistische Internationale proklamiert, an deren Vorbereitung Angelica Balabanoff einen wichtigen Anteil gehabt hatte und auf der sie in einem Redebeitrag den Bogen von Zimmerwald zu dieser Konferenz spannte. Sie war zuversichtlich, dass die meisten der in der Zimmerwalder Bewegung zusammengeschlossenen Parteien die Gründung der neuen Internationale befürworteten. Wie um das zu unterstreichen, gaben fünf weitere ehemalige Teilnehmer an den Konferenzen in der Schweiz

(Lenin, Sinowjew, Trotzki, Christian Rakowski und Fritz Platten) eine Erklärung ab, in der es hieß: «Die Zimmerwalder und Kienthaler Konferenzen hatten zu der Zeit Bedeutung, wo es wichtig war, alle diejenigen Elemente des Proletariats zu vereinigen, welche bereit waren, in dieser oder jener Form gegen das imperialistische Morden zu protestieren.» Nun aber hätten die pazifistischen und schwankenden Elemente den Weg zu den Sozialpatrioten zurückgefunden, während die kommunistische Bewegung erstarke und den Kampf mit diesen Elementen des «Zentrums» führen müsse. «Die endesunterzeichneten Teilnehmer von Zimmerwald erklären, dass sie die Zimmerwaldorganisation für liquidiert betrachten.»<sup>4</sup>

Rückblickend kann man sagen, dass Zimmerwald auf dem Tiefpunkt der europäischen Arbeiterbewegung und auf dem Höhepunkt des imperialistischen Gemetzels ein Zeichen gesetzt hat und entscheidend zur Sammlung und Entfaltung der Antikriegsbewegung beigetragen hat und damit letztlich auch zu den revolutionären Umstürzen und zum Ende des Krieges.

### **Wichtige Literatur**

Nur wenige Jahre später, nachdem sie sich auch von der kommunistischen Bewegung getrennt hatte, legte Balabanoff eine ausführliche Darstellung der Zimmerwalder Bewegung vor, die nach der Erstveröffentlichung im Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung (1926 u. 1928) als Monografie erschien und dann vom Verlag des SDS als Reprint herausgebracht wurde: Angelica Balabanoff: Die Zimmerwalder Bewegung 1914–1919, Frankfurt a.M. 1969.

Diese Darstellung ist von Balabanoff ganz «unpersönlich» gehalten. Sie spricht von sich selbst nur in der dritten Person. Ergänzungen mit ihren persönlichen Eindrücken finden sich in ihren Memoiren: Angelica Balabanoff: Erinnerungen und Erlebnisse, Berlin 1927.

Ein weiterer Teilnehmer der Bewegung (wenn auch nicht der Konferenzen) aus der Schweiz legte später eine Darstellung vor: Jules Humbert-Droz: Der Krieg und die Internationale. Die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal, Wien 1964.

Das Archiv der Internationalen Sozialistischen Kommission, das noch in der Schweiz lagerte und dessen Übergabe an die neue Internationale auf dem Gründungskongress in Moskau gefordert wurde, verblieb allem Anschein nach bei Robert Grimm und ging dann in den 1960er Jahren an das Internationale Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam über, das auch eine Reihe weiterer Sammlungen erwarb und zudem über viele gedruckte Publikationen aus dem Umfeld der Bewegung verfügt. Auf dieser Grundlage und ergänzt durch zahlreiche weitere westliche Archive

4 Hedeler, Wladislaw/Vatlin, Alexander (Hrsg.): Die Weltpartei aus Moskau. Der Gründungskongress der Kommunistischen Internationale 1919. Protokoll und neue Dokumente, Berlin 2008, S. 153f., 162. In einem einleitenden Essay über «Planung und Gründung der Dritten Internationale» (S. XI–XCVI) geben die Herausgeber auch genauere Informationen über die Beteiligung Balabanoffs an der Vorbereitung der Komintern-Gründung.

wurde dann eine umfangreiche Dokumentation erstellt: Horst Lademacher (Hrsg.): Die Zimmerwalder Bewegung. Protokolle und Korrespondenz, Den Haag 1967. Der Herausgeber gibt im Vorwort (S. VII–XX) und in der Einleitung (S. XXI–LXI) eine ausführliche Übersicht über die archivalische Grundlage dieser Dokumentation und umreißt die Geschichte der Zimmerwalder Bewegung wie den Forschungsstand dazu.

Diese Dokumentation kann ergänzt werden durch zwei englischsprachige Sammlungen: Olga Hess Gankin/Harold Henry Fisher (Hrsg.): *The Bolsheviks and the World War. The Origin of the Third International*, Stanford 1960; John Riddell (Hrsg.): *Lenin's Struggle for a Revolutionary International. Documents 1907–1916, the Preparatory Years*, New York 1984.

Außerdem finden sich natürlich wichtige Schriften im Zusammenhang mit dieser Bewegung in den Werkausgaben von Rosa Luxemburg und Lenin, wobei die Kommunistische Internationale in den 1920er Jahren bereits einen besonderen Sammelband herausgegeben hatte, in dem die entsprechenden Schriften von Lenin und Sinowjew versammelt waren: N. Lenin/G. Sinowjew: *Gegen den Strom. Aufsätze aus den Jahren 1914–1916*, Hamburg 1921.

Sie finden eine Ergänzung durch: G. Sinowjew: *Der Krieg und die Krise des Sozialismus*, Wien 1924.

Von Trotzki existiert auf Deutsch die folgende, leider keineswegs vollständige Sammlung: Leo Trotzki: *Europa im Krieg*, Essen 1998.

Aus der umfangreichen biografischen Literatur zu vielen der an Zimmerwald Beteiligten sei noch auf folgende speziellere Literatur hingewiesen: Ian D. Thatcher: *Leon Trotsky and World War One. August 1914 to February 1917*, London 2000; Arnold Reisberg: *Lenin und die Zimmerwalder Bewegung*, Berlin (DDR) 1966. Die zuletzt genannte Darstellung eines österreichischen Kommunisten (der Opfer des stalinistischen Terrors gewesen war) entstand am Institut für Marxismus-Leninismus in Ost-Berlin.

Eine neuere Arbeit zur Zimmerwalder Linken ist: Robert Craig Nation: *War on War. Lenin, the Zimmerwald Left, and the Origins of Communist Internationalism*, Durham 1989 (Reprint Chicago 2009).

Obwohl die bis heute im Westen erschlossenen Archivbestände eine detaillierte Erforschung der sozialistischen Antikriegsbewegung erlauben, harren noch immer der im ehemaligen KPdSU-Parteiarchiv gesammelte und umfangreiche Bestand zu Zimmerwald einer gründlichen Auswertung: Fonds 340 (zur Zweiten Internationale) Findbuch 3 (Zimmerwalder Bewegung) mit 376 Akteneinheiten.

Marga Voigt

## **CLARA ZETKIN UND IHR WIRKEN GEGEN DEN KRIEG IM SPIEGEL IHRER BRIEFE**

Die Zetkin-Briefe aus dem Ersten Weltkrieg<sup>1</sup> künden gleichermaßen von der Sorge um die Welt und um die Menschen. Darin streitet Clara Zetkin für ein politisches Sich-Einmischen der Sozialdemokratinnen, der Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes, und das in einer Zeit, da Frauen erst seit sechs Jahren nicht mehr von politischen Versammlungen ausgeschlossen waren.<sup>2</sup> Clara Zetkins Briefe sind Zeugnisse über die Zeit und die Umstände, die Atmosphäre und den Zeitgeist, in dem sie geschrieben sind, und stehen repräsentativ für den Friedenskampf proletarischer Frauen.

Von August 1914 bis November 1918 liegen der Forschung mehr als 190 Briefe und Postkarten von Clara Zetkin vor. Sie stammen aus ihren Nachlässen in den ehemaligen Parteiarchiven in Moskau und Berlin,<sup>3</sup> aus dem Nachlass von Robert Grimm<sup>4</sup> im Archiv des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam und aus den Beständen zwölf anderer europäischer Archive und Bibliotheken von Kopenhagen und Stockholm bis Bern und Zürich.<sup>5</sup>

Die zumeist in konspirativer Sprache verfassten Briefe lassen auf die vielen Schwierigkeiten schließen, auf die Clara Zetkin als konsequente Friedenskämpferin in den

- 1 Im Verlauf des Jahres 2015 wird die Edition von Briefen Clara Zetkins aus der Zeit des Ersten Weltkrieges erscheinen, gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- 2 Das Vereins- und Versammlungsrecht beendete 1908 die strikte Einschränkung von Frauen an politischer Teilhabe. Das Wahlrecht erhielten Frauen in Deutschland erst in der Novemberrevolution 1918.
- 3 Gemeint sind das Russländische Staatsarchiv für sozial-politische Geschichte (RGASPI) in Moskau und die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) im Bundesarchiv (BArch) in Berlin.
- 4 Robert Grimm (1881–1958) war Sekretär der Internationalen Sozialistischen Kommission (ISK) und organisierte mit Angelica Balabanoff die Zimmerwalder Bewegung.
- 5 Archiv und Bibliothek der Arbeiterbewegung, Stockholm; Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Bundesarchiv, Koblenz; Bibliothek und Archiv des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bern; Bibliothek und Archiv der Arbeiterbewegung, Kopenhagen; Brandenburgisches Landeshauptarchiv; Badisches Generallandesarchiv Karlsruhe; Hauptstaatsarchiv Stuttgart; Schweizerisches Bundesarchiv, Bern; Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich; Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien.

Zeiten des «Burgfriedens»<sup>6</sup> in Deutschland stieß. Denn Clara Zetkin trennte ihren sozialistischen nie von ihrem internationalistischen Standpunkt, erst recht nicht, als in Europa der Krieg tobte.

Seit 1907 an der Spitze der Sozialistischen Fraueninternationale stehend, hatte Clara Zetkin ein Netzwerk von Korrespondentinnen der Frauenzeitschrift *Die Gleichheit*<sup>7</sup> in Europa und bis in die USA aufgebaut. Im Namen der Proletarierinnen hielt sie bereits 1912 ein flammendes Plädoyer auf der Bühne des Friedenskongresses der Sozialistischen Internationale in Basel:<sup>8</sup> «Wir sind mit Euch», rief sie den SozialistInnen zu, «mit allem, was wir sind, mit allem, was wir fühlen! Alles, was in uns lebt [...] empört sich, wendet sich schauernd ab von dem Gedanken an die drohende Massenerstörung, Massenvernichtung menschlicher Leben im modernen Kriege.» Stürmischen Beifall notierte das Protokoll des Kongresses, als Clara Zetkin ausrief: «Der Krieg ist nichts als die Erweiterung und Ausdehnung des Massenmordes, dessen sich der Kapitalismus auch im sogenannten Frieden zu jeder Stunde am Proletariat schuldig macht.»

Clara Zetkins Briefe künden von dem gesamteuropäischen Wirken der Sozialistinnen für den Frieden. Zu dessen Trägerinnen gehörten neben Clara Zetkin auch Inès Armand<sup>9</sup> und Alexandra Kollontai<sup>10</sup>, Heleen Ankersmit<sup>11</sup> und Angelica Balabanoff<sup>12</sup> – um wenigstens einige der Aktivistinnen beim Namen zu nennen.

- 6 Bereits am 2. August 1914 hatten die Gewerkschaftsvorstände beschlossen, alle Streiks abzubrechen und Lohnkämpfe für die Dauer des Krieges zu vermeiden. – Vgl. die Erklärung des Vorstandes der SPD und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom 6. August 1914 über die Aufgaben der Partei- und der Gewerkschaftsmitglieder während des Krieges, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1, Juli 1914–Oktober 1917, Berlin 1958, S. 26f. sowie Butterwege, Christoph/Hofschen, Heinz-Gerd: Sozialdemokratie, Krieg und Frieden. Die Stellung der SPD zur Friedensfrage von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine kommentierte Dokumentation, Heilbronn 1984, S. 96. Auch in der Führung der SPD zeigte sich ein innerparteiliches Stillhalteabkommen. Friedrich Ebert stellte die «Einheit der Bewegung als den eigentliche Wert an sich» und als das «Bebelsche Vermächtnis» dar. – Vgl. Mühlhausen, Walter: Die Sozialdemokratie am Scheideweg – Burgfrieden, Parteikrise und Spaltung im Ersten Weltkrieg, in: Michalka, Wolfgang: (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, München/Zürich 1994, S. 657.
- 7 Die Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, 14-tägig erscheinende SPD-Frauenzeitschrift, deren Chefredakteurin Clara Zetkin von 1891 bis 1917 war. Nach Clara Zetkins Entlassung als Redakteurin im Mai 1917 erschien die sozialdemokratische Frauenzeitschrift mit dem Untertitel «Zeitschrift für die Frauen und Mädchen des werktätigen Volkes» noch bis 1923.
- 8 Zetkin, Clara: Ausgewählte Reden und Schriften, Bde. 1–3, Berlin 1957–1960 [nachfolgend: ARS], Bd. 1, S. 565ff.
- 9 Inès Armand (1874–1920) war Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, später Bolschewiki, Kampfgefährtin und Freundin Lenins (1870–1924).
- 10 Alexandra Michailowna Kollontai (1872–1952) war Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, später Bolschewiki, Kampfgefährtin und Freundin Clara Zetkins.
- 11 Heleen Ankersmit (1872–1944) war Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, später der Kommunistischen Partei Hollands, Organisatorin und Führerin der holländischen proletarischen Frauenbewegung, Kampfgefährtin und Freundin Clara Zetkins.
- 12 Angelica Balabanoff (1878–1965) war seit 1900 Mitglied der Sozialistischen Partei Italiens, 1914 bis 1916 Mitglied des Vorstandes; sie organisierte mit Robert Grimm die Zimmerwalder Bewegung, einen Zusammenschluss oppositioneller SozialistInnen für eine internationale Friedensbewegung.

Aus den Briefen Clara Zetkins lässt sich das Friedenswerk der Sozialistischen Fraueninternationale in Wort und Tat herauslesen und ebenso das Wirken der vereint mit den Frauen gegen den Krieg und für den Frieden kämpfenden Männer. Zur Sprache kommen deren Übereinstimmungen und Gegensätze. Selbst unter den erschwerten Bedingungen der Illegalität wird das ruhelose Bemühen um den Zusammenhalt und das Zusammenwirken der sozialistischen Frauen in den kriegführenden und den neutralen Ländern deutlich. In zahlreichen Grußbotschaften und Beiträgen in den sozialistischen Frauenzeitschriften der europäischen sozialdemokratischen Parteien und Zusammenschlüsse findet der auf den sozialistischen Grundsätzen beruhende Kampf der sozialistischen und proletarischen Frauen für die Beendigung des Krieges Nachdruck und Verstärkung. Die große Sorgfalt, mit der sie akute Entwicklungen in komplexe Zusammenhänge einordnete, und die historische Bewusstheit, mit der sie die Probleme der Gegenwart aus den Problemstellungen der Vergangenheit abzuleiten verstand,<sup>13</sup> gipfelten in ihrer auf geschichtlichen Kenntnissen und politischen Erfahrungen ruhenden und überzeugenden Analyse der imperialen Strategien der Kriegstreiber. Für die Zusammenschau von Analyse und Notwendigkeit zur Veränderung durch eine aktive Beteiligung der Sozialistinnen am Kampf gegen den Krieg sind Clara Zetkins Briefe aus der Zeit des Ersten Weltkrieges berechte Zeugnisse.

### **Clara Zetkins Kampf gegen den Krieg**

Als Sozialdemokratin und Parteiaktivistin hat Clara Zetkin am 25. Juli 1914 auf der Württemberger Landesversammlung eine Resolution gegen den Krieg<sup>14</sup> beantragt. Sie wurde angenommen. Sie beschwor darin die Macht der «kühnen und opferbereiten Arbeiterklasse in dem Kampf für Freiheit und Frieden». Am 28. Juli fanden drei Massenversammlungen in Stuttgart statt.<sup>15</sup> Danach strömten die TeilnehmerInnen auf dem Schlossplatz zusammen, wo Kriegsbegeisterte «Deutschland über alles» sangen. Die SozialdemokratInnen stimmten «Die Internationale» an. Die Polizei hatte es schwer, beide Gruppen auseinanderzuhalten. Und noch am 30. Juli verkündete die *Schwäbische Tagwacht*,<sup>16</sup> dass «ohne das Volk und gegen das Volk keine Kriege mehr geführt werden können». Den Regierungen und den herrschenden Klassen müsse gezeigt werden, dass «es sich für diejenigen, die einen Weltkrieg gegen den ausgesprochenen Willen der Volksmassen, unter welchem Vorwand auch, anzuzetteln wagen,

13 Vgl. Beutin, Wolfgang: «Dieses weltgeschichtliche Ringen geht um das ganze Kulturerbe der Menschheit.» Kultur, Intellektuelle und Proletariat in Clara Zetkins Gedankenwelt, in: Plener, Ulla (Hrsg.): Clara Zetkin in ihrer Zeit. Neue Fakten, Erkenntnisse, Wertungen, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Manuskripte 76, Berlin 2008, S. 115ff.

14 Vgl. Anmerkung 54 in: Scheck, Manfred: Zwischen Weltkrieg und Revolution. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg 1914–1920 (Dissertationen zur neueren Geschichte; 10), Köln/Wien 1981, S. 50.

15 Am 25. und 28. Juli 1914 rief der SPD-Parteivorstand im *Vorwärts* zu Massenprotesten gegen den drohenden Weltkrieg auf. Am 28. und 30. Juli 1914 war der Höhepunkt der Antikriegsdemonstrationen in Deutschland.

16 *Die Schwäbische Tagwacht*, Organ der Sozialdemokraten Württembergs und regionale Tageszeitung der SPD, mit Redaktion in Stuttgart, erschien von 1890 bis 1933.

um Kopf und Kragen handelt».<sup>17</sup> Am 31. Juli 1914 wurden die GenossInnen in ihrem Parteiblatt für den 2. August zu einer Flugblattaktion gegen den Krieg aufgerufen.<sup>18</sup> Doch am Morgen des 1. August titelte die *Schwäbische Tagwacht*: «An die Parteigenossen Württembergs! Infolge des Kriegszustandes<sup>19</sup> ist die Durchführung der Versammlungstätigkeit der Sozialdemokratischen Partei zur Erhaltung des Friedens wie auch die Flugblattverbreitung dazu unmöglich geworden.»<sup>20</sup> Der Beginn des Krieges war ein Schock für Clara Zetkin. Die II. Sozialistische Internationale zerbrach, die Arbeiter wurden massenweise ins Feld kommandiert.<sup>21</sup> Dass allzu viele gar freudig gingen, verstörte Clara Zetkin ungemein – sie litt seelisch und körperlich, schaute jedoch den Realitäten ins Gesicht und schrieb in der Parteipresse und in ihren Briefen gegen den Krieg an.

Am Sonntag, den 2. August 1914, einen Tag nach der deutschen Kriegserklärung an Russland, wurde Clara Zetkin früh um 5 Uhr aus dem Bett geklingelt. Bei ihr fand eine große Hausdurchsuchung statt. Sie stand unter dem Verdacht, Russen zu beherbergen<sup>22</sup> und die Sicherheit des Deutschen Reiches zu gefährden. Vehement wehrte sie sich gegen die absurden Verdächtigungen. Sie bekämpfte den russischen Zarismus, seit sie Ossip Zetkin,<sup>23</sup> den Tischler und jungen russischen Sozialrevolutionär, kennengelernt hatte. Das war in ihren Ausbildungsjahren zur Sprachlehrerin in Leipzig,<sup>24</sup> danach war sie der Sozialistischen Arbeiterpartei von August Bebel und Wilhelm Liebknecht beigetreten.<sup>25</sup> Sofort nach der Hausdurchsuchung stellte sie die Denunziation sozialdemokratischer Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner an den öffentlichen Pranger und schickte an die *Schwäbische Tagwacht* eine offizielle Erklärung: «[...] angesichts der furchtbaren Situation und der Stimmungen [...] eröffnen die festgestellten nackten Tatsachen eine Perspektive, die die Interessen breiter Kreise berührt. Denn was uns heute im kleinen geschieht, das kann morgen schon in weit härterer Weise jedem geschehen, der als Sozialdemokrat bekannt ist, ja jedem, an dem

17 Nachdruck aus Rosa Luxemburgs Artikel «Der Friede, der Dreibund und wir»; vgl. Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 2001, S. 479.

18 Zit. nach: Neuschl, Silvia: Geschichte der USPD in Württemberg, Esslingen 1983, S. 50.

19 Am 1. August 1914 erklärte Deutschland Russland den Krieg und begann mit der allgemeinen Mobilmachung. Am 4. August bewilligte der Deutsche Reichstag die Kriegskredite mit den Stimmen aller SPD-Abgeordneten.

20 Schwäbische Tagwacht vom 1.8.1914, S. 1.

21 Fast die Hälfte der männlichen SPD-Mitglieder war gleich zu Beginn des Krieges von der Einberufung zum Heeresdienst betroffen; 1917 waren es gar 75 Prozent. Die Mitgliederzahlen in den Parteioorganisationen sanken mit jedem Kriegsjahr.

22 Clara Zetkin hatte Verbindung zur Stuttgarter Gruppe der Bolschewiki, die unter Leitung von Nikolai N. Tschudowski stand. Seit 1907 gab es in Esslingen ein Hilfsbüro für russische Emigranten. Ende 1910 zählten sie 140 bis 150 Mitglieder der SDAPR (Bolschewiki und Menschewiki), Sozialrevolutionäre, Bundisten und Parteiloose. 30 russische Emigranten traten dem Sozialdemokratischen Verein Stuttgart bei.

23 Ossip Zetkin (1853–1889) war Narodnik, Sozialrevolutionär, Marxist; er studierte in Leipzig Geschichte und Nationalökonomie und arbeitete halbtags als Tischler.

24 Clara Zetkin studierte ab 1876 am Leipziger Auguste-Schmidt-Seminar und legte 1878 die Prüfung am Königlichen Lehrerinnenseminar in Dresden ab.

25 Clara Zetkin trat 1878 der Sozialistischen Arbeiterpartei bei. Dies führte zum Bruch mit ihrer Mutter, die sich der bürgerlichen Frauenbewegung angeschlossen hatte.

Hass und Missgunst ihr Mütchen kühlen möchten. Nicht die Sicherheit des Vaterlands wird durch solches Geschehen gefördert, es entfesselt vielmehr die schlimmsten Instinkte und züchtet Spitzel und Denunziantenunwesen.»<sup>26</sup>

Mit Beginn des Ersten Weltkrieges war im Deutschen Kaiserreich aller Verkehr mit dem Ausland unterbrochen und alle Fäden zwischen den Genossinnen der Länder der Sozialistischen Internationale schienen zerrissen. Clara Zetkin stand ab August 1914 unter Briefzensur,<sup>27</sup> und die von ihr redigierte *Gleichheit* stand unter strenger Vorzensur.<sup>28</sup> Sie ließ sich nicht unterkriegen. Als Sekretärin der Sozialistischen Fraueninternationale sagte sie sich: Nun erst recht! «Ich halte es gerade für eine der wichtigsten Aufgaben der Frauen in dieser Zeit», schrieb sie in einem Zirkular,<sup>29</sup> «in der Arbeiterklasse das Bewusstsein der internationalen Solidarität lebendig zu erhalten und zu stärken.» Sie rief die sozialistischen Frauen aller Länder auf: «Wenn die Männer töten, so ist es an uns Frauen, für die Erhaltung des Lebens zu kämpfen. Wenn die Männer schweigen, so ist es unsere Pflicht, erfüllt von unseren Idealen die Stimme zu erheben.»<sup>30</sup> Als Internationale Sekretärin hat Clara Zetkin die Genossinnen sammeln und «wieder in Reih und Glied stellen» wollen.<sup>31</sup> Sie sei «nicht im Zweifel darüber, dass es zunächst nur eine solche gemeinsame Aufgabe geben könne: die Arbeit, den Kampf für den Frieden und zwar einen Frieden, wie er den sozialistischen Grundsätzen entspricht und für den wir Sozialistinnen in allen Ländern mit Ausnutzung aller uns verfügbaren Mittel wirken müssen». Clara Zetkins Ansicht nach war es «das stolze Vorrecht und die Ehrenpflicht der Sozialistischen Fraueninternationale jetzt, in dem Kampf für den Frieden den Frauen aller Klassen und Länder weckend und führend voranzugehen».

Im weiteren Verlauf des Krieges bezeugen Clara Zetkins Briefe ihr anhaltendes Engagement, trotz eigener starker Herz- und anderer Erkrankungen, trotz seelischer und körperlicher Erschöpfung nicht zu ruhen, sondern gegen das Morden an den Fronten etwas zu tun. Sie ermutigte – speziell die Frauen – zur Aktion und gab in ihren Briefen ein persönliches Beispiel, stellte deutlich die Beispiele anderer mutiger und entschlossener Frauen heraus, reihte Argument an Argument. Sie knüpfte immer wieder die Fäden der zerrissenen Fraueninternationale. Woher nahmen die linken Sozialistinnen – die wenigen – die beispielgebende Kraft? Clara Zetkin beteuerte und betonte in ihren Briefen stets die Vision als Ziel, endlich Frieden zu schaffen, wie er

26 Schwäbische Tagwacht vom 4.8.1914.

27 Im Deutschen Kaiserreich war am 31. Juli 1914 der Belagerungszustand ausgerufen worden. Die exekutive Gewalt von Zivilbehörden wurde Militärkommandos übertragen. Kundgebungen und Straßendemonstrationen wurden verboten, Zuwiderhandlungen mit Gefängnis bestraft. Versammlungen hatten in geschlossenen Räumen stattzufinden. Die Presse wurde zensiert, Kriegsgegner wurden der Briefzensur unterworfen.

28 Vgl. Hauptstaatsarchiv Stuttgart, M 77/1 Bü 432.

29 Zetkin: ARS, Bd. 1, S. 635ff. Das Zirkular ist am 10. Dezember 1914 in der *Berner Tagwacht* erschienen. Die Schweizer Vorkämpferin brachte es als Offenen Brief zum Internationalen Frauentag in ihrem März-Heft 1915.

30 Zetkin: ARS, Bd. 1, S. 638.

31 Die folgenden Zitate stammen aus dem Manuskript der in Endfertigung befindlichen Briefedition.



den sozialistischen Grundsätzen entspricht. «Durch zum Sozialismus!»<sup>32</sup> – war ihre Losung. Und das sei für sie nicht «eine Frage des Temperaments», sondern eine Sache der «wissenschaftlichen Erkenntnis, der politischen Überzeugung».<sup>33</sup> Unbeirrt stellte sie als Internationale Sekretärin ihre politischen Forderungen auf. Die Zetkin-Briefe machen ihren – proletarisch-sozialistischen – Blick deutlich.

### **Die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz 1915**

Es ist hier nicht der Platz die gesamte Briefedition vorzustellen, aber es sei die Gelegenheit genutzt, mit Auszügen aus den Briefen des Jahres 1915 einen Eindruck von Clara Zetkins Anstrengung zu geben, als Internationale Sekretärin sobald als möglich eine internationale sozialistische Frauenfriedenskonferenz zu konzipieren und zu organisieren.

Nicht erst im Januar 1915 war sich Clara Zetkin mit Inès Armand darüber einig, wie wichtig eine proletarische Frauenbewegung während des Krieges sein würde. Seit Beginn der Kriegskatastrophe habe sie die Genossinnen immer wieder darauf aufmerksam gemacht, schrieb sie Armand, und ihr Bestes getan, «damit unsere organisierten Frauen in Deutschland nach ihren sozialistischen Prinzipien handeln». Sie zeigte sich überzeugt, dass die sozialistischen Frauen, «etwa indem sie die sozialistischen Prinzipien beibehalten und bemüht sind, sie für die Praxis der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen in ihrem Land durchzusetzen», oder indem sie «in enger und regelmässiger Kommunikation miteinander bleiben, indem sie sich international vereinigen», das Ziel der Beendigung des Krieges erreichen könnten. Sie versuche, schrieb sie im Januar 1915 weiter, für die sozialistischen Frauen Deutschlands durch die Haltung der *Gleichheit* zu erreichen, «gleichzeitig auf die Bewegungen sozialistischer Frauen in anderen Ländern einen moralischen und intellektuellen Einfluss» zu haben. Leider sei in Kriegszeiten die Pressefreiheit sehr eingeschränkt und die *Gleichheit* leide besonders darunter. Diese sei «womöglich die Publikation, die bei uns am strengsten überwacht und zensiert wird». Sie glaube allerdings, «dass ihre Haltung von recht vielen sozialistischen Frauen verstanden oder gar bejaht wird». Viele Zustimmungsbekundungen bewiesen dies, die sie «übrigens auch von männlichen Genossen» bekomme. Was die internationalen Beziehungen unter sozialistischen Frauen betreffe, so habe sie mit den Genossinnen aus fast allen Ländern Kontakt herstellen können. Ihr Eindruck sei: «Sozialistische Frauen neigen eher dem Gefühl nach nach links», und es gäbe in einigen Ländern Frauen, die Spitzenfunktionen in ihren Parteien trügen und «offizielle Politik machen bzw. sich der Richtung dieser Politik» nicht widersetzen.

32 Die letzten drei Worte des Berner Friedensmanifestes; vgl. Zetkin: ARS, Bd. 1, S. 668ff.

33 Vgl. Clara Zetkins Rede auf dem Parteitag der SPD, Stuttgart 1898, in: ebd., S. 142.

Dennoch stimmte sie Inès Armand zu, dass «eine Konferenz der ‹radikalen› sozialistischen Frauen» nützlich sein würde,<sup>34</sup> dafür aber viele Hindernisse und Schwierigkeiten zu meistern wären. Zum Beispiel würden die Frauen «nicht die finanziellen Mittel haben, um zu einer Konferenz ins Ausland zu fahren», und die Organisationen, denen sie angehörten, würden diese Mittel nie gewähren. Aber trotz der Schwierigkeiten willigte sie ein, nicht auf die Idee einer solchen Konferenz verzichten zu wollen, und sie werde sich bemühen, «sie bei anderen Genossen durchzusetzen». Zunächst wolle sie in die Schweiz kommen, «um zusammen mit Ihnen und einigen sozialistischen Frauen unterschiedlicher Nationalitäten die Lage zu betrachten». Zum Schluss fügte sie noch eine kleine Bemerkung hinzu: «Sie sind sehr unvorsichtig gewesen, als Sie über diese Sache in aller Offenheit geschrieben haben. Ihr Brief ist von der Militärbehörde geöffnet und gelesen worden. Zwischen Deutschland und dem Ausland sind ausschließlich offene Briefe in deutscher Sprache erlaubt. Und es sind genug Symptome da, die darauf hinweisen, dass mein Briefverkehr unter besonderer Überwachung steht.» Inès Armand solle «also in Tarnsprache schreiben». Clara Zetkin werde ihr «einen offiziellen, offenen Brief schicken, in dem ich Ihre Idee einer Konferenz als völlig unpraktikabel ablehne». Inès Armand solle sich dann nicht wundern und würde den Grund verstehen. Clara Zetkin schlug vor: «Wenn Sie zur Konferenz schreiben wollen, erwähnen Sie sie wie ein Familienfest, ein Konzert oder eine Vergnüungsreise. Schicken Sie mir bald eine Karte, um mir zu sagen, dass sie gesund sind, was dann bedeutet, dass Sie diesen Brief erhalten haben.»

Zwei Wochen später schrieb sie in einem Brief an Heleen Ankersmit nach Amsterdam über die von den sozialdemokratischen Führern der Parteien der neutralen Länder in Vorbereitung befindlichen Konferenz<sup>35</sup> und teilte ihr mit, dass sie in der Beurteilung der Konferenz und ihrer Bedeutung mit ihr voll überein stimme: «Es ist eine Täuschung, sich einbilden zu wollen, dass wir eine lebenskräftige Internationale bekommen, solange die Sozialisten in jedem Lande nicht klar darüber geworden sind, ob sie im Fall eines Kriegs als internationale Sozialisten oder als Patrioten im bürgerlichen Sinne handeln wollen.» Das sei die Kernfrage, darüber käme man nicht hinweg und alle theoretische Seiltänzeri à la Kautsky<sup>36</sup> könne darüber nicht täuschen: «Der internationale Sozialismus kann und darf nicht zweierlei Maße und Gewichte in seinem Sack führen, eines für den Frieden, ein anderes für die Kriege, die der kapitalistische Imperialismus entfesselt. Die internationale Solidarität der Proletarier aller Länder wäre eine trügerische Phrase, wenn sie darin bestehen sollte, dass die Sozialisten den Arbeitern sagen: in Zeiten des Friedens liebt Euch; in Zeiten des Kriegs schneidet

34 Inès Armand fragte in ihrem Schreiben an Clara Zetkin: «Meinen Sie nicht, dass es sehr nützlich wäre, eine inoffizielle Konferenz der linken Sozialistinnen einzuberufen?» (zit. nach: Podljaschuk, Pawel: Inessa. Ein dokumentarischer Bericht über das Leben der Inès Armand, Berlin 1987, S. 184).

35 Die Holländisch-skandinavische Konferenz der sozialdemokratischen Parteien der neutralen Länder (Schweden, Norwegen, Holland, Dänemark) fand am 17./18. Januar 1915 statt.

36 Karl Kautsky (1854–1938) war Journalist, SPD-Politiker und vertrat eine gemäßigte Antikriegshaltung.

Euch die Hälse ab. Eine lebenskräftige Internationale ist auch nicht möglich, wenn man sich zusammenfindet, um zu konjugieren: Ich habe im Kriege gesündigt, du hast im Kriege gesündigt, er, sie, es hat im Kriege gesündigt, wir alle haben im Kriege gesündigt, ergo vertragen wir uns im Bewusstsein der allgemeinen Sündhaftigkeit.» Nein, schrieb sie der Genossin Ankersmit, «ich bin entschieden der Überzeugung, dass die Vorbedingung für internationales Zusammenwirken eine grundsätzliche Klärung der Stellungnahme zum Militarismus und Krieg ist».

An Alexandra Kollontai in Kristiania<sup>37</sup> schrieb Clara Zetkin am 10. Februar 1915, dass es sie außerordentlich freue, dass auch die skandinavischen Genossinnen einen Frauentag abhalten wollen. Im Angesicht des ersten internationalen Kriegsfrauentages hatte sie eine Aufforderung an die internationalen Korrespondentinnen gesandt, in allen Ländern an der Begehung des Frauentages festzuhalten, und informierte sie, dass die Schweizerinnen bereits mit gutem Beispiel vorangegangen seien. «Nun haben auch die Österreicherinnen beschlossen, im Rahmen des gesetzlich zulässigen, Frauenversammlungen zu veranstalten.» Sie selbst habe beim Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie eine entsprechende Anregung gegeben und wolle für alle Fälle auch eine Frauentagsnummer der *Gleichheit* machen. Ihrer Überzeugung nach müsse «der Frauentag heuer eine besondere Bedeutung erlangen und zu einer großen Friedenskundgebung der Frauen werden». Sie gedenke in die Schweiz oder nach Holland zu gehen.<sup>38</sup> Es solle recht bald eine Besprechung der Genossinnen stattfinden, die zwei Aufgaben zu lösen habe: 1. ein möglichst «einheitliches und kraftvolles Auftreten der Genossinnen für den Frieden herbeizuführen, zumal auch in den kriegführenden Ländern. 2. Richtlinien und Anregungen zu geben für die Arbeit der Genossinnen, um innerhalb der Organisationen der Arbeiterbewegung überhaupt der nationalistischen Sturmflut entgegenzutreten und die sozialistischen Grundsätze zu klären und zu vertiefen.» Das Wann des Zusammentreffens sei bisher noch nicht entschieden. Sie teilte derweil mit: «Selbstverständlich ist es meine Ansicht, dass bei der Demonstration eine entsprechende Resolution angenommen wird, die scharf und klar unsere grundsätzliche Stellungnahme als Sozialistinnen zu dem Weltkrieg formuliert, ferner gegen die Verletzung des Völkerrechts protestiert, deren sich Deutschland gegen das unglückselige Belgien schuldig gemacht hat; schließlich den Frieden fordert, ohne jede Annexion und Eroberung.» Die Resolution müsse ferner die Frauen in allen Ländern, namentlich aber in den kriegführenden Staaten auffordern, «ihren Friedenswil-

37 Kristiana war von 1624 bis 1924 die Hauptstadt Norwegens. Alexandra Kollontai hielt in Skandinavien die ständige Verbindung zwischen Lenin in der Schweiz und dem Büro des Zentralkomitees der SDAPR(B) in Russland. Für den 8. März 1915 organisierte sie einen Internationalen Frauentag in Norwegen.

38 Clara Zetkin versuchte anfangs, die Internationale Sozialistische Frauenfriedenskonferenz mit Unterstützung des Internationalen Sozialistischen Büros der II. Internationale und des deutschen Parteivorstandes einzuberufen. Letztendlich reiste sie illegal nach Holland und hat sich dort mit den Genossinnen der neutralen Länder, Englands und Frankreichs über eine sozialistische Frauenfriedenskonferenz verständigen können. Zum Ende der Besprechungen wurde sie von der holländischen Polizei verhaftet und nach Deutschland abgeschoben.

len in der breitesten Öffentlichkeit mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zum Ausdruck zu bringen, ohne Rücksicht auf Schwierigkeiten und Gefahr. Die Frauen können und müssen in der Bekundung des Massenwillens zum Frieden vorangehen. Keine Regierung wird jetzt wagen, gegen sie sofort mit blutigen Gewaltmaßregeln vorzugehen. Alle Regierungen müssen deswegen die Erbitterung und Empörung im Lande und draußen im Felde fürchten.» Worauf es ankomme, sei, in den Frauen «den Willen zum Handeln zu wecken und zu organisieren». Sie ließ Alexandra Kollontai noch wissen, dass der SPD-Parteivorstand sich bereits gegen die Delegation von deutschen Genossinnen zu der Besprechung in einem neutralen Land ausgesprochen habe,<sup>39</sup> «obgleich er noch gar nicht ersucht worden war, eine solche Delegation vorzunehmen, und obgleich wir internationale Sozialistinnen ganz unabhängig von ihm sind, seinen Segen nicht brauchen und seinen Fluch nicht fürchten». Zum Schluss mahnte Clara Zetkin auch Alexandra Kollontai: «Ihr Telegramm hat eine unerwartete Wirkung gehabt. Ich hatte eine höchstpeinliche Vernehmung von der Landespolizei, die hinter dem harmlosen Frauentag irgendeine hochpolitische Aktion wittert. Ob die Sache noch Folgen haben wird, müssen wir abwarten. Jedenfalls zeigt Ihnen die Sache, wie die Situation hier ist.» Erläuternd fügte sie hinzu: «Das ‹Familienfest› schien bedenklich.»

Bereits im November 1914 hatte Clara Zetkin einen Aufruf an die Sozialistinnen aller Länder verfasst, der in Deutschland nicht veröffentlicht und in der *Gleichheit* von der Zensurbehörde gestrichen worden war. Er gelangte heimlich nach Paris und wurde dort von französischen Sozialistinnen illegal als Flugblatt verbreitet.<sup>40</sup> Die englische Frauenzeitung *The Labour Women* veröffentlichte den Aufruf in ihrer Januarnummer, und das Tagblatt der sozialistischen Organisation des Zentrums *Le Populaire de Centre* erhielt nach der Veröffentlichung Zuschriften von Leserinnen, was zu tun sei. Die Redaktion antwortete: «Es gilt den Mächten, die in der kapitalistischen Ordnung zum Kriege treiben, die sozialistische Erkenntnis und den sozialistischen Willen der Arbeiter entgegenzustellen.»<sup>41</sup> Im März 1915 endlich gelang die Veröffentlichung des Aufrufs als Offener Brief im Schweizer Frauenblatt *Die Vorkämpferin*.<sup>42</sup> Darin heißt es: «Nun muss dieser Friedenswille uns die erste große gemeinsame Aufgabe diktieren. Wir Sozialistinnen müssen in allen Ländern die Frauen rufen und sammeln, damit sie sich dem weitem Wahnwitz des Völkerringens entgegenstemmen. Millionestimmig, unwiderstehlich muss unser Schrei ertönen: Genug des Würgens, genug der Verheerung! Kein Ringen bis zur Erschöpfung, bis zum Verbluten der Völker. Friede, dauernder Friede! Darum kein Antasten der Unabhängigkeit und Würde

39 Am 23. Februar 1915 hatte der Parteivorstand Clara Zetkin mitgeteilt, dass er eine solche Konferenz für «nicht zweckmäßig» und sogar «schädlich» halte.

40 Vgl. die Erinnerungen von Martha Arendsee in: SAPMO-BArch, SgY 30 0017.

41 Vgl. *Gleichheit*, Nr. 13, 19.3.1915.

42 *Die Vorkämpferin*. Sozialdemokratische Arbeiterinnen-Zeitung der Schweiz, Zürich, vom 7.3.1915, S. 2f.

irgend einer Nation! Keine Annexion, für kein Land demütigende Friedensbedingungen, die nicht Bürgschaft der Sicherheit für die Nachbarn sind, sondern Anreize zum erdrückenden Wettrüsten und zu neuen greuelvollen Welthändeln! Raum für die friedliche Arbeit! Die Bahn frei für die Verbrüderung der Völker und ihr Zusammenwirken zur Blüte der internationalen Kultur!»

Clara Zetkin spricht sich den dringlichen Wunsch vom Herzen: «Wohl sind wir Frauen fast in allen Ländern nur geringen politischen Rechts, doch nicht ohne soziale Macht. Nützen wir jedes Fünkchen dieser Macht von der Geltung unseres Wortes und unseres Wirkens im vertrauten Kreise der Angehörigen und Freunde bis zu unserem Einfluss in der Öffentlichkeit.» Und sie fügte hinzu: «Nützen wir alle Mittel der Rede und Schrift, der Betätigung einzelner und des Zusammenwirkens vieler, die uns in den verschiedenen Ländern zu Gebote stehen. Uns kann dabei das Tosen der chauvinistischen Strömung nicht verwirren oder schrecken, auf der geschäftskundige Prozentpatrioten, machteifrige Eroberungspolitiker und gewisse Demagogen sich treiben lassen».

Illegal reiste Clara Zetkin nach Amsterdam zu Heleen Ankersmit, um sich dort mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Frauenorganisation in mehreren Sitzungen über die von ihr geplante internationale Frauenaktion zu beraten. In Holland teilten auch die Führer der Partei ihre Auffassung und hielten eine solche Aktion für notwendig. Am 1. März 1915 teilte Clara Zetkin Alexandra Kollontai ihre Vorstellungen von den Arbeitsaufgaben der künftigen Konferenz mit: «Wir müssen versuchen, Massenkundgebungen der Frauen zu Stande zu bringen. In jeder Form. In der jetzigen Situation können die Frauen ein politischer, ein geschichtlicher Faktor sein, wenn sie erkennen, wollen und handeln.» Eine internationale Demonstration am Konferenzort solle das Signal zur Aktion in den einzelnen Ländern, besonders in den kriegführenden geben. Clara Zetkin war daran gelegen, dass die Frauen «den Männern an internationaler Gesinnung und Betätigung vorangehen. Wir werden große Widerstände zu überwinden haben. Allein das darf uns nicht beirren. Es ist eine Pflicht, schlechtweg *die* Pflicht der Stunde», dass die Frauen alles daran setzten, die Internationale der ArbeiterInnen wieder aufzurichten.

Freudig berichtete sie Angelica Balabanoff in die Schweiz, dass auch die Engländerinnen Feuer und Flamme für die Konferenz seien, «jedoch unter der Bedingung, dass ich als internationale Sekretärin Einladung, Führung und Verantwortlichkeit nach außen übernehme». Und Folgendes sei bereits vereinbart: Es würde eine internationale Zusammenkunft von Genossinnen aller Länder stattfinden; wesentlich sei, dass Genossinnen aller kriegführenden Staaten vertreten sein werden. Ihr Ziel sei die Annahme einer Erklärung, die «die grundsätzliche Stellung der Sozialistinnen zum Krieg» festlege und «den Willen zur praktischen Tat» setze.

Die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz fand vom 26. bis 28. März 1915 im Berner Volkshaus statt. Sie verabschiedete das Berner Friedensmanifest, das mit den Worten begann: «Frauen des arbeitenden Volkes! Wo sind eure Männer? Wo sind

eure Söhne?» Die Friedenskonferenz der Sozialistinnen in Bern war ein Signal zum Kampf der Frauen für den Frieden in allen Ländern, auch in den kriegführenden.

### **Literaturempfehlungen**

Betrachtet man die Fülle der Literatur zum Ersten Weltkrieg, nehmen Briefsammlungen und andere Originaldokumente in großen Zusammenstellungen zum Kampf der Sozialistinnen gegen den Krieg einen verschwindend kleinen Raum ein.

Ein erstes ausführliches literarisches Dokument darüber legte die beinahe und zu Unrecht in Vergessenheit geratene Angelica Balabanoff vor: «Die Zimmerwalder Bewegung 1914–1919» (erschieden in: Grünberg-Archiv, XII. Jg., Leipzig 1926), ergänzt durch ihre 1959 verfasste und 2013 von Jörn Schütrumpf in deutscher Sprache wieder herausgegebene Schrift «Lenin oder: Der Zweck heiligt die Mittel. Erinnerungen», wofür ihm Dank gilt.

Zu erwähnen sind auch die grundlegende Forschungs- und Herausgearbeit am ehemaligen SED-Parteiinstitut in Berlin: «Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung», hier insbesondere Bd. 1 der Reihe II: Juli 1914–Oktober 1917 (Berlin 1958), die von Horst Lademacher herausgegebene zweibändige Ausgabe «Die Zimmerwalder Bewegung. Protokolle und Korrespondenzen» (Mouton u. a. 1967) sowie die Arbeit von Jürgen Rojahn: «Um die Erneuerung der Internationale: Rosa Luxemburg contra Pieter Jesses Troelstra. Zur Haltung der radikalen Linken in Deutschland nach dem 4. August 1914» (in: International Review of Social History, Assen 1985).

Ein großes Briefzeugnis im Kampf gegen den Ersten Weltkrieg sind die Briefe von Rosa Luxemburg (Gesammelte Briefe, Bd. 5, Berlin 1984), publiziert unter der redaktionellen Leitung von Annelies Laschitza. Weniger bekannt sind die von Doris Kachulle herausgegebenen Briefe einer sozialdemokratischen Arbeiterfamilie aus dem Ersten Weltkrieg «Die Pöhlands im Krieg» (Köln 1982). Ein beeindruckendes Briefzeugnis fügte 2005 der Historiker Heinz Deutschland hinzu mit der Herausgabe des Briefwechsels zwischen Käte und Hermann Duncker 1915 bis 1917 unter dem Titel «Ich kann nicht durch Morden mein Leben erhalten» (Bonn 2005). Nicht unerwähnt soll in diesem Zusammenhang auch die zweibändige Publikation von Dokumenten durch Sabine Hering und Cornelia Wenzel aus dem Archiv der deutschen Frauenbewegung sein: «Frauen riefen, aber man hörte sie nicht. Die Rolle der deutschen Frauen in der internationalen Frauenfriedensbewegung 1893–1933» (Kassel 1986).

Reiner Tosstorff

## **DIE ANTIKRIEGSBEWEGUNG IM RHEIN-MAIN-GEBIET**

Das Rhein-Main-Gebiet mit der Stadt Frankfurt im Mittelpunkt war zwar keine der Geburtsstätten der industriellen Revolution in Deutschland. Aufgrund seiner zentralen Lage im Westen Deutschlands bildete es jedoch schon vor Jahrhunderten einen Knotenpunkt im sich entwickelnden Handel. Die Freie Reichsstadt Frankfurt spielte bereits im ausgehenden Mittelalter deshalb – auch aufgrund ihrer politischen «Neutralität» im Kampf der deutschen Teilstaaten um die Hegemonie – immer wieder eine bedeutsame Rolle, sei es als Krönungsstadt der Kaiser im 1806 untergegangenen «Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation», sei es dann in der Revolution von 1848 als Sitz der deutschen Nationalversammlung. Frankfurt galt als ein Zentrum des Liberalismus, wozu nicht zuletzt auch sein vergleichsweise hoher jüdischer Bevölkerungsanteil beitrug.<sup>1</sup>

War Frankfurt traditionell die Stadt des Handels und des sich entwickelnden Finanzmarkts, so entstanden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts um die 1866 von Preußen annektierte Stadt (ebenso wie auch das angrenzende Herzogtum Nassau) herum eine Reihe kleinerer Industrieorte. Sie gehörten schon zur zweiten Welle der Industrialisierung, die sich auf Basis der Chemie- und Elektroindustrie sowie der Metallverarbeitung vollzog. Im Westen der Stadt lag die für ihre Chemiefabrik bekannte Gemeinde Höchst (die dann in der Weimarer Republik eingemeindet wurde). Ein für die Metallindustrie bedeutsamer Ort im Norden Frankfurts war die Stadt Bockenheim, die ab 1895 ebenfalls zu Frankfurt gehörte. In den folgenden Jahren wurden

1 Dieser Beitrag ist eine stark komprimierte Zusammenfassung der entsprechenden Kapitel meiner in Entstehung befindlichen, von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Biografie von Robert Dißmann. Dort werden auch ausführliche Belege und Nachweise zu finden sein. Vgl. dazu Tosstorff, Reiner: Robert Dißmann. Zwischen Metallarbeitergewerkschaft und linker Sozialdemokratie, in: *Moving the Social - Journal of Social History and the History of Social Movements* [Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen] 51 (2014), S. 95–125.

weitere Orte des Landkreises Frankfurt eingemeindet. Aber auch im zu Frankfurt gehörenden Gallus-Viertel (am westlichen Rande der «alten» Stadt) gab es unter anderem mit den Adler-Werken, vor dem Ersten Weltkrieg Pioniere im Fahrzeugbau, einen bedeutenden Industriestandort. Ein Stück östlich von Frankfurt befand sich mit Hanau ein Zentrum unter anderem der Edelmetallverarbeitung mit ihrer spezifischen Struktur kleinerer und mittlerer Betriebe mit stark handwerklich geprägten Facharbeitern.

All diese Orte waren Teil der preußischen Provinz Hessen-Nassau, nicht aber das benachbarte Großherzogtum Hessen-Darmstadt mit der südlich an Frankfurt angrenzenden Stadt Offenbach, einem Zentrum der Lederindustrie und Hochburg der Sozialdemokratie, wo sie bei Gemeindewahlen bereits vor dem Ersten Weltkrieg absolute Mehrheiten erzielte. Offenbach dagegen zählte nicht zu der hier nachfolgend untersuchten sozialdemokratischen Struktur. Diese richtete sich nach den Reichstagswahlkreisen aus und diese wiederum nach den Teildürstentümern des Deutschen Reichs. Der SPD-Agitationsbezirk Rhein-Main mit Zentrum in Frankfurt umfasste folgerichtig (bis auf wenige Ausnahmen) die entsprechenden preußischen Wahlkreise. Die großherzoglich-hessischen Wahlkreise bildeten dagegen eine eigene Landesorganisation, die aufgrund der vergleichsweise liberalen Verfassung des Landes eine Hochburg des Reformismus darstellte und im Krieg wenig Bedeutung für die Herausbildung der Parteioption haben sollte (auch wenn Offenbach sehr bald eine Hochburg der radikalen Linken wurde). Somit bleiben diese Wahlkreisorganisationen außer Betracht dieser Skizze, auch wenn sie in einem rein geografischen Sinne zu einem nicht unwichtigen Teil zum Rhein-Main-Gebiet zu zählen sind. Stattdessen liegt der Fokus ganz auf Frankfurt und den beiden unmittelbar angrenzenden Wahlkreisen im Westen und im Osten beziehungsweise Nordosten.

1884 gewann in Frankfurt bei den Reichstagswahlen erstmals ein Sozialdemokrat (allerdings zunächst, weil Bismarck bewusst die Linksliberalen schädigen wollte und deshalb gegen ihren Kandidaten einen rechtsliberalen Gegenkandidaten protegierte, der somit das bürgerliche Lager spaltete). Auch im Wahlkreis Höchst–Bad Homburg–Obertaunus setzte sich 1893 zum ersten Mal ein Sozialdemokrat durch, und Bockenheimer–Hanau–Gelnhausen galt schon seit 1881 als eine der roten Hochburgen. Der Zuschnitt der Wahlkreise blieb im Kaiserreich unverändert, während sich die Stadtgebiete – und damit auch der Einzugsbereich der kommunalen Vertretungen – durch Eingemeindungen veränderten. Doch die Grundlage der Partei bildeten trotzdem weiterhin die Vereine in den Reichstagswahlkreisen, sodass in vielen Fällen deren Struktur vor allem nach der Jahrhundertwende nicht mehr mit den kommunalen Grenzen vollständig übereinstimmte.

Der Ortsverein Bockenheimer zum Beispiel gehörte zum Wahlkreisverein Hanau, seine Mitglieder bestimmten also den entsprechenden Reichstagskandidaten, während sie zugleich über die Kommunalwahlen den Frankfurter Stadtrat mitbestimmten. Dennoch gehörten sie nicht zum Frankfurter Wahlkreisverein. Lange Jahre war



dies ohne größere Bedeutung, da für die Kommunalvertretungen in Preußen, um vom Landtag gar nicht erst zu reden, kein allgemeines Wahlrecht galt. Erst nach 1900 rückten verstärkt Sozialdemokraten in die preußischen Kommunalparlamente ein. Für die Partei konnten sich aber Probleme ergeben, wenn die politische Ausrichtung der Wahlkreisvereine unterschiedlich war, sie aber – auf kommunaler Ebene – zusammenarbeiten mussten. Dies sollte insbesondere für den Parteibezirk Frankfurt, das preußische Rhein-Main-Gebiet, von Bedeutung werden. Wichtig waren hier die drei genannten Wahlkreise, zu denen noch einige weitere hinzukamen, die sich bis an die Lahn nach Mittelhessen erstreckten, in denen die Partei aber nicht so einflussreich war. Während Hanau eine Hochburg des radikalen Flügels war – nicht zufällig hielt in Bockenheim Rosa Luxemburg im Jahr 1913 ihre berühmte Rede gegen den Militarismus, denn der Wahlkreisverein hatte sie zum Parteitag nach Jena delegiert, der den Anlass dafür gab –, war Frankfurt gespalten. Der linksliberale Geist in der Stadt wirkte auch auf eine in der Stadtverordnetenversammlung immer stärker vertretene Partei anziehend und gab dem reformistischen Flügel Auftrieb, der nach 1910 den Vereinsvorstand bestimmte, ohne allerdings wirklich dominieren zu können.

Am bedeutsamsten war die Kontrolle, die der Vorstand – vermittelt über den Chefredakteur und Reichstagsabgeordneten Max Quarck (1860–1930) – auf das Parteiorgan *Volksstimme* ausübte. Quarck galt als eine Art «graue Eminenz» der Partei, ein Mann mit großen historischen Kenntnissen – er publizierte viel zur Geschichte der Arbeiterbewegung wie auch zu Fragen der Sozialpolitik –, und war in mancherlei Hinsicht ein Einzelgänger, der zudem vielerlei Kontakte zu linken wie liberalen Intellektuellen pflegte, von Robert Michels bis zu Max Weber. Seine politischen Sympathien galten zweifellos dem reformistischen Flügel, was sich auch in der Bevorzugung entsprechender Autoren oder in eigenen eigenwilligen Leitartikeln in der *Volksstimme* niederschlug. Dies führte in den Jahren unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg zu ständigen Konflikten im «Agitationsbezirk» der Partei, wie die Regionalorganisation offiziell hieß. Denn die *Volksstimme* war nicht nur ein lokales Organ, sondern auch die einzige Parteizeitung im Bezirk, dessen radikal ausgerichtete Vereine sich zunehmend nicht mehr darin wiederfanden. So waren die Bezirkskonferenzen immer wieder von Konflikten um die Zusammensetzung der Redaktion gekennzeichnet. Quarck wurde verpflichtet, einige neue Redakteure zu akzeptieren, ohne allerdings seinen bestimmenden Einfluss aufgeben zu müssen.

Im Jahr 1912 schied der bisherige, zum Parteizentrum gehörende Bezirkssekretär aus und wurde durch den seit 1908 als Hanauer Parteisekretär wirkenden Robert Dißmann (1878–1926) ersetzt. Dieser kam aus der Metaller-Gewerkschaft, deren Geschäftsführer er von 1900 bis 1905 in Barmen gewesen war, dann von 1905 bis 1908 in Frankfurt. Dort war er – ehrenamtlich – auch Mitglied im Frankfurter Parteivorstand gewesen und hatte daran Anteil, den Verein bis zum Ende des Jahrzehnts auf einem linken Kurs zu halten, bis er dann nach Hanau wechselte. Dißmann konnte sich im Bezirksvorstand auf eine Mehrheit von Vertretern aus den Vereinen außerhalb

Frankfurts stützen, stand aber immer in Konfrontation zur Frankfurter Parteiführung, auch wenn diese innerhalb ihres Vereins von einer kurz vor dem Krieg deutlich anwachsenden linken Strömung herausgefordert wurde.

Auch im Rhein-Main-Gebiet riss in den Tagen unmittelbar vor dem 1. August 1914 die Mobilisierung gegen den Krieg die Partei mit. Die Veranstaltungen in Frankfurt übertrafen die Erwartungen selbst einer an Massenkampagnen gewöhnten Parteiführung. «Noch niemals zuvor waren Versammlungen so stark besucht», hieß es am 29. Juli in der *Volksstimme*. Die Veranstaltung im Gewerkschaftshaus war so überlaufen, dass sie geteilt werden musste und eine zweite im Hof abgehalten wurde. «Und auch dieser war unzureichend, um die Massen zu fassen. Nicht Hunderte, Tausende von Menschen mußten wieder umkehren, weil sie keinen Platz fanden. Das gleiche Bild in Bornheim und im Westend. Auch hier standen die Menschen Kopf an Kopf bis auf die Straße. Und sie alle waren sich des Ernstes der Stunde bewusst, sie alle waren erfüllt von dem Gedanken: Nur keinen Krieg!» Ähnliche Berichte kamen aus vielen Orten der Umgebung. Dißmann meinte in seiner Rede in Frankfurt warnend, sollte es trotz aller Proteste zu einem Krieg kommen, so könnten seine Verursacher letztlich im Abgrund verschwinden. Doch noch überwog die Erwartung, man könne die Katastrophe aufhalten, was sich dann innerhalb weniger Tage als Illusion erwies.

Es gibt Berichte, nach denen aus den lokalen Parteiorganisationen in Frankfurt – dort auf Initiative von Dißmann – und in Hanau noch am 3. August an die Reichstagsfraktion appelliert wurde, Kriegskrediten nicht zuzustimmen. Doch am 4. August fiel bekanntlich eine gegenteilige Entscheidung, und die Partei im Rhein-Main-Gebiet folgte nun offiziell der Burgfriedenspolitik. Viele Mitglieder wurden eingezogen (in Frankfurt sank die Zahl der Parteimitglieder von 11.000 im Jahr 1914 auf 3.500 im Jahr 1916). Die lokale Parteiarbeit wurde erheblich beeinträchtigt. Zensur und Kriegszustand sorgten dafür, dass öffentliche Diskussionen faktisch nicht mehr möglich waren. Die Parteizeitung, sowieso schon vom rechten Flügel dominiert, stellte sich nun ganz in den Dienst der Kriegspropaganda. Plötzlich war es nicht mehr das zaristische Russland, das den Anlass für die Kriegsunterstützung lieferte. Max Quarck fand in Großbritannien den eigentlichen Verursacher. Der britische Imperialismus habe den Krieg zur Ausschaltung der deutschen Konkurrenz vom Zaun gebrochen. Das bedrohe den hohen Lebensstandard und die Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung, weswegen man den Krieg des Reichs unterstützen müsse. So hieß es nun in der *Volksstimme*. Dass auch weiterhin keine kritischen Fragen in der Parteizeitung auftauchen würden, das sicherte Quarck dem General, der die oberste Zivilgewalt in dem für das Rhein-Main-Gebiet zuständige Generalkommando ausübte, in einem vertraulichen Gespräch zu.

Doch die Antikriegskräfte, zunächst demoralisiert und isoliert, kamen schnell wieder auf die Beine. In Frankfurt war es neben Dißmann zunächst vor allem der seit wenigen Jahren erst in der lokalen Parteiorganisation aktive Paul Levi (1883–1930), der sich schon einen Namen als Rechtsanwalt, unter anderem für Rosa Luxemburg,

gemacht hatte. Sie artikulierten die Oppositionsmeinung und sammelten Gleichgesinnte in der Partei. Dabei war ihre Situation nicht einfach, denn der Frankfurter Parteivorstand war fest auf Kriegskurs. In den anderen Vereinen sah es allerdings anders aus. Vor allem in Hanau waren die KriegsgegnerInnen, nachdem sich die Partei wieder gefasst hatte, deutlich in der Mehrheit. Auch in Höchst war die Stimmung eher gegen den Krieg, während die anderen, nicht so mitgliederstarken Kreise hin und her schwankten. Als im Juni 1915 auf Initiative der Gruppe um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht das sogenannte Unterschriftenflugblatt zustande kam – eine Aufforderung der unterzeichnenden Funktionäre an den Parteivorstand, den Burgfrieden aufzukündigen und zu einer Politik des Klassenkampfes zurückzukehren –, fand dies auch große Zustimmung im Agitationsbezirk Frankfurt: Mindestens sieben Mitglieder aus Frankfurt, zwei aus Höchst, einer aus Wiesbaden und allein 34 aus Stadt- und Landkreis Hanau unterzeichneten. (Es gibt verschiedene Ausgaben dieses Flugblatts, die sich aber nur durch die Anzahl der Unterschriften unterscheiden: von rund 700 bis über 1.000.)

Entscheidend für die weitere Entwicklung der Opposition im Bezirk war die Frankfurter Parteiorganisation. Hier erwies es sich von Vorteil, dass mit dem Bezirkssekretär ein fest in der lokalen Partei Verankerter der Mittelpunkt des Widerstandes war. Da Robert Dißmann auch Mitglied im Parteiausschuss war, einem Beratungsgremium für den Parteivorstand, und durch sein Wirken auf den Parteitagen reichsweit gut vernetzt war, stellte er sehr schnell Verbindungen nach Berlin her, etwa zu Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, aber auch nach Stuttgart zu Clara Zetkin. Es kam noch in den ersten Monaten nach dem 4. August in Frankfurt zu mehreren Besprechungen der Linken, auf denen unter anderem die Initiative zu einer Zeitschrift der Kriegsopposition ergriffen wurde, die dann nur in einer Nummer erschienene *Die Internationale*.

Die Frankfurter Parteioption erhielt sehr bald eine bedeutende Verstärkung durch die erzwungene Rückkehr eines Frankfurter Mitglieds aus «beruflichem Exil» in Paris. Tony (Toni) Sender (1888–1964) war als kaufmännische Angestellte 1910 nach Frankreich gegangen. Nach Kriegsausbruch musste sie das Land verlassen. Sie war bereits in der Frankfurter Partei wie in der Büroangestelltengewerkschaftsbewegung aktiv gewesen und war während ihres Aufenthalts in Paris Mitglied der französischen Sozialisten. Sie nahm sofort nach ihrer Rückkehr, als sie von Dißmanns Bestrebungen erfuhr, Kriegsgegner zu sammeln, Kontakt zu ihm auf und wurde nun seine vielleicht wichtigste Mitarbeiterin, neben ihm die Seele der Kriegsopposition im Parteibeizirk. Sie nahm auch an der von Clara Zetkin in Bern im März 1915 organisierten internationalen sozialistischen Frauenfriedenskonferenz als eine der wenigen deutschen Delegierten teil. Über all diese und die darauffolgenden Aktivitäten in Frankfurt und im Rhein-Main-Gebiet hat sie eine der wenigen Augenzeugenberichte in ihren Memoiren hinterlassen. Dort kann man beispielsweise nachlesen, wie sie nach ihrer Rückkehr die konspirative Verteilung des Manifests der Friedenskonferenz

organisierte, während man im Hessischen Staatsarchiv die aufgeregten Polizeiberichte über die Fahndung nach den «Tätern» findet, die jedoch unerkant blieben.

Diese Mobilisierung gegen den Krieg blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Partei. Der Frankfurter Vorstand, der auf den ersten Mitgliederversammlungen nach Kriegsausbruch noch schnell einige Vertreter des linken Flügels hatte herausdrängen können, war im Frühjahr und Sommer 1915 gezwungen, eine Diskussion über die Perspektiven des Krieges zuzulassen. Obwohl viele aktive Mitglieder an der Front standen, darunter oftmals diejenigen, die zum linken Parteiflügel tendierten, während die Angestellten aus Partei, Gewerkschaft und Genossenschaften oftmals in der Heimat verblieben waren, wo sie sich zumeist hinter die offizielle Parteilinie stellten und entsprechend in der Partei wirken konnten, machte sich die Ernüchterung angesichts des Kriegsverlaufs bald bemerkbar. Nach einigen Diskussionsveranstaltungen – teils mit Kritikern, teils mit Befürwortern des Krieges aus der Reichstagsfraktion – musste der Frankfurter Vorstand feststellen, dass seine Mehrheit zu bröckeln begann. Er zog daraus die Konsequenz: Mitgliederversammlungen gab es fürs Erste nicht mehr.

Der Opposition schien damit die wichtigste Auftrittsmöglichkeit entzogen zu sein, zumal auch die Kontrolle über die Distriktorganisationen (in den Stadtteilen) verstärkt wurde. Doch sie fand einen Ausweg. In Frankfurt hatte es bis dahin keinen Ortsverein der proletarischen Freidenker gegeben. Er wurde nun gegründet, und damit hatte die Opposition einen legalen Rahmen, in dem sie sich organisieren konnte: Diskussionsveranstaltungen – nach außen hin als Bildungsarbeit zu unverfänglichen Themen getarnt – wurden durchgeführt, der Kontakt der oppositionellen Mitglieder wurde hier geknüpft und vertieft. In ähnlicher Weise richtete man eine spezielle Jugendsektion der Freidenker ein, denn die Frankfurter Arbeiterjugend, die Jugendorganisation der SPD, stand wie die Partei unter der Kontrolle der KriegsbefürworterInnen. Es dauerte einige Zeit, bis der Partei klar wurde, was sich hier abspielte. Im Februar 1916 führte Friedrich Ebert vor dem Parteiausschuss Klage gegen die Frankfurter Opposition, sie betreibe Sonderbündelei. Im Monat darauf fasste der Frankfurter Parteivorstand den Beschluss, Mitglieder der Freidenker könnten keine Parteifunktionen mehr bekleiden. In der Arbeiterjugend wurden ihre UnterstützerInnen gleich ausgeschlossen. So blieb es das große Handicap der Opposition in Frankfurt, dass sie keine Funktionen innerhalb der Organisation ausübte, was zwar nichts über die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse aussagte, aber darüber, wer bei Kriegsbeginn die entscheidenden Positionen innehatte. Die Opposition war in Frankfurt ein reiner Zusammenschluss von Mitgliedern an der Basis – im Unterschied zu den Wahlkreisen Hanau und Höchst, wo sie in den Vorständen stark präsent war und schließlich 1917, bei der Spaltung der Partei, über die Mehrheit verfügte.

Zudem war die gesamte Oppositionsentwicklung davon bestimmt, dass die soziale und politische Trägerschaft der Partei und damit ihr wichtigster Ansprechpartner, die aktive Basis der jüngeren und mittleren (männlichen) Jahrgänge, durch die Einberufungen weitgehend abhanden kam. Nun übernahmen die Frauen, die bis dahin

oftmals im Schatten der Männer gestanden hatten, eine größere Verantwortung. Den wenigen noch nicht einberufenen Männern im wehrfähigen Alter drohte zudem immer wieder die Gefahr, vom Militär geholt zu werden, wenn sie sich zu sehr exponierten. Deshalb bemühten sie sich oft stillzuhalten, wenn sie nicht die Parteilinie vertraten. Denn der Parteiapparat konnte sich leicht kritischer Geister entledigen, indem entsprechende Hinweise an die Militärbehörden gingen. Das mussten zwei wichtige Vertreter der Parteiopposition in Frankfurt erfahren: Paul Levi, der im April 1915 vermutlich denunziert wurde, und im August 1915 Robert Dißmann. Insbesondere seine Einberufung war ein schwerer Schlag, da viele Verbindungen zur reichsweiten Opposition über ihn liefen. Dißmann kam jedoch aufgrund seines gesundheitlichen Zustands gar nicht an die Front und konnte nach fast einem Jahr in Militärkrankenhäusern im Sommer 1916 nach Frankfurt zurückkehren. Auch Levi, der allerdings zunächst an der Front im Elsass gewesen war, gelang es schließlich aus gesundheitlichen Gründen und nach einem längeren Genesungsaufenthalt in der Schweiz – wo er Kontakt mit den bolschewistischen Emigranten aufnahm –, wenigstens in die Nähe von Frankfurt zurückversetzt zu werden.

Die politische Entwicklung der Parteiopposition verlief allerdings im Rhein-Main-Gebiet genauso wenig einheitlich wie in ganz Deutschland, sondern parallel zur Spaltung zwischen dem «Zentrum» um die Minderheit in der Reichstagsfraktion – angeführt von dem Ko-Parteivorsitzenden Hugo Haase – und der radikalen Linken um Luxemburg und Liebknecht (Gruppe Internationale bzw. dann Spartakusgruppe). Paul Levi hatte bereits bei den ersten Diskussionen im August und September 1914 im Sinne der Letzteren argumentiert und geriet schnell in Konflikt mit Dißmann, der aufgrund alter Verbindungen zur Haase-Gruppe neigte und deshalb auch für ein vorsichtiges Vorgehen plädierte. In Frankfurt folgte ihm, dem anerkannten Wortführer der Parteilinken und Bezirkssekretär, die Mehrheit der KriegsgegnerInnen. Zur radikalen Linken tendierten vor allem die Jugendlichen (organisiert in der Jugendsektion der Freidenker), die kaum in der Partei verankert waren und keinen traditionellen Bezug zu ihr aufwiesen. Dementsprechend blieben die Radikalen in Frankfurt (sie scheinen auch im weiteren Verlauf zwischen Spartakusgruppe und Linksradikalen hin und her geschwankt zu haben) auch im weiteren Kriegsverlauf marginal und standen ganz im Schatten der «zentristischen» Parteiopposition. Anders sah es in Hanau aus, wo man sich aufgrund der alten Verbindungen zu Rosa Luxemburg mit großer Mehrheit zur Gruppe Internationale bekannte. Entsprechende Differenzen zeigten sich bald, als im Laufe des Jahres 1916 die Bezirksorganisation der Partei reaktiviert wurde. An dieser politischen Konstellation änderte sich auch nichts, als Dißmann im Sommer 1916 endgültig vom Militär als dienstuntauglich entlassen wurde und er sofort wieder seine Position als Bezirkssekretär ein- und seine Mitgliedschaft im Parteiausschuss aufnahm.

Was die Opposition insgesamt vor allem schwächte, war die Entwicklung der *Volksstimme*. Obwohl es unter den Redakteuren auch einige Kriegsgegner gab, blieb die Zeitung fest unter Kontrolle des Frankfurter Vorstandes unter der Aufsicht von

Quarck. Nur in gelegentlichen Berichten, wenn es unvermeidlich war, fand die Opposition Erwähnung, etwa wenn es um die Reichstagsfraktion oder die Reichskonferenz 1916 ging oder anlässlich von sporadischen Auftritten kriegsgegnertischer Abgeordneter. Die Zeitung stand ansonsten fest hinter Ebert und Scheidemann. Das rief heftige Kritik in den Nachbarkreisen Frankfurts hervor, die sich mit einer solchen Linie nicht mehr abfinden wollten. Es kam zu erbitterten Auseinandersetzungen mit der Pressekommission des Bezirks, in der die Vertreter aus den kriegsgegnertischen Kreisvereinen die Mehrheit hatten. Auch die Parteiführung musste sich damit beschäftigen, die natürlich wusste, wen sie zu unterstützen hatte, und deshalb massiv eingriff.

Der Frankfurter Konflikt war nur eine von mehreren heftigen Auseinandersetzungen um die Parteipresse, bei der die Parteimehrheit nicht nur mit juristischen Schritten drohte, sondern vor allem auf die Unterstützung durch die Armee zählen konnte, die aufgrund des Kriegszustandes weitgehend die exekutive Gewalt im Land übernommen hatte. Die Frankfurter Partei pochte zudem auf das Recht des Eigentümers, sodass der Opposition nichts anderes übrig blieb, als sich auf kritische Parteiorgane von außerhalb zu verlassen, was natürlich keinen wirklichen Ersatz darstellte. An die Gründung einer neuen Zeitung war aufgrund des Krieges – und natürlich der Schwierigkeit der Beschaffung entsprechender finanzieller Mittel – nicht zu denken. Somit musste die Opposition 1916 auf das wichtigste Ausdrucks- und Organisierungsmittel gerade zu einem Zeitpunkt verzichten, als die Stimmung angesichts von Kriegsverlauf und Versorgungssituation endgültig kippte und vor allem die Gewerkschaften, die durch die Einberufungen ebenfalls einen drastischen Einschnitt erlebt hatten, wieder einen langsamen Mitgliederanstieg zu verzeichnen begannen.

Die Auseinandersetzung im Rhein-Main-Gebiet spitzte sich im Verlauf des Jahres 1916 parallel zu der Gesamtentwicklung auf Reichsebene zu. Von hier aus hatte man sich immer wieder an den verschiedenen Oppositionstreffen beteiligt. Folgerichtig wurde auch hier der Spaltungsbeschluss umgesetzt, den die Mehrheit auf der Parteiausschusssitzung Ende Januar 1917 verkündete. Die Opposition habe sich mit der Abhaltung einer Konferenz Anfang des Monats «außerhalb der Partei gestellt». Zwar sah das Parteistatut weder Kollektivausschlüsse vor, noch war der einzig den Parteivorstand beratende Parteiausschuss zu organisatorischen Maßnahmen berechtigt. Doch die Parteiführung hatte den Staat im Rücken, und so wurden umgehend Ausschlussbeschlüsse – wie in Frankfurt, wo der lokale Vorstand hinter der Parteiführung stand – an die bekannten Oppositionellen verschickt. In den übrigen Wahlkreisen allerdings, wo die Mehrheitsverhältnisse andere waren, verlief die Auseinandersetzung auch entsprechend. Man setzte den Ausschluss nicht um, sondern beschickte, wie etwa aus Hanau, die Oppositionskonferenz zu Ostern 1917, auf der die USPD gegründet wurde. In den folgenden Wochen schloss sich aus dem Bezirk Rhein-Main die Mehrheit der Kreisvereine der USPD an. (Da das Büro eben auch dem Bezirk gehörte, musste der Reichskassierer der SPD, Otto Braun, unverrichteter Dinge wieder abziehen, als er versuchte, sich dessen zu bemächtigen.) In Frankfurt allerdings,

der wichtigsten Stadt, musste sich die USPD aus den Ausgeschlossenen komplett neu gründen. Alle organisatorischen Einrichtungen mussten neu geschaffen werden. Die USPD verfügte jedoch mit Robert Dißmann, unterstützt von Toni Sender, und einer Reihe weiterer erprobter Mitglieder über ein angesehenes «Startkapital» und gewann schnell die Mehrheit im Deutschen Metallarbeiter-Verband der Stadt, was half, in den wichtigen Betrieben ein Vertrauensleutenetz aufzubauen. In Frankfurt, wie insgesamt in der Rhein-Main-Region, kam es jedoch Anfang 1918 (wie auch schon im Jahr 1917) nicht zu großen Streiks wie in anderen Teilen des Reichs.

Doch mit der sich abzeichnenden Niederlage Deutschlands im Verlauf des Jahres 1918 konnte die neue Partei auch an die Öffentlichkeit treten und eine Reihe von Großveranstaltungen durchführen, an denen es starkes Interesse gab. Allerdings blieb der Versuch, ein eigenes Parteiorgan zu schaffen, wie zuvor schon bei der Opposition innerhalb der Partei, stecken. Wie die USPD-Führung insgesamt sollte auch Dißmann, der seine Funktion als Bezirkssekretär in der neuen Partei fortführte und den engsten Kontakt zur Parteiführung in Berlin hielt, das Tempo der Entwicklung zunächst noch unterschätzen. Im Juli 1918 bezeichnete er auf einer Bezirkskonferenz eine revolutionäre Entwicklung erst für den kommenden Winter als möglich, wenn es zu einer drastischen Nahrungsmittelknappheit käme. Als sich jedoch die Nachrichten vom Zusammenbruch der Front überschlugen, fuhr er zu einer Beratung des erweiterten USPD-Parteivorstandes am 7. November nach Berlin. Am Morgen des 8. traf er wieder in Frankfurt ein, überzeugt von der Notwendigkeit, sofort Aktionen anzukurbeln. Während die USPD in den folgenden Stunden den Generalstreik in den Frankfurter Betrieben organisierte, traf fast zeitgleich der erste Trupp von Matrosen aus Kiel in der Stadt ein. Es begann damit aber auch zugleich eine Art Wettrennen mit der SPD, die sich zusammen mit den bürgerlichen Parteien bemühte, die Entwicklung nicht außer Kontrolle geraten zu lassen, während sie gleichzeitig mit der USPD über die Bildung des Arbeiter- und Soldatenrats verhandelte. Innerhalb kurzer Zeit wurde die rote Fahne auf dem Römer gehisst; Ähnliches vollzog sich in den übrigen Städten und Gemeinden im Rhein-Main-Gebiet. In den folgenden Monaten konstituierte sich dort auch die KPD, insbesondere durch den Übertritt der Mehrheit der Hanauer USPD-Mitglieder. Doch das ist schon Teil der Geschichte der Novemberrevolution im Rhein-Main-Gebiet.

### **Weiterführende Literatur**

(teilweise mit umfangreichen Dokumenten und Materialien)

Neuland, Franz: Der Weltkrieg, die Frankfurter Arbeiterschaft und ihre Organisationen, in: Ein Krieg wird ausgestellt. Die Weltkriegssammlung des Historischen Museums (1914–1918), Frankfurt a.M. 1976, S. 24–60.

Neuland, Franz: Kaiser, Genossen und Soldaten. Der Erste Weltkrieg und die Arbeiterbewegung in Frankfurt und im Rhein-Main-Gebiet, Bad Homburg 2014.

Päkh, Judit (Bearb.): Frankfurter Arbeiterbewegung in Dokumenten 1832–1933, hrsg. vom Verein für Frankfurter Arbeitergeschichte e.V., Teil: 2. Vom Ersten Weltkrieg bis zur faschistischen Diktatur 1914–1933, Frankfurt a.M. 1997.

Päkh, Judit (Bearb.): Das rote Hanau. Arbeit und Kapital 1830–1949. Darstellung und Dokumente, Hanau 2007.

Henning Holsten

## **«DIE LAGE WIRD BEDROHLICH. (IN NEUKÖLLN GEHT DAS BESONDERS SCHNELL.)»**

### **PROLETARISCHER WIDERSTAND UND PROTEST IN EINER GROSS-BERLINER VORSTADTGEMEINDE**

Am 19. April 1918 erhielten die Berliner Zeitungsredaktionen per Rohrpost eine ungewöhnliche Pressemitteilung. Unter der Überschrift «Durchsuchung im Neuköllner Rathaus» erfuhr die Hauptstadtresse von einer Polizeirazzia in der zweitgrößten Berliner Vorortgemeinde, bei der die Staatsanwaltschaft sogar die Amtsräume des Oberbürgermeisters Kurt Kaiser stundenlang durchwühlt hatte und schließlich mit den beschlagnahmten Kassenbüchern der Stadtverwaltung abzog.<sup>1</sup> Der Neuköllner Magistrat protestierte energisch gegen diesen beispiellosen obrigkeitstaatlichen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung, der «die größten Gefahren» in sich berge.<sup>2</sup> Die Folgen bekamen als Erstes die städtischen Angestellten und die Frauen der eingezogenen Neuköllner Soldaten zu spüren, die am folgenden Tag ins Rathaus kamen, um sich ihre wöchentlichen Lohn- oder Unterstützungszahlungen abzuholen. Der Tumult, der ausbrach, als sie von den Kassenbeamten erfuhren, dass man ihnen ohne Bücher keine Gelder auszahlen könne, wurde in zeitgenössischen Presseberichten anschaulich beschrieben:

«Die Frauen drohen ihre Kinder in den heiligen Hallen des Magistrats auszusetzen, bis sie ihr Geld bekommen hätten. Große Ansammlungen auf der Straße. Achselzucken der Beamten. Heftige Gestikulationen der Menge. Die Lage wird bedrohlich. (In Neukölln geht das besonders schnell.) Der Stadtsyndikus, dem man die Bücher genommen hat, telephonierte dringlich dem Staatsanwalt. Nach 15 Minuten kommen die dicken Bücher im Automobil wieder an. Die Kasse kann wieder auszahlen. Aber die Bücher bleiben beschlagnahmt.»<sup>3</sup>

1 Das maschinenschriftliche Original befindet sich in den Neuköllner Rathausakten im Landesarchiv Berlin [LAB] A Rep. 044-03, Nr. 378.

2 «Die Haussuchung im Neuköllner Rathause», in: Berliner Volkszeitung vom 22.4.1918.

3 «Neukölln – Ein Zwischenspiel», in: Westfälische Volkszeitung vom 29.4.1918. Der Bericht erschien erstmals am 22. April 1918 in der *Neuen Hamburger Zeitung* und wurde in den Folgetagen von Zeitungen im ganzen Reich von München bis Stettin nachgedruckt.



Dass derartige Szenen im Neuköllner Rathaus offenbar schon länger an der Tagesordnung waren, brachte nur zwei Tage darauf ein aufsehenerregender Gerichtsprozess ans Licht. Angeklagt war der Sozialdemokrat Paul Koch, der im Juni 1917 das Büro des Oberbürgermeisters gestürmt und ihn unter heftigen Beschimpfungen zum Rücktritt aufgefordert hatte. Die Situation eskalierte, der Streit wurde handgreiflich und endete mit einer zünftigen Tracht Prügel für das überrumpelte Stadtoberhaupt. Dennoch verzichtete Kaiser auf eine Anklage und äußerte vor Gericht sogar Verständnis für den verzweifelten Arbeiter, der aus Sorge um seine hungernde Familie (Kochs hochschwangere Frau war an Tuberkulose erkrankt) die Nerven verloren habe. Andere Magistratsbeamte bestätigten, dass es wegen der Versorgungskrise im Vorjahr wiederholt zu Massenaufmäufen empörter Frauen gekommen sei, die zu Hunderten das Rathaus und mehrmals sogar die Privatwohnung des Oberbürgermeisters gestürmt hatten, um ihrem Unmut über die katastrophale Lage Luft zu verschaffen.<sup>4</sup>

Berichte wie diese sind Ausdruck der prekären Situation an der Groß-Berliner Heimatfront nach dem Hungerwinter 1916/17,<sup>5</sup> zeugen aber auch von einem bemerkenswerten Stimmungsumschwung, der sich trotz Pressezensur und Demonstrationsverbot im vierten Kriegsjahr offener artikulieren konnte als je zuvor. Selbst bürgerliche und konservative Blätter äußerten Verständnis und Sympathie für die «murrenden Schwerarbeiter» und «revoltierenden Hausfrauen» wie auch für den unbotmäßigen Magistrat Neuköllns, der «die schwerste Anklage, die während des Krieges gegen die Unzulänglichkeit des herrschenden Ernährungssystems vorgebracht wurde», formuliert und öffentlich gemacht hatte.<sup>6</sup> Der «Krieg gegen Neukölln»,<sup>7</sup> den Militär- und Regierungsbehörden gegen Bevölkerung und Kommunalverwaltung der verarmten Arbeiterstadt führten, bekommt durch dieses bis ins Ausland reichende Presseecho eine exemplarische Bedeutung für die zunehmende Kriegsmüdigkeit und den Zusammenbruch der Heimatfront in der Endphase des Ersten Weltkrieges.<sup>8</sup> «Neukölln ist überall» lautete schon damals der Tenor der Medienöffentlichkeit.<sup>9</sup> Warum und wie der «Fall Neukölln» zum Menetekel der wilhelminischen Kriegsgesellschaft werden konnte, soll im Folgenden näher beleuchtet werden.

4 «Der mißhandelte Oberbürgermeister», in: Berliner Volkszeitung vom 22.4.1918. Zum reichsweiten Presseecho vgl. die Zeitungsausschnittsammlung in: LAB A Rep. 044-03, Nr. 354.

5 Vgl. Baudis, Dieter: Auswirkungen des Krieges auf die Lage der Volksmassen in Berlin 1917/18, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 28 (1987), S. 305–324.

6 «Neukölln», in: Düsseldorfener Zeitung vom 23.4.1918. Zum allgemeinen Presseecho vgl. LAB A Rep. 044-03, Nr. 378.

7 «Der Krieg gegen Neukölln», in: Kleines Journal vom 29.4.1918.

8 Vgl. Daniel, Ute: Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft. Beruf, Familie und Politik im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1989, S. 345; Davis, Belinda Joy: Home Fires Burning. Food, Politics, and Everyday Life in World War I Berlin, Chapel Hill 2000, S. 216f.

9 Vgl. Buschkowsky, Heinz: Neukölln ist überall, Berlin 2012.

## Protesttradition gegen Militarismus und Obrigkeitsstaat

Neukölln war schon im ganzen Reich als proletarische Radikalenhochburg bekannt, als es noch Rixdorf hieß und als «größtes Dorf Preußens» galt.<sup>10</sup> In der rasant wachsenden Arbeiterwohnstadt im Südosten Berlins erhielt die sozialdemokratische Partei bereits zu Zeiten des Sozialistengesetzes (1878–1890) bei Wahlen absolute Mehrheiten, als sie offiziell verboten war und ihre Funktionäre als «Staatsfeinde» und «vaterlandslose Gesellen» ins Gefängnis geworfen oder außer Landes gejagt wurden. Bei den Januarwahlen 1912 erhielt der SPD-Kandidat Fritz Zubeil, der den Wahlkreis seit 1893 im Reichstag vertrat, hier fast 50.000 Stimmen (83 %).<sup>11</sup> Im Mai 1914 hatte der Neuköllner Ortsverein knapp 18.000 Mitglieder, davon bereits über 4.000 Frauen.<sup>12</sup>

Obwohl das kommunale Dreiklassenwahlrecht der bürgerlichen Minderheit bisher eine Mehrheit im Stadtparlament gesichert hatte, befürchteten Magistrat, Provinzial- und Reichsregierung angesichts dieser numerischen Übermacht, Rixdorf könne als erste preußische Großstadt in die Hände der «Umsturzpartei» fallen. Konkrete Gestalt gewann das Schreckgespenst des kommunalpolitischen Umsturzes mit dem «Rathaussturm» im Dezember 1908, als Tausende empörter Arbeiter das gerade erst eröffnete neue Rathaus umlagerten und schließlich sogar die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung sprengten, um die Verabschiedung einer umstrittenen Wahlrechtsänderung zu verhindern.<sup>13</sup> Der Wunsch, den schlechten Ruf Rixdorfs als Ort sittenloser Ausschweifungen und sozialistischer Umtriebe abzustreifen, war auch das eigentliche Motiv der 1912 vom bürgerlichen Magistrat im Alleingang durchgesetzten Umbenennung.<sup>14</sup>

Seinen reichsweiten Ruf als das «rote Rixdorf» verdankte die Stadt neben der ungewöhnlichen Größe und Militanz der lokalen Parteiorganisation vor allem dem Veranstaltungsort «Neue Welt».<sup>15</sup> In der Hasenheide feierten die Gewerkschaften seit 1891 den Kampftag der Arbeiterbewegung am 1. Mai, gab sich die Parteiprominenz vom alten Bebel bis zum jungen Liebknecht die Klinke in die Hand und fanden an Agitati-

10 Zum Folgenden vgl. Kessinger, Bernd: Neukölln. Die Geschichte eines Berliner Stadtbezirks, Berlin 2012, S. 2ff.; Kampf um Einheit und Freiheit. Sozialdemokratie in Rixdorf/Neukölln, Heft zur Ausstellung, hrsg. vom Museum Neukölln, Berlin 2013.

11 «Ergebnisse der Reichstagswahl Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg», in: Rixdorfer Tageblatt vom 13.1.1912.

12 John, Matthias: Organologisches Handbuch zu den sozialdemokratischen Funktionsträgern im spätwilhelminischen Berlin, Bd. 3, Berlin 2012, S. 140.

13 Vgl. Gößwald, Udo/Jancik, Christa: «Aufbruch in die Moderne? Rixdorf 1908», in: Kolland, Dorothea (Hrsg.): Zehn Brüder waren wir gewesen ... Spuren jüdischen Lebens in Berlin-Neukölln, Berlin 1988, S. 43f. Zum reichsweiten Pressecho des «Rixdorfer Wahlrechtsraubes» vgl. LAB A Rep. 044-02, Nr. 25.

14 Vgl. Wolff, Raymond: «Wie aus dem schlecht beleumdeten Rixdorf das schlecht beleumdete Neukölln wurde ... Eine Umbenennung», in: Mitteilungen für die Geschichte Berlins 106 (2010), Heft 3, S. 413–417; 100 Jahre Umbenennung Rixdorfs in Neukölln, Heft zur Ausstellung, hrsg. vom Museum Neukölln, Berlin 2011.

15 Vgl. Uebel, Lothar: Die Neue Welt an der Hasenheide. Über hundert Jahre Vergnügen und Politik, Berlin 1994; John, Christian: Ausverkauf der «Neuen Welt», in: Sand im Getriebe. Neuköllner Geschichte(n), hrsg. vom Neuköllner Kulturverein, Berlin 1990, S. 135–150.

onstagen regelmäßig die größten Protestversammlungen Groß-Berlins statt. Seit dem russisch-japanischen Krieg 1905 waren auch immer wieder ausländische Sozialistenführer zu Gast, die vor Tausenden ZuhörerInnen die internationale Solidarität der Arbeiterklasse beschworen.<sup>16</sup> Höhepunkt der länderübergreifenden Agitation gegen Ausbeutung, Imperialismus und Wettbewerbspolitik war der Auftritt des französischen Parteiführers Jean Jaurès am 17. November 1912 unter dem Motto «Krieg dem Kriege!».<sup>17</sup> Unter der gleichen Parole hatten sich einen Monat zuvor bereits 250.000 Groß-Berliner ArbeiterInnen im Treptower Park versammelt.<sup>18</sup> Unter dem Eindruck dieser Massenkundgebungen gelobten die Führer der Sozialistischen Internationale kurz darauf in Basel, die europäische Arbeiterbewegung werde alles in ihrer Macht Stehende tun, um das drohende «Völkerschlachten» zu verhindern.<sup>19</sup> Noch im April 1914 tagte in der Neuen Welt eine internationale sozialistische Frauenkonferenz unter dem Vorsitz Clara Zetkins, die mit einer flammenden Resolution gegen Aufrüstung und Kriegshetze schloss.<sup>20</sup>

In der Julikrise stellte sich jedoch heraus, dass die «deutsche Politik nicht in der Hasenheide gemacht» wurde, wie Reichskanzler Bülow bereits 1905 klargestellt hatte, und die Beschlüsse der Sozialistischen Internationale wenig Einfluss auf das Kalkül der europäischen Regierungen ausübten. Dennoch mobilisierte die sozialdemokratische Arbeiterschaft Groß-Berlins noch in den letzten Tagen vor Kriegsausbruch alle Kräfte, um den befürchteten Weltenbrand zu verhindern. Am 25. Juli 1914 erklärte der Parteivorstand im *Vorwärts*: «Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Es lebe die internationale Völkerverbrüderung!», und rief zu Massenkundgebungen für den Frieden auf.<sup>21</sup> Von den 27 Protestversammlungen, die am 28. Juli in Berlin und Umgebung mehr als 100.000 KriegsgegnerInnen anzogen, fanden zwei der größten in Neukölln statt.<sup>22</sup> Im «Deutschen Wirtshaus» in der Bergstraße und in den «Bartschen Festsälen» in der Hermannstraße versammelten sich Tausende ArbeiterInnen, während draußen auf den Straßen Zehntausende, die keinen Einlass gefunden hatten, dem polizeilichen Demonstrationsverbot trotzten. Es war der wohl größte politische Massenaufmarsch, den Neukölln je gesehen hatte. Nach Abschluss der Saalkundgebungen formierten sich Protestzüge – ein «mehrere tausend Mann starker Zug»

16 Zum ersten Auftritt von Jean Jaurès in der «Neuen Welt» vgl. «International Socialism and Prince Bülow», in: Times vom 10.7.1905.

17 Extraausgabe des Vorwärts vom 18.11.1912.

18 Extraausgabe des Vorwärts vom 21.10.1912. Zu den Rednern gehörten unter anderen die Neuköllner Emil Boeske und Max Groger sowie der Reichstagsabgeordnete Fritz Zubeil.

19 Vgl. Degen, Bernard: Krieg dem Kriege! Der Basler Friedenskongress der Sozialistischen Internationale von 1912, Basel 1990.

20 «Die internationale Friedensdemonstration der Genossinnen in Berlin», in: Die Gleichheit 24 (13.5.1914), S. 261–263.

21 «Aufruf», in: Vorwärts vom 25.7.1914.

22 Vgl. Wegner, Jörn: Die Antikriegsproteste der deutschen Arbeiter am Vorabend des Ersten Weltkrieges und ihre Entwaffnung durch die SPD-Führung, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 13 (2014), S. 39–52.

marschierte zum Neuköllner Rathaus, durchbrach einen Polizeikordon und wurde schließlich von der Polizei mit blankem Säbel auseinandergetrieben.<sup>23</sup>

### **Radikale Antikriegsopposition und Parteispaltung**

Diesem letzten Aufbäumen folgte nach Kriegsausbruch auch in Neukölln der totale Zusammenbruch der proletarischen Opposition. Die Verhängung des Belagerungszustandes über Groß-Berlin und der Burgfriedensbeschluss von Gewerkschafts- und Parteiführung lähmten die Organisationen der Arbeiterbewegung, die zudem unter einem massiven Mitgliederschwund aufgrund der massenhaften Truppeneinzüge und der sprunghaft ansteigenden Arbeitslosigkeit in den ersten Kriegsmonaten zu kämpfen hatten.<sup>24</sup> Widerspruch zur allgemeinen öffentlichen Kriegsbegeisterung konnte allenfalls noch parteiintern geäußert werden – so gehörte der Neuköllner SPD-Vorsitzende und *Vorwärts*-Redakteur Alfred Scholz, der noch im Juni 1914 zu einer sechswöchigen Haftstrafe wegen Majestätsbeleidigung verurteilt worden war, zur kleinen Gruppe von Parteijournalisten, die in einem Brief an den Parteivorstand die Bewilligung der Kriegskredite als «inkonsequent» und «parteischädigend» verurteilten.<sup>25</sup> Der zur Parteilinken zählende Reichstagsabgeordnete Fritz Zubeil stimmte fraktionsintern bereits Ende November 1914 gegen die Verlängerung der Kriegskredite, beugte sich in der Abstimmung am 2. Dezember aber dem Fraktionszwang der Mehrheit.<sup>26</sup>

An der Neuköllner Parteibasis konnten die radikalen KriegsgegnerInnen dennoch schon früh Fuß fassen. Bereits im Oktober 1914 fanden führende Parteilinke wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Wilhelm Pieck hier ein Publikum für ihre Kritik der Burgfriedenspolitik.<sup>27</sup> Insbesondere in der Neuköllner Arbeiterjugend konnten sie erste Anhänger rekrutieren, die später wichtige Funktionen für die revolutionäre Antikriegsagitation der Spartakusgruppe übernahmen. Die «Rixdorfer Verschwörer»<sup>28</sup> trafen sich seit dem Herbst 1914 konspirativ im «Restaurant Karls- garten» an der Hasenheide und bildeten den Keim des späteren oppositionellen

23 «Demonstrationen in der Stadt», in: *Vorwärts* vom 29.7.1914.

24 Vgl. Luban, Ottokar: Der Kampf der Berliner SPD-Basis im ersten Kriegsjahr gegen die Kriegskredit bewilligung, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 13 (2014), S. 53–65.

25 Die von neun *Vorwärts*-Redakteuren unterzeichnete Protestresolution vom 4. August 1914 ist dokumentiert in: Prager, Eugen: *Geschichte der U.S.P.D. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, Berlin 1921, S. 30f.

26 Vgl. Zilkner, Rainer: Vaterländische Disziplin, in: *Junge Welt* vom 29.11.2014. Zubeil stimmte erstmals am 21. Dezember 1915 offen gegen die Verlängerung der Kriegskredite und gehörte im März 1916 zu den Gründern der «Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft», aus der 1917 die USPD hervorging.

27 Vgl. Wohlgenuth, Heinz: *Burgkrieg, nicht Burgfriede! Der Kampf Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und ihrer Anhänger um die Rettung der deutschen Nation in den Jahren 1914–1916*, Berlin 1963, S. 68; Scholze, Siegfried: *Karl Liebknecht und die revolutionäre Arbeiterjugendbewegung in den Jahren des ersten Weltkrieges*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 14 (1972), S. 23.

28 So die Selbstbezeichnung von Gerhard Scholem, der von seinem Bruder Werner Anfang 1915 in die Gruppe eingeführt worden war; vgl. Hoffrogge, Ralf: *Werner Scholem. Eine politische Biographie (1895–1940)*, Konstanz 2014, S. 85.

Jugendbildungsvereins Groß-Berlin.<sup>29</sup> Schon im Oktober wagten Neuköllner und Britzer Jugendfunktionäre die offene Rebellion gegen die Parteiorganisation, indem sie sich weigerten, Parteiblätter mit kriegsverherrlichenden Beiträgen zu verteilen.<sup>30</sup> Sprecher der aufsässigen Jugend wie Fritz Winguth und die Brüder Bruno und Helmut Schoenlank gehörten zu den UnterzeichnerInnen einer ersten Neuköllner Solidaritätsadresse für Karl Liebknecht, der am 2. Dezember im Reichstag als erster und einziger Abgeordneter gegen die Verlängerung der Kriegskredite gestimmt hatte.<sup>31</sup>

Bereits im Januar 1915 konnte Liebknecht die Gründe seiner Ablehnung auf einer gut besuchten Neuköllner Parteiversammlung darlegen, auf der auch Fritz Zubeil und der Parteirechte Eduard David sprachen.<sup>32</sup> Der Jubel der Parteibasis für die linken Dissidenten ließ keinen Zweifel daran, dass die VertreterInnen der Burgfriedenspolitik in Neukölln schon zu diesem frühen Zeitpunkt keine Mehrheit mehr hatten.<sup>33</sup> Auf einer ähnlichen Versammlung im Juni 1915 wurde der Vortrag des bellizistischen Reichstagsabgeordneten Wolfgang Heine von wütenden Zwischenrufen wie «Wir sind vaterlandslose Gesellen und wollen es bleiben!» und «Unsere Soldaten sollen das Gewehr gegen die Tyrannen kehren!» unterbrochen.<sup>34</sup> Mittlerweile wurde der Protest auch auf die Straßen getragen: Neuköllner AktivistInnen wie Otto Franke, Adolf und Marie Adena und Friedel Gräf wirkten an der Vorbereitung der ersten Frauendemonstrationen für «Frieden und Brot» im März und Mai 1915 vor dem Reichstag mit.<sup>35</sup> Im Vorfeld einer Stadtverordnetensitzung am 21. Oktober kam es zur ersten Massendemonstration vor dem Neuköllner Rathaus. 3.000 Arbeiterinnen protestierten lautstark «gegen den Lebensmittelwucher und für den Frieden» und übergaben Oberbürgermeister Kaiser eine Protestresolution, die am Vorabend von einer Parteiversammlung unter der Leitung des Neuköllner Oppositionsführers Joachim Klüß vorbereitet worden war.<sup>36</sup>

- 29 Vgl. Luban, Ottokar: Die Auswirkungen der Jenaer Jugendkonferenz 1916 und die Beziehungen der Zentrale der revolutionären Arbeiterjugend zur Führung der Spartakusgruppe, in: Archiv für Sozialgeschichte 11 (1971), S. 185–223.
- 30 Bericht von der Sitzung des Bezirksjugendausschusses am 11. Januar 1915, in: Bundesarchiv Lichterfelde: (BArch) SAPMO RY 11/ II 107/4.
- 31 Die von 26 Neuköllner Parteimitgliedern unterzeichnete Resolution ist dokumentiert in: Bartel, Walter: Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg, Berlin 1958, S. 600f.
- 32 Vgl. Wohlgemuth: Burgkrieg, S. 90f.
- 33 Vgl. zwei Erlebnisberichte aus entgegengesetzter Perspektive von Eduard David (in: Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David. 1914 bis 1918, hrsg. von Erich Matthias und Susanne Miller, Düsseldorf 1966, S. 98f.) und Otto Franke (in: Berlin 1917–1918. Parteiveteranen berichten über die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf die Berliner Arbeiterbewegung, hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung der SED Groß-Berlin, Berlin 1957, S. 17f.).
- 34 Zit. nach: Kruse, Wolfgang: Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedenschlusses 1914/15, Essen 1994, S. 183.
- 35 Vgl. Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin 1929, S. 141; Gélicu, Claudia von: Wegweisende Neuköllnerinnen. Von der Britzer Prinzessin zur ersten Stadträtin, Berlin 1998, S. 137.
- 36 «Neukölln», in: Vorwärts vom 22.10.1915. Zu den Hintergründen vgl. Brief von Joachim Klüß an Karl Kautsky vom 17.11.1915, in: International Institute of Social History, Amsterdam, K D XIV 177.

Klüß war es auch, der bei einer Neuköllner Mitgliederversammlung am 26. Januar 1916 gegen den Widerstand des Kreisvorsitzenden Max Groger die Verabschiedung einer Solidaritätsadresse für den kurz zuvor aus der SPD-Reichstagsfraktion ausgeschlossenen Karl Liebknecht durchsetzte.<sup>37</sup> Neukölln gab damit das Startsignal für den erbitterten Machtkampf innerhalb der Groß-Berliner Parteiorganisation, der Mitte des Jahres mit der Absetzung des alten Vorstands entschieden wurde. Wie in ganz Groß-Berlin schlug sich auch in Neukölln die große Mehrheit der Parteimitglieder auf die Seite der Opposition – während ein Großteil der Funktionäre weiterhin zum alten Parteivorstand hielt.<sup>38</sup> In der Radikalenhochburg Neukölln fand die militante Minderheit der Spartakusgruppe eine wichtige Operationsbasis für ihre illegale Antikriegspropaganda, die eine bedeutende Rolle bei der Vorbereitung der großen Massenstreikaktionen gegen den Krieg 1916 («Liebknecht-Streiks»), 1917 («Brotstreiks») und 1918 («Januarstreiks») spielte.<sup>39</sup>

Der Schritt von der parteiinternen Kritik zum aktiven Widerstand war unter den Bedingungen des Belagerungszustandes mit hohem persönlichem Risiko verbunden. Bruno Schoenlank, der bereits erwähnte Liebknecht-Anhänger der ersten Stunde, wurde am 21. November 1915 als Rädelführer einer Friedensdemonstration Neuköllner Arbeiterjugendlicher Unter den Linden von der Polizei verhaftet, mehrere Monate in militärischer Schutzhaft festgehalten und Mitte 1916 trotz ärztlich attestierter Untauglichkeit als Armierungssoldat zum Heeresdienst eingezogen.<sup>40</sup> Ein Schicksal, das viele, insbesondere junge Antimilitaristen teilten – und manche, wie etwa Schoenlanks Neuköllner Parteigenosse Adolf Adena, nicht überlebten.<sup>41</sup> Joachim Klüß, den die Politische Polizei mit den Gewerkschaftsfunktionären Albert Regge und Otto Franke zu den «Hauptführern der Neuköllner Opposition» zählte, wurde im Februar 1916 festgenommen und blieb ohne Anklage elf Monate inhaftiert. Trotz der Proteste prominenter sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter wurde ihm nicht nur der Besuch am Krankenbett seiner sterbenden Frau, sondern sogar die

37 Brief von Joachim Klüß an Karl Kautsky vom 2.2.1916, in: ebd., K D XIV 178. Zur Pionierrolle Neuköllner Funktionärskreise bei der Sammlung der Groß-Berliner Opposition vgl. Luban, Ottokar: Die revolutionäre Ungeduld. Rosa Luxemburg und ihre Verbindung zu den Massen (August 1914 bis Dezember 1918), in: ders.: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept, Leipzig 2008, S. 59f.

38 Vgl. Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1: Von den Anfängen bis 1917, Berlin 1987, S. 594ff. Zum Neuköllner Wahlkreis, wo der Konflikt besonders erbittert ausgefochten wurde, vgl. Koch, Friedrich/Franke, Otto/Zirkel, Max: An die Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, Neukölln 1916; Groger, Max (Hrsg.): Zur Abwehr. Für die Parteiorganisation, gegen die Parteizerstörer in Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg!, Berlin 1916.

39 Zur Spartakus-Flugblattzentrale und dem Vertriebsnetzwerk, das Leo Jogiches ab 1916 von Neukölln aus aufbaute, vgl. Luban: Auswirkungen, S. 218ff. Zu den Massenstreiks vgl. Boebel, Chaja/Wentzel, Lothar (Hrsg.): Streiken gegen den Krieg! Die Bedeutung der Massenstreiks in der Metallindustrie vom Januar 1918, Hamburg 2008.

40 Vgl. Clark, Jon: Bruno Schönlank und die Arbeiterchorbewegung, Köln 1984, S. 42ff.

41 Vgl. Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin 1929, S.141.

Teilnahme an ihrer Beerdigung verweigert.<sup>42</sup> Otto Franke hingegen, seit 1915 einer der engsten Mitarbeiter Liebknechts und Piecks, entschloss sich nach Schutzhaft und Strafdienst im Heer 1917 zur Fahnenflucht und kehrte heimlich nach Berlin zurück. Der Deserteur gehörte zu den Organisatoren des Januarstreiks 1918 und wurde nach der Novemberrevolution zum leitenden Sekretär der Berliner KPD.<sup>43</sup>

### **Kriegssozialismus, Hungerkrawalle und Denkschriftskandal**

Während ihre radikalen GenossInnen die Rückkehr zu den internationalistischen und antimilitaristischen Prinzipien der Vorkriegszeit einforderten und die Wiederaufnahme des Klassenkampfes in revolutionärer Perspektive vorbereiteten, nutzten die VertreterInnen der «Mehrheitssozialdemokratie» die neuen politischen Spielräume des Burgfriedens auch dort, wo sie wie in Neukölln parteiintern spätestens ab 1916 nur noch in der Minderheit waren. Paradoxerweise bot die Zwangslage des Kriegsnotstandes den SozialdemokratInnen an der Heimatfront bisher unbekannte Möglichkeiten kommunalpolitischer Mitwirkung.<sup>44</sup> Gerade in Neukölln, wo die Notlage besonders dramatisch und der Druck der rebellischen Basis besonders vehement war, konnten sich pragmatische MSPD-Vertreter erfolgreich als Interessenvertreter der proletarischen Bevölkerungsmehrheit bewähren und damit die Voraussetzung für ihre hegemonale kommunalpolitische Stellung in der Nachkriegszeit schaffen.

Am 10. August 1914, eine knappe Woche nach der Abstimmung im Reichstag, stimmten auch in Neukölln die sozialdemokratischen Stadtverordneten mit der bürgerlichen Mehrheit für die Aufnahme eines Kriegskredites und die Einrichtung einer Kriegsnotstandskommission, um wenigstens die sozialen Lasten des aufgezwungenen Krieges für die Bevölkerung abzumildern.<sup>45</sup> Als jüngste Großstadt mit dem geringsten Prokopfsteueraufkommen in ganz Preußen hatte Neukölln besonders schwer an den Kriegslasten zu tragen. Da überdurchschnittlich viele junge Männer eingezogen wurden, fehlten den Arbeiterfamilien die Ernährer und der Gemeinde die Steuerzahler. Das Problem sinkender Einnahmen und dramatisch steigender Fürsorgekosten für die Soldatenfamilien wurde noch verschärft durch den drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit und steigende Lebensmittelpreise in den ersten Kriegsmonaten. Während die Arbeitslosenzahlen mit dem Übergang zur Kriegswirtschaft bald wieder zurückgingen, nahm das Problem der Preissteigerungen mit zunehmender Kriegsdauer

42 Vgl. Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd.1, Berlin 1958, S. 309–311; Dittmann, Wilhelm: Erinnerungen, Bd.2, Frankfurt a.M./New York 1995, S. 489f.

43 Vgl. Stroech, Jürgen: Otto Franke – Arbeiterfunktionär und Bibliothekar, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 3 (2004), S. 126ff.

44 Vgl. Rebentisch, Dieter: Die deutsche Sozialdemokratie und die kommunale Selbstverwaltung. Ein Überblick über Programmdiskussion und Organisationsproblematik 1890–1975, in: Archiv für Sozialgeschichte 25 (1985), S. 27ff.

45 «Die Millionenforderungen der Städte», in: Berliner Tageblatt vom 11.8.1915; Sitzungsprotokoll, in: LAB A Rep. 044-02, Nr. 6.

für die überwiegend lohnabhängige und minderbemittelte Neuköllner Bevölkerung bald existenzbedrohende Ausmaße an.<sup>46</sup>

Mit der Zuspitzung der Versorgungskrise kam es immer wieder zu spontanen Ausschreitungen und militanten Protesten gegen Schleichhandel und Lebensmittelwucher.<sup>47</sup> Bereits am 7. August 1914 griffen empörte Arbeiterfrauen auf dem Wochenmarkt der Schillerpromenade in einem «Akt der Selbsthilfe» zu handgreiflichen Protesten gegen einen Bäckermeister, der die Kriegskonjunktur zu drastischen Preiserhöhungen genutzt hatte.<sup>48</sup> Die Neuköllner «Butterkrawalle» im Herbst 1915 begannen am 13. Oktober mit einer Prügelei in einem Lebensmittelgeschäft in der Hermannstraße und mündeten eine Woche später in der bereits beschriebenen Frauendemonstration für «Frieden und Brot» vor dem Rathaus.<sup>49</sup> Die Wut auf Wucherer, Schieber und Kriegsprofiture wurde im «Kohlrübenwinter» 1916/17 zusätzlich angeheizt durch einen spektakulären Betrugsfall, der Neukölln sogar in der Auslandspresse in die Schlagzeilen brachte.<sup>50</sup>

Getrieben von der Not der Bevölkerung und dem Druck der Straße drängten die Sozialdemokraten im Stadtparlament und in den Ausschüssen der Kriegsnotstandskommission den Magistrat zu weitgehenden kommunalsozialistischen Eingriffen in den Lebensmittelhandel.<sup>51</sup> Am 16. November 1916 wurde Emil Wutzky zum ersten sozialdemokratischen Stadtrat Neuköllns ernannt.<sup>52</sup> Die lokale Frauenvereinsvorsitzende Gertrud Scholz, die sich bereits als Leiterin einer Volksküche und Mitglied der Lebensmittelkommission bewährt hatte, übernahm am 1. April 1917 die Leitung der städtischen Verteilungsstellen.<sup>53</sup> Und im März 1918 rückten mit Raphael Silberstein und Wilhelm Conrad zwei weitere altgediente MSPD-Kommunalpolitiker in den Stadtrat ein.<sup>54</sup> Diese starke Stellung – in keiner Groß-Berliner Stadtverwaltung hatte die vor dem Krieg noch konsequent geächteten Arbeiterpartei mehr VertreterInnen – nutzten die SozialdemokratInnen zur Skandalisierung der offenkundigen Missstände in der deutschen Kriegsernährungswirtschaft, unter denen das verarmte und hungernde Neukölln besonders zu leiden hatte.

46 Verwaltungsberichte «Neukölln im Kriege», in: LAB A Rep. 044-03, Nr.532; Kriegsverwaltungsbericht der Stadt Neukölln 1914–1918, Neukölln 1921.

47 Vgl. Scholz, Robert: Ein unruhiges Jahrzehnt: Lebensmittelunruhen, Massenstreiks und Arbeitslosenkrawalle in Berlin 1914–1923, in: Gailus, Manfred (Hrsg.): Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin. Zur Sozialgeschichte der Straße (1830–1980), Berlin 1984, S. 79–123.

48 «Der Handel mit Lebensmitteln», in: Vorwärts vom 8.8.1914.

49 Vgl. Géliue: Wegweisende Neuköllnerinnen, S. 138f.; Davis: Home Fires Burning, S. 80.

50 «Großer Betrug an der deutschen Stadtgemeinde Neukölln», in: Neue Freie Presse vom 11.1.1917; «Food Swindle in Berlin», in: Washington Post vom 14.1.1917.

51 «Die Stadtverordnetenversammlung von Neukölln», in: Berliner Tageblatt vom 22.10.1915; «Das Neuköllner Stadtparlament gegen den Lebensmittelwucher», in: Berliner Volkszeitung vom 30.6.1916; «Die Neuköllner Forderungen», in: Vossische Zeitung vom 22.10.1917.

52 «Wahl eines sozialdemokratischen Stadtrats», in: Berliner Tageblatt vom 17.11.1916.

53 Haß, Gertrud: Leben und Wirken. Von ihr selbst erzählt, Berlin 1956, S. 19f.

54 «Aus der Neuköllner Stadtverordnetenversammlung», in: Berliner Volkszeitung vom 27.3.1918.



Nachdem wiederholte Appelle und Eingaben von Partei, Stadtverordnetenversammlung und Magistrat bei den übergeordneten staatlichen Stellen keine Wirkung erzielt hatten, entschlossen sich die SozialdemokratInnen zu einem radikalen Schritt, um auf die Versorgungsmisere Neuköllns aufmerksam zu machen. Am 16. Dezember 1917 veröffentlichte der *Vorwärts* eine Denkschrift des Neuköllner Magistrats an das Kriegsernährungsamt, in der die Stadtverwaltung offen gestand, mangels legaler Alternativen selbst auf dem Schwarzmarkt waggonweise Gemüse zu überhöhten Preisen gekauft zu haben, um die städtischen Volksküchen weiter betreiben zu können.<sup>55</sup> Das Echo in der deutschen Presse war enorm. Durch die Neuköllner Enthüllungen wurden erstmals der längst offensichtliche Bankrott der staatlichen Zwangswirtschaft und der sich damit abzeichnende Zusammenbruch der Heimatfront quasi amtlich dokumentiert.<sup>56</sup>

Die Antwort des Obrigkeitsstaates ließ nicht lange auf sich warten. Das Kriegsernährungsamt, das eine Verbreitung der Denkschrift streng untersagt hatte, schaltete umgehend die Staatsanwaltschaft ein.<sup>57</sup> Da sich Oberbürgermeister Kaiser jedoch schützend vor seine Beamten stellte, kam es zu der eingangs beschriebenen Razzia im Neuköllner Rathaus im April 1918. Einmal mehr machte Neukölln Schlagzeilen: Zeitungen im ganzen Reich lobten den standhaften Magistrat und äußerten Verständnis für die Wut der revoltierenden Arbeiterinnen.<sup>58</sup>

Der staatliche Autoritätsverfall, der im Denkschriftskandal manifest wurde, wies bereits voraus auf den Zusammenbruch der monarchischen Ordnung im November 1918. Das Dilemma, vor das der Fall Neukölln die wilhelminische Militärmonarchie zum Ende des Weltkrieges stellte, visualisierte eine Karikatur der *Lustigen Blätter*, die unter dem Titel «Pardon wird nicht gegeben!» die ganze Großstadt Neukölln hinter Gefängnismauern zeigt, deren Eingangstor von zwei grimmig schauenden Schutzpolizisten bewacht wird.<sup>59</sup> Doch wie konnte man auf Dauer eine aufsässige Stadtbevölkerung unter Kuratel stellen, wenn selbst die Beamtenschaft nicht mehr an die Legitimität der staatlichen Gewalt glaubte?

55 «Der Schleichhandel – die Volksgefahr!» und «Zusammenbruch des Systems Waldow» in: *Vorwärts* vom 16.12.1917. Vgl. Groger, Max: Die drohende Katastrophe, in: *Kommunale Praxis* 18 (12.1.1918), Sp. 17–22.

56 Vgl. Davis: Home Fires Burning, S. 216f.; die Materialsammlung in: LAB A Rep. 044-03, Nr. 546.

57 Akten des Justizministeriums in: Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, I. HA Rep. 84a, Nr. 56131.

58 Vgl. Presseauschnittsammlung, in: LAB A Rep. 044-03, Nr. 378.

59 «Pardon wird nicht gegeben!», in: *Lustige Blätter* 33 (1918), Heft 3.

Mario Hesselbarth

## **DER WIDERSTAND DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERINNEN UND ARBEITER: DAS BEISPIEL JENA**

Der Widerstand sozialdemokratischer Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die Burgfriedenspolitik von SPD und Gewerkschaften resultierte zunächst aus der grundsätzlichen Ablehnung des Ersten Weltkrieges als imperialistischem Eroberungskrieg. Er gab den Protesten der Arbeiterschaft, die eine Folge der sich dramatisch verschlechternden sozialen Situation waren, eine politische Richtung, die auf eine schnelle Beendigung des Krieges zielte. Die Herausbildung und ersten Aktionen der sozialdemokratischen Opposition sowie die späteren Massenaktionen gegen den Krieg wiesen neben Gemeinsamkeiten auch lokale/regionale Unterschiede auf. Nachfolgend soll der Widerstand sozialdemokratischer Arbeiterinnen und Arbeiter am Beispiel Jenas skizziert werden.

### **Die Herausbildung der Jenaer Opposition am Beginn des Ersten Weltkrieges**

Das Ultimatum des Habsburger Reiches an Serbien vom 23. Juli 1914 ließ die zum Krieg treibenden Absichten der Donaumonarchie offen zu Tage treten. Als es im Deutschen Kaiserreich öffentlich bekannt wurde, mobilisierte die SPD reichsweit schätzungsweise 750.000 Menschen zu Antikriegsdemonstrationen.<sup>1</sup> Zu ihnen gehörten jene 2.500 Frauen und Männer, die am 28. Juli 1914 im Jenaer Volkshaus bekundeten: «Wir wollen keinen Krieg!» Während einer anschließenden Demonstration zum Markplatz der Saalestadt blieb es bei verbalen Auseinandersetzungen zwischen ihnen und nationalistischen Studenten, weil die Polizei Handgreiflichkeiten verhindern konnte.<sup>2</sup>

1 Vgl. Kruse, Wolfgang: Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation der sozialdemokratischen Burgfriedenspolitik 1914/15, Essen 1993, S. 29–42.

2 Vgl. Schulz, Eberhart: Gegen Krieg, Monarchismus und Militarismus. Der Weg in die Revolutionstage 1918/19 in Jena, Jena 2008, S. 22f.

Die Zustimmung der SPD-Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten am 4. August 1914 und das Einschwenken der Generalkommission der Gewerkschaften auf den innenpolitischen Burgfrieden zwei Tage zuvor erschienen den damaligen Zeitgenossen nicht zuletzt aufgrund der Massenproteste der letzten Juliwoche 1914 als unvorstellbar. Wird die Vorkriegspolitik der Führungen von SPD und Gewerkschaften jedoch eingehender analysiert, zeigt sich, dass ihre Wendung zum Burgfrieden keineswegs überraschend kam.<sup>3</sup> Dass große Teile der SPD-Basis an diesem Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung den Burgfrieden und die Vaterlandsverteidigung zunächst mittrugen, resultierte auch aus ihrer Gegnerschaft zum russischen Zarismus. Deshalb zogen die 1.200 zum Militär einberufenen Arbeiter des Jenaer Zeiss-Werkes zwar nicht begeistert, wohl aber «mit mutigem Ernst» in den Krieg.<sup>4</sup>

In den ersten Wochen nach Kriegsbeginn deuteten sich jedoch die zukünftigen innerparteilichen Konfliktlinien auch in der Jenaer SPD-Ortsgruppe bereits an. Ende September 1914 erklärte der Parteisekretär Hermann Leber in der Sitzung des Parteausschusses, dem höchsten Gremium zwischen den Parteitagen, nach dem Krieg werde es zu heftigen Auseinandersetzungen kommen. Viele Parteimitglieder in Jena begriffen die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten nicht.<sup>5</sup> Hierüber durfte innerhalb der SPD zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht offen diskutiert werden.

Die Jenaer Parteileitung war zu Beginn des Krieges bemüht, die Ortsgruppe auf die Burgfriedenspolitik festzulegen.<sup>6</sup> Doch im Winter 1914/15 ließ das Interesse an den Parteiversammlungen und «Kriegslichtbildvorführungen» spürbar nach.<sup>7</sup> Vor dem Hintergrund der weiteren Entwicklung kann dieses Verhalten als zunächst passiver Widerstand interpretiert werden, denn an aktive Handlungen gegen den Krieg war zu diesem Zeitpunkt nicht zu denken. Wer es wie der Zeiss-Arbeiter Curt Böhme dennoch versuchte, setzte sich dem Verdacht des «Landesverrates» aus. Böhme hatte seine Kollegen im August 1914 gemahnt, im Läuten der «Sieges»-Glocken auch das «Totengeläut für die gefallenen Väter, Söhne und Brüder zu erkennen».<sup>8</sup> Er gehörte zu einer kleinen Gruppe linker Jenaer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die sich bereits vor dem Krieg in einem sogenannten Diskutierclub regelmäßig getroffen hatten. Zu den bekanntesten Mitgliedern dieser Gruppe zählten der spätere kommunistische Reichstagsabgeordnete Emil Höllein sowie Gertrud und Edwin Morgner, die beide die KPD mitbegründeten.<sup>9</sup>

3 Vgl. Bollinger, Stefan: Weltbrand, «Urkatastrophe» und linke Scheidewege. Fragen an den «Großen Krieg», Berlin 2014, S. 131–176.

4 Vgl. Schomerus, Friedrich: Geschichte des Jenaer Zeisswerkes 1846–1946, Stuttgart 1952, S. 192.

5 Vgl. Kruse: Krieg und nationale Integration, S. 102.

6 Vgl. Schulz: Gegen Krieg, Monarchismus und Militarismus, S. 35.

7 Vgl. Weimarerische Volkszeitung vom 2.12.1914 und 1.2.1915.

8 Böhme, Curt: Erinnerungen im Jahr 1966, in: Sassning, Ronald (Hrsg.): Die Jenaer Osterkonferenz 1916 und ihre aktuellen Lehren. Materialien und Dokumente zum 50. Jahrestag, Gera 1967, S. 63.

9 Weber, Hermann: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918–1945, Berlin 2004, S. 318, 514f.

Am Abend des 1. August 1914, dem Tag der deutschen Mobilmachung, hatten sich einige Mitglieder dieser Gruppe getroffen, um die Situation zu diskutieren. Einigkeit bestand darin, dass das Deutsche Kaiserreich nun den langfristig geplanten Krieg gegen seine imperialistischen Konkurrenten beginnen werde. Deshalb lehnten sie das Argument der Vaterlandsverteidigung als Mittel der Kriegsbegeisterung ab. Als Wandergruppe getarnt, kam die Gruppe regelmäßig illegal zusammen, um die politische Situation zu diskutieren. Im Verlauf des Herbstes 1914 nahm sie Kontakt zu gleichgesinnten SPD-Mitgliedern außerhalb Jenas auf, um Informationen und Material auszutauschen. Hierdurch gelangte «eine Anzahl aufklärender Schriften» in die Saalestadt.<sup>10</sup> So schrieb der Redakteur der *Leipziger Volkszeitung* Georg Schumann am 7. Dezember 1914 an Karl Liebknecht, dass ihm von Curt Böhme zwei Exemplare jener Erklärung zugegangen waren, mit der Liebknecht am 2. Dezember 1914 seine Ablehnung der Kriegskredite begründet hatte,<sup>11</sup> die jedoch nicht in das Protokoll der Reichstagsitzung aufgenommen worden war. Der Briefwechsel Karl Liebknechts vom Herbst 1914 mit dem Parteivorstand, in dem er die Burgfriedenspolitik zunächst intern zu kritisieren versucht hatte,<sup>12</sup> ging in Jena «von Hand zu Hand». Das «Manifest der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz» kam direkt von Clara Zetkin und wurde durch Gertrud Morgner, Emil Höllein und Curt Böhme gezielt an burgfriedenskritische SPD-Mitglieder weitergeleitet.<sup>13</sup> Liebknechts Broschüre «Klassenkampf gegen den Krieg» war in Jena ebenso im Umlauf wie einige Exemplare der von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht herausgegebenen Zeitschrift *Internationale*.<sup>14</sup> Der SPD-Reichstagsabgeordnete Otto Rühle, der ab März 1915 wie Karl Liebknecht offen gegen die Kriegskredite stimmte, nahm in den Jahren 1915/16 mehrmals an den illegalen Treffen der Jenaer Oppositionsgruppe teil, um sie über die Vorgänge in der Reichstagsfraktion zu informieren.<sup>15</sup>

Gleichzeitig begannen die oppositionellen Jenaer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten innerhalb ihrer Ortsgruppe alle legalen Möglichkeiten zu nutzen, um die Burgfriedenspolitik zu kritisieren. Acht von ihnen gehörten zu jenen mehr als 1.000 SPD-Mitgliedern, die das von Karl Liebknecht initiierte Protestschreiben an den Parteivorstand vom 9. Juni 1915 unterzeichneten. Mit dieser reichsweiten Aktion hatte die innerparteiliche Opposition erstmals mit Erfolg ihre Anhängerschaft

10 Neue Zeitung vom 1.8.1919.

11 Vgl. Brief von Georg Schumann an Karl Liebknecht vom 7.12.1914, in: Bartel, Walter: Unbekannte Briefe an Karl Liebknecht anlässlich seiner Ablehnung der Kriegskredite im Deutschen Reichstag am 2. Dezember 1914, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft Bd. 7 (1959), S. 607.

12 Vgl. Laschitzka, Annelies: Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie, Berlin 2007, S. 259.

13 Vgl. Böhme, Curt: Erinnerungen aus der politischen Arbeit in Stadt und Unterbezirk Jena in den Jahren um den ersten Weltkrieg, Gera 30.7.1957, in: Stadtarchiv Jena, zzt. ohne Signatur. unveröffentlichtes Manuskript im Nachlass Erhard Wörfel, S. 14.

14 Vgl. Brundig, Karl: Die proletarische Jugendorganisation Jena an der Seite des Vortrupps der revolutionären Arbeiterklasse, Weimar 1966, in: Universitätsarchiv Jena, Bestand V. Abteilung XV, Vorl. Nr. 1, unveröffentlichtes Manuskript, S. 110, 115.

15 Vgl. Böhme: Erinnerungen, S. 15.

mobilisiert.<sup>16</sup> Sie löste innerhalb der Jenaer SPD während des Sommers 1915 eine heftige Debatte sowohl über den Inhalt des Protestschreibens als auch dessen Berechtigung aus. Im September 1915 kam es hierzu während einer Parteiversammlung zu einer grundsätzlichen Aussprache. Die Diskussion eröffnete zunächst ein SPD-Reichstagsabgeordneter, der für die Burgfriedenspolitik plädierte. Ihm widersprach Wilhelm Bock, der SPD-Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Gotha, der bereits am 3. August 1914 gemeinsam mit 13 weiteren Fraktionsmitgliedern intern gegen die Kriegskreditbewilligung gestimmt hatte. In der anschließenden Diskussion schloss sich die Mehrheit der anwesenden Jenaer SPD-Mitglieder dem Standpunkt Bocks an.

Neben dem Ausnutzen legaler Möglichkeiten arbeitete die Jenaer Opposition ab 1915 auch mit illegalen Mitteln gegen den Krieg. Sie führte mehrere Aktionen durch, bei denen sie Antikriegsflugblätter entweder in den Arbeitersiedlungen verteilte oder an Häuserwände klebte. Geleitet wurde die Jenaer Gruppe zu diesem Zeitpunkt von Curt Böhme, der die Nachfolge von Emil Höllein angetreten hatte, nachdem dieser im März 1915 zum Militär einberufen worden war. Böhme nahm mit zwei weiteren oppositionellen Jenaer SPD-Mitgliedern am 1. Januar 1916 an der Gründung der Spartakusgruppe im Berliner Rechtsanwaltsbüro Karl Liebknechts teil.<sup>17</sup>

### **Die Arbeiterjugendopposition**

In der Person Curt Böhmers zeigt sich die enge Verbindung zwischen der innerparteilichen Opposition und der Arbeiterjugendopposition, wenngleich beide Richtungen unabhängig voneinander agierten. Böhme war Vorsitzender der Arbeiterjugend in Thüringen. Vor dem Ersten Weltkrieg war die antimilitaristische Agitation Karl Liebknechts in der Thüringer Arbeiterjugend sehr populär gewesen. Zudem hatte sie sowohl gegen die obrigkeitstaatliche Unterdrückung als auch die Bevormundung innerhalb der Arbeiterbewegung aufgebeht.<sup>18</sup>

Teile der Arbeiterjugend hatten im September 1914 erstmals überregional gegen die Burgfriedenspolitik protestiert. Auslöser hierfür war der Nachruf der Zeitschrift *Arbeiter-Jugend* für den an der Front gefallenen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Mitbegründer der Arbeiterjugendbewegung Ludwig Frank, der sich als Aufruf zur Vaterlandsverteidigung interpretierten ließ.<sup>19</sup>

16 Vgl. Miller, Susanne: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1914, S. 108.

17 Vgl. Schulz: Gegen Krieg, Monarchismus und Militarismus, S. 62f.

18 Vgl. Kachel, Steffen: Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949, Köln u. a. 2011, S. 90f.

19 Vgl. Luban: Die Auswirkungen der Jenaer Osterkonferenz 1916, S. 187f.

In Jena schlossen sich Teile der Arbeiterjugend im Ergebnis intensiver Diskussionen über den Krieg und den Burgfrieden der Opposition an.<sup>20</sup> Wie in Berlin, Stuttgart und Frankfurt am Main dachten sie Ende 1915 über die Gründung einer eigenen Organisation nach.<sup>21</sup> Dieser Schritt erfolgte Ostern 1916 mit der in Jena illegal durchgeführten Reichskonferenz der oppositionellen Arbeiterjugend, die inhaltlich maßgebend von Karl Liebknecht und der von ihm verfassten Resolution geprägt wurde. Ihr Schlussabsatz verpflichtete die oppositionelle Arbeiterjugend, «alles zu tun [...], damit eine wirksame öffentliche Maidemonstration veranstaltet wird, und zwar so, dass der Gedanke der Maifeier als Friedensdemonstration klar zutage tritt».<sup>22</sup>

Der 1. Mai 1916 gilt als Beginn der «bewussten Massenaktionen gegen den Krieg».<sup>23</sup> In mehreren deutschen Städten gab es an diesem Tag erstmals öffentliche Antikriegsaktionen. In Berlin rief Karl Liebknecht auf dem Potsdamer Platz jene berühmt gewordenen acht Worte, die ihn endgültig zum Symbol des Widerstandes gegen den Krieg werden ließen: «Nieder mit dem Krieg. Nieder mit der Regierung!» Auf der von der Spartakusgruppe organisierten Kundgebung wurden auch Flugblätter verteilt, die Curt Böhme in Jena für Karl Liebknecht hatte drucken lassen.<sup>24</sup> In Jena selbst versuchten einige Frauen und Mitglieder der oppositionellen Arbeiterjugend zu demonstrieren. Die Polizei konnte dies jedoch schnell unterbinden. In der Nacht zuvor waren jedoch in Jena und Umgebung erneut zahlreiche Antikriegsflugblätter illegal plakatiert worden.<sup>25</sup>

Die Polizei reagierte, indem sie mehrere Funktionäre und Mitglieder der Arbeiterjugend verhaftete. In ihnen vermutete sie zu Recht die Urheber der Aktionen, aber mit Ausnahme von zwei jungen Zeiss-Arbeitern konnte niemandem etwas nachgewiesen werden. Die Polizei musste die Verhafteten wieder entlassen. Die Freigelassenen erfuhr während der Generalversammlung der SPD-Ortgruppe am 15. Juni 1916 eine spontane Sympathiebekundung.<sup>26</sup> Dies war zugleich eine Kritik am Vorstand und signalisierte, dass die Opposition innerhalb der Jenaer SPD mehrheitsfähig geworden war. Folgerichtig wählte die Generalversammlung einen neuen Ortsvorstand, dem ausschließlich oppositionelle Genossinnen und Genossen angehörten. Ebenso konsequent war, dass sich der neue Vorstand unter der Leitung des Zeiss-Arbeiters Richard Zimmermann<sup>27</sup> im Sommer 1916 an die Seite der oppositionellen Reichstagsabgeordneten stellte, die seit dem Dezember 1915 gegen die Kriegskredite stimmten. Eine

20 Vgl. Brundig: Die proletarische Jugendorganisation Jena, S. 113f.

21 Vgl. Luban: Die Auswirkungen der Jenaer Osterkonferenz 1916, S. 188f.

22 Dokumente und Materialien zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1, Berlin 1958, S. 365.

23 Schramm, Gottfried: 1914. Sozialdemokraten am Scheideweg, in: Stern, Carola/Winkler, Heinrich August (Hrsg.): Wendepunkte deutscher Geschichte, 1948–1990, Frankfurt a.M. 1995, S. 93.

24 Vgl. Laschitzka: Die Liebknechts, S. 300.

25 Vgl. Schulz: Gegen Krieg, Monarchismus und Militarismus, S. 68f.

26 Vgl. Weimarerische Volkszeitung vom 16.6.1916.

27 Vgl. Weber: Deutsche Kommunisten, S. 897f.

von ihm durchgeführte öffentliche Versammlung solidarisierte sich mit dem zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilten Karl Liebknecht.<sup>28</sup>

Zimmermann wurde zudem von der Jenaer SPD-Ortgruppe sowohl zur Oppositionskonferenz Anfang Januar 1917 im Berliner Reichstag als auch zum Gründungsparteitag der USPD Ostern 1917 nach Gotha delegiert. Die Leitung der Wahlkreisorganisation Weimar kam dem geschlossenen Übertritt der Jenaer Sozialdemokratie zur USPD durch deren Spaltung im April 1917 zuvor.<sup>29</sup> Seitdem existierten in der Saalestadt sowohl eine Ortgruppe der (Mehrheits-)Sozialdemokratischen Partei (MSPD) als auch der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD).

### **Vom sozialen zum politischen Protest – Massenaktionen der Jenaer Arbeiterschaft 1917/18**

Viele Mitglieder der sozialdemokratischen Opposition Jenas arbeiteten im Zeiss-Werk, dem 1914 größten Industrieunternehmen in Thüringen. Dessen dynamisches Wachstum Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts war eine wesentliche Ursache für die Entwicklung des Universitätsstädtchen Jenas zur Industriestadt. Das Zeiss-Werk war von einem seiner Begründer, Ernst Abbe, aus privatkapitalistischem Besitz in die von ihm gegründete Zeiss-Stiftung überführt worden. Deren Statut regelte sowohl die Verwendung der erwirtschafteten Gewinne als auch die für die Verhältnisse im Deutschen Kaiserreich fortschrittlichen innerbetrieblichen und sozialen Rechte der Beschäftigten.<sup>30</sup>

Bereits vor dem Ersten Weltkrieg hatte das Zeiss-Werk zunehmend für das Militär produziert.<sup>31</sup> Während des Krieges stieg der Bedarf an Rüstungsgütern derart an, dass Zeiss die Arbeitszeiten drastisch erhöhen und in großem Umfang vor allem Jugendliche und Frauen einstellen musste. Ihnen blieb jedoch die soziale Absicherung entsprechend des Stiftungsstatuts verwehrt. Zudem wurden sie deutlich niedriger entlohnt als die Stammebelegschaft,<sup>32</sup> für die sich die Bedingungen ebenfalls erheblich verschlechterten. Während des Krieges waren die Zustände im Werk «unerträglich» und die Beschwerden der Belegschaft die beste Empfehlung der Werkstattleiter und Meister bei der Geschäftsleitung. Für sie wiederum sei es sehr leicht gewesen, «die militärischen Gewalten gegen die Arbeiter zu Hilfe zu rufen».<sup>33</sup> Vor diesem Hinter-

28 Vgl. Weimarerische Volkszeitung vom 24.8.1916.

29 Vgl. Schulz: Gegen Krieg, Monarchismus und Militarismus, S. 70f., 89f.

30 Vgl. Nutzinger, Hans G.: Ernst Abbe als Sozialreformer, in: Klemm, Antje/Knoepffer, Nikolaus: Ernst Abbe als Unternehmer und Sozialreformer. Ein Beitrag zur Wirtschaftsethik, München 2007, S. 37–58; Ritter, Gerhard A./Tenfelde, Klaus: Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, Bonn 1992, S. 418.

31 1912/13 machte die Produktion für den Militärbedarf bereits die Hälfte des Gesamtumsatzes aus. In den vier Kriegsjahren stiegen die ausgewiesenen Gewinne um mehr als das Siebenfache im Vergleich zur Vorkriegszeit, vgl. Schumann, Wolfgang: Carl Zeiss Jena. Einst und jetzt, Berlin 1962, S. 180–192.

32 Von den neu eingestellten Frauen waren zwei Drittel zwischen 14 und 25 Jahre alt. Bei den Männern war ein Drittel zwischen 14 und 19 Jahre alt; vgl. Hugger Ingo: Frauenarbeit bei Zeiss 1914 bis 1919, in: Horn, Gisela (Hrsg.): Entwurf und Wirklichkeit. Frauen in Jena 1900 bis 1933, Jena 2001, S. 89–114.

33 Neue Zeitung vom 4.9.1919.

grund entstand auch im Jenaer Zeiss-Werk die «soziale Basis eines rebellischen Arbeiterradikalismus, der in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bis dahin ein Randphänomen gewesen war».<sup>34</sup>

In den Anfangsjahren des Krieges gelang es der Zeiss-Stiftung noch, die Versorgung der Betriebsangehörigen sicherzustellen. Angesichts der sich allgemein verschlechternden Versorgungslage und der zunehmend schwierigen Arbeits- und Lebensbedingungen nahm im Frühling und Sommer 1917 die allgemeine Unzufriedenheit in der Jenaer Arbeiterschaft jedoch zu. Sie schlug in Aktionsbereitschaft um, als Mitte Juli 1917 die Kartoffellieferungen für die Stadt ausblieben. Nach langwierigen, aber ergebnislosen Verhandlungen zwischen dem Gewerkschaftskartell, der Zeiss-Belegschaftsvertretung und den beiden Arbeiterparteien einerseits und der Stadtverwaltung andererseits brach der Protest am Abend des 24. Juli spontan aus. «Ganz eruptiv zum gemeinsamen Handeln in Bewegung gekommen, ließen sich die Massen jedoch nicht mehr halten [...]. In dem großen Saal des Volkshauses hatten sich mehrere tausend Arbeiter und Arbeiterinnen gezwängt, wohl tausend füllten die untere Wandelhalle, den Garderoberraum, und unschätzbar war die Zahl derjenigen, die Einlaß überhaupt nicht finden konnten.» Gefordert wurden eine Lohnerhöhung von 20 Prozent, eine Zulage von fünf Mark pro Woche für die Arbeiterinnen, die Wiedereinführung des bei Zeiss seit 1901 geltenden Acht-Stunden-Tages und eine Arbeitszeit in zwei Schichten.<sup>35</sup> Da die Geschäftsleitung auf diese Forderungen zunächst nicht reagierte, setzte am Morgen des 25. Juli 1917 im Zeiss-Werk ein mehrstündiger Streik ein, dem sich die Belegschaft des Jenaer Schott-Glaswerkes anschloss.<sup>36</sup>

Es gelang den städtischen Behörden und der Zeiss-Geschäftsleitung zwar relativ schnell, die Situation noch am selben Tag durch kurzfristige Maßnahmen und langfristige Zusicherungen zu beruhigen und die Beschäftigten beider Unternehmen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Doch die latente Unruhe blieb. Sobald sich die Versorgungssituation verschlechterte, erschienen Arbeiterdelegationen im Rathaus, während Hunderte Arbeiterinnen und Arbeiter des Zeiss-Werkes auf dem Marktplatz protestierten.

Ende Dezember 1917 schätzten die Jenaer Behörden «die gegenwärtige Lage als ziemlich gespannt» ein, schon ein geringer Anstoß würde genügen, «um Volksaufläufe, Unruhen und dergleichen hervorzurufen».<sup>37</sup> Als die Deutsche Vaterlandspartei am 8. Januar 1918 im Jenaer Volkshaus für einen «kraftvollen deutschen Frieden» demonstrieren wollte, war dieser Anstoß gegeben. Die Deutsche Vaterlandspartei bildete ein Sammelbecken der extremsten konservativen und reaktionären Kräfte des

34 Brandt, Peter: Deutschland 1918/19. Revolution und Konterrevolution, in: Grebing, Helga (Hrsg.): Die deutsche Revolution 1918/19, Berlin 2008, S. 288 (Erstveröffentlichung in: Brandt, Peter (Hrsg.): 1918/19. Ein Lesebuch, Berlin 1979, S. 5–24).

35 Weimarerische Volkszeitung vom 25.7.1917.

36 Vgl. Schulz: Gegen Krieg, Monarchismus und Militarismus, S. 94–96.

37 Stadtarchiv Jena, BII XVIIIg Nr. 135, Bl. 57.



Großgrundbesitzes und der Schwerindustrie, die auch in Teilen des Jenaer Bürger­tums Anhänger hatte. Ihre Gründung war erfolgt, nachdem die Mehrheit des Deut­schen Reichstages, bestehend aus MSPD, katholischem Zentrum und Liberalen, die Friedensresolution vom 19. Juli 1917 beschlossen hatte<sup>38</sup> und einen Frieden ohne An­nexionen forderte, das heißt ohne Eroberungen fremder Gebiete. Dem widersprach die Vaterlandspartei mit einem umfassenden Annexionsprogramm. Ihr massives Auftreten im Januar 1918 verstärkte die Befürchtungen unter der Arbeiterschaft, die soeben in Brest-Litowsk mit dem revolutionären Russland begonnenen Friedensver­handlungen könnten an der deutschen Regierung scheitern.<sup>39</sup>

Dem Aufruf der Jenaer MSPD zum Protest gegen die Vaterlandspartei folgte die sozialistische Arbeiterschaft massenhaft. Am Beginn der Versammlung gingen die ersten Sätze des Referenten in ohrenbetäubendem Lärm der zahlreich erschienenen Arbeiterinnen und Arbeiter unter. Dass von den Mitgliedern der Vaterlandspartei angestimmte Deutschlandlied wurde vom Gesang der Arbeitermarseillaise erstickt.<sup>40</sup>

Diese Aktion offenbarte jene Massenstimmung, die die organisierten Streikvorbe­reitungen der USPD-Mitglieder im Zeiss-Werk unterstützten. Dem Schleifer Paul Schulze gelang es zum Beispiel, die etwa 100 in seinem Bereich beschäftigten Frauen geschlossen zu der «Massendemonstration auf dem Markt»<sup>41</sup> zu führen. Emil Rost erreichte, dass sich seine Abteilung «100%ig an dem Munitionsarbeiterstreik im Fe­bruar 1918 beteiligte».<sup>42</sup> Am Morgen des 1. Februar 1918 legte der Großteil der Zeiss-Arbeiterschaft die Arbeit nieder, versammelte sich auf dem Markt und stimmte den Forderungen der streikenden Berliner Metallarbeiter nach einem sofortigen Frie­den ohne Annexionen, der Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterschaft, der Aufhebung des Belagerungszustandes, der Freilassung der aus politischen Gründen Inhaftierten und der Einführung eines demokratischen Wahlrechts für Männer und Frauen zu.<sup>43</sup> Die Zeiss-Belegschaft schloss sich damit der «Aufstandsbewegung für den Frieden»<sup>44</sup> an. Im Verlauf des ersten Streiktages bildeten die beiden Arbeiterpar­teien einen paritätisch besetzten Arbeiterrat als Streikleitung.<sup>45</sup>

38 Vgl. Hagenlücke, Heinz: Die Deutsche Vaterlandspartei am Ende des Kaiserreiches, Düsseldorf 1997.

39 Vgl. Ullrich, Volker: Zur inneren Revolutionierung der wilhelminischen Gesellschaft des Jahres 1918, in: Dup­pler, Jörg/Groß, Gerhard P. (Hrsg.): Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, München 1999, S. 274f.

40 Vgl. Jenaische Zeitung vom 10.1.1918.

41 Schulze gehörte ab 1916 zur Opposition. Er war «Abteilungsvertreter und Unterkassierer für den Metallarbeiter­verband»; vgl. Schulze, Paul: Teilnahme des Genossen Paul Schulze an den bewaffneten Kämpfen der Arbeiter­klasse, Jena 18.3.1958, Nachlass Wörfel.

42 Rost war ab 1915 bei Zeiss und aktives USPD-Mitglied; vgl. Rost, Emil: Teilnahme des Genossen Emil Rost an den bewaffneten Kämpfen der Arbeiterklasse, Jena 10.2.1958, Nachlass Wörfel.

43 Vgl. Stern, Leo (Hrsg.): Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4/III: Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, Berlin 1959, S. 1040f., Dok. 389: Jenaer Arbeiter an den Reichskanzler, Jena, 1.2.1918.

44 Weimarisches Volkszeitung vom 1.2.1918.

45 Vgl. Weimarisches Volkszeitung vom 6.2.1918.

Ausgangspunkt des Jenaer Streiks war der inzwischen «gut erforschte Januarstreik in Berlin»,<sup>46</sup> der den größten Massenstreik während des Krieges in der deutschen Rüstungsindustrie auslöste. Obwohl der Streik scheiterte, gilt er als Generalprobe für die Novemberrevolution 1918, die den Ersten Weltkrieg durch den Sturz der Monarchie endgültig beendete.

<sup>46</sup> Vgl. Boll, Friedhelm: Der Januarstreik in seinem friedenspolitischen Kontext, in: Boebel, Chaja/Wentzel, Lothar (Hrsg.): Streiken gegen den Krieg. Die Bedeutung der Massenstreiks in der Metallindustrie vom Januar 1918, Hamburg 2008, S. 34.

Holger Politt

## **IM WETTLAUF DER GESCHICHTE**

### **ROSA LUXEMBURG UND DER AUSBRUCH DES ERSTEN WELTKRIEGES**

Ihre Überzeugung war fest, unerschütterlich – entweder wird der Kapitalismus aus der Welt geschafft, oder die Kriegsgefahr wird bleiben: «Wir Sozialdemokraten wissen sehr wohl, dass der Weltfrieden eine Utopie bleibt, solange die kapitalistische Wirtschaftsordnung nicht abgeschafft ist.»<sup>1</sup> Wie schwierig es sein würde, die kapitalistische Wirtschaftsordnung abzuschaffen, hatte sie allerdings im Verlauf der Revolution 1905/06 im Russischen Reich mehrfach unterstrichen. Zwar war in ihrem Verständnis dieser letzte Ausbruch der europäischen Revolutionen des 19. Jahrhunderts bereits durch umfassende Hegemonie der proletarischen Aktion gekennzeichnet, eine Besonderheit, die es in den illusionengeschwängerten Revolutionen im Westen Europas noch nicht geben konnte, doch musste auch diese, in ihren Aktionen bereits weitgehend proletarisch geprägte Revolution letztlich im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft bleiben, weil die Eigentumsfrage noch nicht gestellt werden konnte. Doch das Tor zu weitergehenden Aktionen war ihr durch diese Revolution trotz der Niederlage weit aufgestoßen.<sup>2</sup>

Die zunehmende Kriegsgefahr in den Folgejahren in Europa nährte auch deshalb ihre Hoffnung, dass der nächste Revolutionsausbruch in der bürgerlichen Gesellschaft schneller kommen müsse und dann bereits weitergehende Fragen auf die Tagesordnung setzen werde: «Unsre Aufgabe besteht nicht bloß darin, die Friedensliebe der Sozialdemokratie jederzeit kräftig zu demonstrieren, sondern in erster Linie darin, die Volksmassen über das Wesen des Militarismus aufzuklären und den prinzipiellen Unterschied zwischen der Stellung der Sozialdemokratie und derjenigen der bürgerlichen Friedensschwärmer scharf und klar herauszuheben. Worin besteht aber

1 Luxemburg, Rosa: Dem Weltkrieg entgegen. Rede am 7. Oktober 1911 in Stuttgart, in: Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke, Berlin 1970–1975 [GW], Bd. 3, S. 63.

2 Vgl. Luxemburg, Rosa: Arbeiterrevolution 1905/06. Polnische Texte, Berlin 2015.

dieser Unterschied? [...] Unser ganzer Ausgangspunkt ist ein diametral entgegengesetzter: Die Friedensfreunde aus bürgerlichen Kreisen glauben, dass sich Weltfriede und Abrüstung im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung verwirklichen lassen, wir aber, die wir auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung und des wissenschaftlichen Sozialismus stehen, sind der Überzeugung, dass der Militarismus erst mit dem kapitalistischen Klassenstaate zusammen aus der Welt geschafft werden kann. [...] Die bürgerlichen Friedensfreunde sind bemüht – und das ist von ihrem Standpunkt ganz logisch und erklärlich –, allerlei «praktische» Projekte zur allmählichen Eindämmung des Militarismus zu ersinnen, sowie sie naturgemäß geneigt sind, jedes äußere, scheinbare Anzeichen einer Tendenz zum Frieden für bare Münze zu nehmen, jede Äußerung der herrschenden Diplomatie nach dieser Richtung beim Wort zu fassen und zum Ausgangspunkt einer ernstesten Aktion aufzubauschen. [...] Damit wäre klar zum Ausdruck gebracht, was den Kern der sozialdemokratischen Auffassung bildet: dass der Militarismus in seinen beiden Formen – als Krieg wie als bewaffneter Friede – ein legitimes Kind, ein logisches Ergebnis des Kapitalismus ist, das nur mit dem Kapitalismus zusammen überwunden werden kann, dass also, wer aufrichtig den Weltfrieden und die Befreiung von der furchtbaren Last der Rüstungen wolle, auch den Sozialismus wollen müsse.»<sup>3</sup>

Ein klarer Appell an die eigenen Reihen gepaart mit der tiefen Überzeugung, das Weltproletariat – zumindest in Europa – sei bereits gereift, das geschichtliche Werk zu vollbringen. Dass nun die Zeit, die dafür bleibe, wahrscheinlich sehr viel kürzer sei, als es viele noch immer wahrhaben wollten, hänge damit zusammen, dass nur noch das Proletariat allein in der Lage sei, die in den Klassenkämpfen des 19. Jahrhunderts herausgebildeten zivilisatorischen Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft – die Meinungs-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit – zu verteidigen. Allerdings nun nicht mehr innerhalb der Grenzen der bürgerlichen Gesellschaft. Fast nahtlos knüpft Rosa Luxemburg hier an Erfahrungen an, die sie in der Revolution im Russischen Reich mit dem Scheitern des bürgerlichen Liberalismus gemacht hatte.<sup>4</sup> Die einfache, die gewaltige und die an Lassalle geschulte Diagnose lautete: Nur noch zwei Lager stünden sich gegenüber, das der Arbeiterrevolution und das der Gegenkräfte.<sup>5</sup>

Während der Revolution im Russischen Reich sei das erneut und viel kräftiger sichtbar geworden als bei den Revolutionen im 19. Jahrhundert – hier die Seite der Arbeiterkämpfe, der Generalstreiks, in der neben den handfesten ökonomischen Forderungen die Durchsetzung politischer Freiheiten angestrebt wurde, dort die offene Konterrevolution, die Reaktion, die sich um die Zarenregierung schart, um nur das herauszugeben, was sich tatsächlich nicht mehr umgehen lässt. Wie etwa das Projekt

3 Luxemburg, Rosa: Friedensutopien, in: GW, Bd. 2, S. 492ff. Der Beitrag stammt aus dem Mai 1911.

4 Vgl. hierzu Luxemburg, Rosa: Lehren aus den drei Dumas, in: Luxemburg, Rosa: Arbeiterrevolution 1905/06, S. 245–266.

5 Vgl. dazu Luxemburg, Rosa: Die beiden Lager, in: ebd., S. 84–93.

einer Zarenduma, die aus verschiedenen Kurien heraus gewählt werden sollte und schließlich gewählt wurde.

Wie viel verdeckter, wie viel vertrackter indes war diese Konstellation dort, wo die politischen Freiheitsrechte bereits durchgesetzt worden waren, wo die Klassenkämpfe bereits weitgehend legalisierte Formen vorfanden, um ausgefochten zu werden: «Die Bahn schien frei für eine ruhige Kulturentwicklung, Illusionen, Hoffnungen auf eine schieflich-friedliche Auseinandersetzung zwischen der Arbeit und dem Kapital schossen in den Reihen des Sozialismus üppig in die Halme. [...] Krisen, Kriege, Revolutionen sollten überwundene Standpunkte, Kinderschuhe der modernen Gesellschaft gewesen sein, Parlamentarismus und Gewerkschaften, Demokratie im Staate und Demokratie in der Fabrik sollten die Pforten zu einer neuen, besseren Ordnung eröffnen. [...] Und statt des neuen Aufschwungs der Demokratie im Staate ein elender Zusammenbruch der letzten Reste des bürgerlichen Liberalismus und der bürgerlichen Demokratie.»<sup>6</sup>

So scharf wie Rosa Luxemburg stellte sonst fast niemand die Alternative. Ein Entscheidungskampf, wie ihn die Geschichte noch nicht erlebt habe, rücke näher: «Es ist einfach eine Utopie und eine gefährliche Illusion, sich einzubilden, dass irgendwelche diplomatischen Bündnisse Garantien des Friedens sein können. Alle Bündnisse haben nur den Zweck, irgendeinen Außenstehenden desto besser abmurksen zu können. Wenn wir Klarheit schaffen wollen, müssen wir betonen, dass keine Bündnisse der kapitalistischen Staaten imstande sind oder auch nur den Zweck haben, den Frieden zu sichern. Das einzige Bündnis, das den Weltfrieden sichern kann, ist die Weltverbrüderung des internationalen Proletariats.»<sup>7</sup>

Der beste, nein: der einzige Weg, um solche notwendige internationale Verbrüderung durchzusetzen – so Rosa Luxemburgs unverbrüchliche Überzeugung –, ist und bleibt die revolutionäre Aktion. Den Optimismus dafür brachte sie trotz deren Niederlage aus der Revolution 1905 mit, als sich nach dem Blutsonntag in Petersburg im Januar 1905 die Arbeitermassen in den großen Industriezentren des Zarenreichs entschlossen dem Zarensystem entgegenstellten und sich die Industriearbeiterschaft im Königreich Polen unter roten Fahnen versammelte, und nicht unter den weiß-roten polnischen!

Selbst unmittelbar vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges klingt die scharfe Diagnose alles andere als resignierend: «Es zeigt sich ferner mit aller handgreiflichen Deutlichkeit, wie sehr die militaristischen Bündnisse, die nach der verlogenen offiziellen Darstellung, auf die naive Gemüter hereinfielen, Pfeiler des europäischen Gleichgewichts und des Friedens sein sollten, sich umgekehrt als mechanische Mittel trefflich bewähren, in einen lokalen Konflikt zweier Staaten alle anderen Großmächte

6 Luxemburg, Rosa: Der Maigedanke auf dem Vormarsch, in: GW, Bd. 3, S. 191f.

7 Luxemburg, Rosa: Imperialismus. Rede am 19. Mai 1914 in einer Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Charlottenburg, in: ebd., S. 450.

hineinzuziehen und so einen Weltkrieg heraufzubeschwören. Der Dreibund hat sich diesmal genauso ohnmächtig gezeigt, einen österreichischen Kriegsvorstoß zu verhindern, wie er vor drei Jahren außerstande war, Italien vor dem blutigen Abenteuer in Tripolis zurückzuhalten. [...] Fragt man freilich, ob die deutsche Regierung kriegsbereit sei, so kann die Frage mit gutem Recht verneint werden. Man kann den kopflosen Leitern der deutschen Politik ruhig zugestehen, dass ihnen in diesem Augenblick jede andere Perspektive in lieblicherem Lichte erscheint als die, um des habsburgischen Bartes willen alle Schrecken und Wagnisse des Krieges mit Russland und Frankreich oder gar am letzten Ende mit England auf sich zu nehmen. Diese Kriegsunlust ist aber, weit entfernt, ein versöhnendes und achtungsgebietendes Moment in den Augen der Volksmassen zu sein, vielmehr ein Grund mehr, das Treiben dieser unverantwortlichen Lenker der deutschen Geschicke vor das strengste Gericht der Volksmassen zu ziehen. Denn was hat mehr zu der heutigen Kriegslage beigetragen als das wahnwitzige Rüsten, als die ungeheuren Militärvorlagen, die in Deutschland in den letzten Jahren förmlich einander jagten?»<sup>8</sup>

Einhundert Jahre später ist die Welt weder von Kriegsgefahr noch Rüstungswahn befreit. Militärische Bündnisse ließen sich noch immer beschreiben, als führe Rosa Luxemburg scharf und präzise ihre Feder. Allein die welthistorische Alternative, von der sie sich leiten ließ, ist verschwunden. Der Zusammenbruch des sowjetischen Staatssozialismus in Europa ist unwiderruflich, das sozialistische Weltsystem, als welches dieser sich gern großsprecherisch beschrieb, ist unumkehrbar entschwunden – es wird nicht wiederkommen. Rosa Luxemburgs damalige Vision war grundlegend weitergefasst, denn ein Sozialismus, der der Weltentwicklung hinterherlaufen muss, der sich abkapselt, der nur darin sich gründete, kapitalistische Entwicklung abzuwehren, nicht diese aufzuheben, schien ihr gar nicht vorstellbar: «Nicht ein an jedes gesonderte Fleckchen Erde angepasster (Sozialismus), nicht die Diktatur im letzten Winkel ist die historische Mission des Proletariats, sondern die Weltrevolution, deren Ausgangspunkt aber die großstaatliche Entwicklung ist.»<sup>9</sup> Dass eine auf dem Kampf des Industrieproletariats basierende Weltrevolution heute höchstens noch ein winziger, kleiner Hoffnungsschimmer am Horizont sein kann, macht Rosa Luxemburgs richtiges, hartes Urteil gegen einen nationalrevolutionären Weg zum Sozialismus nicht unrichtiger. Im Gegenteil. Ein Weg zum Sozialismus vermengt mit dem reaktionären Gebräu eines Selbstbestimmungsrechts der Nationen, wie Lenin es konzipierte, hat sich als großer, tragischer Irrweg der Geschichte erwiesen.<sup>10</sup>

8 Luxemburg, Rosa: Der Friede, der Dreibund und wir, in: ebd., S. 476f.

9 Luxemburg Rosa: Nationalitätenfrage und Autonomie, Berlin 2012, S. 110f.

10 Vgl. ebd., S. 43–83. Rosa Luxemburgs grundlegende Kritik am Lenin'schen Selbstbestimmungsrecht der Nationen fiel der ideologischen Säuberung im sogenannten Luxemburgismus während der Stalin-Zeit zum Opfer. Selbst heute treibt das trübe Erbe der Lenin'schen Selbstbestimmungskonzeption unter Linken in Deutschland und Europa traurige Blüten, wie am Fall der Krim-Annexion durch Russland und des nicht erklärten Krieges im Donbas erschreckend zu sehen ist.

Bleibt die Friedensfrage, die heute zu den wichtigsten politischen Fragen überhaupt gehört. Gelöst werden muss sie nun innerhalb eines gesellschaftlichen Systems, das auf kapitalistischer Wirtschaftsordnung beruht, die vorerst nicht aus der Welt geschafft wird, sondern in allen Weltteilen ohne Ausnahme immer kräftiger ihre Wurzeln ausbildet. Diese Möglichkeit hatte Rosa Luxemburg einst vehement ausgeschlossen: «Der Kapitalismus ist [...] eine Form, die die Tendenz hat, sich auf dem Erdrund auszubreiten und alle anderen Wirtschaftsformen zu verdrängen, die keine andere neben sich duldet. Es ist aber zugleich die erste, die allein, ohne andere Wirtschaftsformen als ihr Milieu und ihren Nährboden, nicht zu existieren vermag, die also gleichzeitig mit der Tendenz, zur Weltform zu werden, an der inneren Unfähigkeit zerschellt, eine Weltform der Produktion zu sein.»<sup>11</sup>

Zu den verlässlichsten Streiterinnen und Streitern für die Friedensfrage sind unterdessen jene von Rosa Luxemburg unterschätzten und belächelten «bürgerlichen Friedensschwärmer» geworden, die mit ihrer entschiedenen pazifistischen Grundhaltung aus der Friedensproblematik heute gar nicht wegzudenken sind. Viel skeptischer indes – und das nun wieder korrespondiert sehr mit Rosa Luxemburgs Überzeugungen – fällt der Blick auf jede Art geopolitischer Machtspiele, gleich nun, ob sie in Washington, in Nato-Brüssel, Peking oder Moskau zu Hause sind.

Sich in der Friedensfrage zu engagieren, auch wenn die Aussichten, die Ursachen für Krieg und Hochrüstung aus der Welt zu schaffen, derzeit gering sind, ist unerlässlich. Also würde Rosa Luxemburg fordern: Hic Rhodus, hic salta! Als eine Bedingung, die für den Friedenskampf heute unerlässlich wäre, würde sie die vollen bürgerlichen Freiheiten herausstellen.

11 Luxemburg, Rosa: Die Akkumulation des Kapitals, in: GW, Bd. 5, S. 411.

Marcel Bois

## **ZEITEN DES AUFRUHRS**

### **DIE GLOBALEN PROTESTE AM ENDE DES ERSTEN WELTKRIEGES**

Ende Oktober 1918 ist gewiss: Deutschland wird zu den Verlierern des Ersten Weltkrieges gehören. Dennoch befiehlt die Admiralität das Auslaufen der deutschen Flotte zu einer letzten, verzweifelten Schlacht gegen die weit überlegene britische Royal Navy – ein Selbstmordkommando zur Rettung der «Ehre» der Marineführung. Das ist auch den Matrosen der in Kiel und Wilhelmshaven liegenden Hochseeflotte klar. Deshalb verweigern sie ihren Offizieren den Gehorsam. Sie nehmen ihren Vorgesetzten die Waffen und Rangabzeichen ab und übernehmen in den Küstenstädten selbst die Befehlsgewalt. Am nächsten Tag treten die Werftarbeiter in den Streik und stellen sich an die Seite der Soldaten.

Zu diesem Zeitpunkt befindet sich der Erste Weltkrieg in seinem fünften Jahr. Er ist der erste globale Krieg und der erste Krieg, in dem Flugzeuge, U-Boote und massenhaft Giftgas eingesetzt werden. Fast zehn Millionen Soldaten aus allen Ländern kommen in den Schlachten von Verdun, Tannenberg, Gallipoli und anderswo ums Leben, doppelt so viele werden verletzt. Weitere zehn Millionen Zivilisten sterben abseits der Front an Hunger und entbehrungsbedingten Krankheiten.

Von den Küsten breitet sich die Revolte rasch auf das ganze Reich aus und trifft dabei auf wenig Widerstand. Am Morgen des 9. November erreichen die Proteste schließlich die Hauptstadt: Riesige Demonstrationen ziehen aus den Außenvierteln Berlins ins Stadtzentrum, Soldaten aus den am Wege liegenden Kasernen schließen sich an, mittags gelangt die anschwellende Menschenmenge ins Zentrum. Demonstranten besetzen das Polizeipräsidium und entwaffnen die Polizisten. In den frühen Nachmittagsstunden bricht der Widerstand einzelner Offiziere zusammen, die sich in der Universität und in der Staatsbibliothek verschanzt haben. Unter dem Druck der Bewegung lässt Reichskanzler Prinz Max von Baden noch am selben Tag den Rücktritt Wilhelms II. vom kaiserlichen und königlich preußischen Throne verkünden und überträgt das Reichskanzleramt dem SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert.



Beinahe 100 Jahre ist es nun her, dass die erste Demokratie auf deutschem Boden entstand. Durch die Novemberrevolution von 1918 brachten die revoltierenden Soldaten und ArbeiterInnen die jahrhundertalte monarchistische Ordnung zum Fall. Sie stürzten den Kaiser sowie weitere 22 deutsche Könige und Fürsten, erkämpften das allgemeine und vor allem das Frauenwahlrecht und bereiteten so der parlamentarischen Demokratie den Weg. Ihre Proteste hatten einen entscheidenden Anteil daran, dass der Erste Weltkrieg endete.

Trotz dieser herausragenden Bedeutung für die deutsche Geschichte wird die Novemberrevolution in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Anders als der ihr vorausgegangene Krieg spielt sie «in der deutschen Erinnerungskultur nur eine marginalisierte Rolle»,<sup>1</sup> gilt sie gemeinhin als «vergessene Revolution».<sup>2</sup> In Bayern ist ist das Thema sogar zeitweilig aus den Lehrplänen der gymnasialen Oberstufe gestrichen worden.

Ganz anders die Forschung: Hier hat in den vergangenen Jahrzehnten eine sehr intensive und differenzierte Untersuchung der Ereignisse des Jahres 1918 stattgefunden. Zu Recht bezeichnet Axel Schildt die Novemberrevolution als einen «der besonders gründlich erforschten Abschnitte der neueren deutschen Geschichte».<sup>3</sup> Dennoch existieren auch hier noch Lücken; so wurde die Revolution bislang kaum in ihrem internationalen Zusammenhang untersucht.

Genau wie der Erste Weltkrieg global war, fand auch die Revolte gegen ihn und seine Auswirkungen im Weltmaßstab statt. In den Jahren 1917 bis 1921 gingen Millionen Menschen zwischen Moskau und Tokio, Barcelona und Buenos Aires auf die Straße. Vielfach entmachteten Soldaten ihre Offiziere, Arbeiter besetzten die Fabriken und Bauern das Land. In zahlreichen Ländern mussten die Herrscher um ihre Macht bangen. «Ganz Europa ist vom Geist der Revolution erfüllt», notierte im März 1919 der besorgte britische Premierminister David Lloyd George. «Die ganze bestehende soziale, politische und wirtschaftliche Ordnung wird von der Masse der Bevölkerung von einem Ende Europas zum anderen in Frage gestellt.»<sup>4</sup>

Vereinzel haben HistorikerInnen, vor allem aus dem angelsächsischen Raum, auf diese globale Dimension des Protests hingewiesen. Howard Zinn macht beispielsweise darauf aufmerksam, dass die Bewegung keineswegs auf Europa beschränkt gewesen sei, und spricht stattdessen von «einer weltweiten Welle von Nachkriegsrebellionen».<sup>5</sup> Auch Philip Yale Nicholson nennt sie eine «weltweite Erhebung der Ausgebeuteten

1 Mittag, Jürgen: Von der verratenen zur vergessenen Revolution? Einleitende Anmerkungen zum Kontext von Arbeiterbewegung und Ruhrgebiet in der Revolution 1918 bis 1920, in: Führer, Karl Christian u. a. (Hrsg.): Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918–1920, Essen 2013, S. 19–43, hier S. 32.

2 Gallus, Alexander (Hrsg.): Die vergessene Revolution von 1918/19, Bonn 2010.

3 Schildt, Axel: Der lange November – zur Historisierung einer deutschen Revolution, in: Gallus (Hrsg.): Die vergessene Revolution, S. 223–244, hier S. 224.

4 Zit. nach: Braunthal, Julius: Geschichte der Internationale, Berlin/Bonn 1978, Bd. 1, S. 186.

5 Zinn, Howard: Eine Geschichte des amerikanischen Volkes, Bd. 6: Reformen, Repressionen und der Erste Weltkrieg, Berlin 2006, S. 109.

und Unterdrückten».<sup>6</sup> Von «einem weltweiten, sozialrevolutionären Aufbegehren gegen die europäisch-imperiale Ordnung» schreibt Michael Geyer.<sup>7</sup> Jan Schmidt hebt einen «globalen Moment» hervor, «der das ›Zeitalter der Extreme‹ eventuell in ähnlichem Maße einleitete wie der vorangegangene Weltkrieg selbst».<sup>8</sup> Auf das quantitative Ausmaß des Widerstands macht Donald Sassoon aufmerksam: «The degree of working-class unrest and revolutionary potential smouldering between 1918 and 1920 has remained unparalleled in the twentieth century.»<sup>9</sup>

Doch während die eurozentrische Sichtweise in der wissenschaftlichen Betrachtung des Krieges langsam weicht, ist sie in der Beschäftigung mit dem Protest noch immer vorherrschend. Eine Einbettung der Novemberrevolution in einen globalen Kontext findet höchst selten statt, wie auch Geyer kritisiert: «Die Vorstellung, dass die deutsche Revolution 1918/19 sich in eine weltweite Welle von Unruhen, Streiks und Revolutionen fügte, ist weniger geläufig.»<sup>10</sup>

Im Folgenden soll daher ein skizzenhafter Überblick über die internationalen Proteste am Ende des Ersten Weltkrieges gegeben werden.<sup>11</sup> Hierbei wird keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erhoben. Ebenso wird es nicht möglich sein, eine vertiefende Analyse der verschiedenen Proteste, Aufstände und Demonstrationen und ihrer nationalen Spezifika zu liefern. Vielmehr verfolgt dieser Beitrag das Ziel, die quantitative und weltweite Dimension der Proteste in den Jahren von 1917 bis 1923 zu verdeutlichen.

## Revolutionen und Aufstände in Europa

Im Zentrum der Proteste stand Europa. Der Kontinent erlebte, wie Eric Hobsbawm schreibt, eine Revolution, die «alle Regime von Wladiwostok bis zum Rhein hinwegfegte».<sup>12</sup> Gleich vier traditionsreiche Herrschaftshäuser überstanden den Krieg nicht.

Es begann im Februar<sup>13</sup> 1917 in Russland: Im Petrograder Stadtteil Wyborg gingen Arbeiterinnen einer Textilfabrik auf die Barrikaden, weil sie nach Brot verlang-

6 Nicholson, Philip Yale: Geschichte der Arbeiterbewegung in den USA, Berlin 2006, S. 213.

7 Geyer, Michael: Zwischen Krieg und Nachkrieg – die deutsche Revolution 1918/19 im Zeichen blockierter Transnationalität, in: Gallus (Hrsg.): Die vergessene Revolution, S. 187–222, hier S. 188.

8 Schmidt, Jan: «Im Westen ... Neues?». (Deutsche) Revolution und Arbeiterbewegung als Faktor in Ostasien am Beispiel Japans (1918–1920), in: Führer u. a. (Hrsg.): Revolution und Arbeiterbewegung, S. 375–400, hier S. 375.

9 Sassoon, Donald: One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century, New York 1996, S. 32.

10 Geyer: Zwischen Krieg und Nachkrieg, S. 187.

11 Ich stütze mich hierbei maßgeblich auf Bois, Marcel/Tosstorff, Reiner: «Ganz Europa ist vom Geist der Revolution erfüllt». Die internationale Protestbewegung am Ende des Ersten Weltkrieges, in: Plener, Ulla (Hrsg.): Die Novemberrevolution 1918/19 in Deutschland, Berlin 2009, S. 41–60.

12 Hobsbawm, Eric: Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhundert, München 2002, S. 93.

13 Zur Zeit der beiden Revolutionen hielt sich Russland noch an den Julianischen Kalender, der gegenüber dem in Westeuropa gängigen Gregorianischen Kalender um 13 Tage «nachging». Erst am 31. Januar 1918 wechselte die sowjetische Regierung zum Gregorianischen Kalender. Der nächste Tag wurde zum 14. Februar erklärt. Die Februarrevolution 1917 fand daher eigentlich im März statt, die Oktoberrevolution im November.

ten – und entfachten damit einen Sturm, der «das Gebäude der Autokratie zusammenbrechen ließ wie ein Kartenhaus». <sup>14</sup> Ihr Protest weitete sich schnell zu einem Generalstreik aus, selbst ein großer Teil des Militärs lief zu den Aufständischen über. Schließlich stürzten die russischen ArbeiterInnen, Bauern und Soldaten die seit 450 Jahren despotisch regierende Zarenmonarchie und gründeten im ganzen Land Räte («Sowjets»).

Das bis dahin noch in halbfeudalen Strukturen steckende Land demokratisierte sich in den nächsten Monaten rasch. Es wurde, wie Orlando Figes schreibt, «praktisch über Nacht in ›das freieste Land der Welt‹ verwandelt». <sup>15</sup> Im Oktober übernahm nach einem weiteren Aufstand eine auf die Räte gestützte revolutionäre Regierung unter Führung der Bolschewiki die Macht im Land. Die neue Regierung setzte sich für sofortige Friedensverhandlungen ein und gab den Völkern des ehemaligen Russischen Reichs das Recht auf volle nationale Selbstbestimmung. ArbeiterInnen nahmen die Fabriken und Betriebe unter ihre demokratische Kontrolle, das Land der Großgrundbesitzer wurde unter den Bäuerinnen und Bauern verteilt. Für kurze Zeit erfasste ein enormer gesellschaftlicher Aufbruch jenes Land, das kurz zuvor noch in ganz Europa als «Hort der Reaktion» gegolten hatte.

Von Russland aus breitete sich die revolutionäre Bewegung über Europa aus. Ein Jahr später, im November 1918, besiegelten nicht nur die Streiks und Proteste von ArbeiterInnen und Soldaten das Ende der monarchistischen Ordnung in Deutschland. Auch die zweite große zentraleuropäische Monarchie, Österreich-Ungarn, fand ein Ende. Nach einem Aufstand ungarischer Soldaten dankte Kaiser Karl I. ab, und der Vielvölkerstaat brach auseinander. Die slawischen Minderheiten rebellierten und gründeten eigene Staaten. Im deutschsprachigen Teil – vor allem in Wien und Oberösterreich – bildeten sich Arbeiterräte. In Ungarn und in der slowakischen Stadt Košice übernahmen selbige sogar die Macht.

Zuletzt ging auch das Osmanische Reich unter. Zunächst verlor es aufgrund der Kriegsniederlage einen Großteil seines Territoriums, schließlich erkämpfte Anfang der 1920er Jahre die nationale Befreiungsbewegung um Mustafa Kemal die türkische Republik. Sultan Mehmed V. musste das Land verlassen.

Aber nicht nur die im Krieg unterlegenen Staaten erlebten Aufstände und Massenstreiks, sondern auch die siegreichen Entente-Mächte. In Großbritannien erkämpfte die Arbeiterbewegung den Achtstundentag, und in der britischen Kolonie Irland tobte ein zwei Jahre währender blutiger Befreiungskampf. Italien schien in den «zwei roten Jahren» («biennio rosso») 1919 und 1920 kurz vor einer Revolution zu stehen. Mehr als eine halbe Million norditalienische ArbeiterInnen besetzten im Frühjahr 1920 ihre Fabriken und organisierten selbstständig die Produktion.

14 Hildermeier, Manfred: Die Russische Revolution 1905–1921, Frankfurt a.M. 1989, S. 133.

15 Figes, Orlando: Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924, München 2001, S. 382.

Oft standen diese Bewegungen unter dem Einfluss der Russischen Revolution. Vor allem in Frankreich wurde dies deutlich, wo die Ereignisse im ehemaligen Zarenreich zu einer Radikalisierung der Sozialistischen Partei führten. Hatten die französischen SozialistInnen wie die deutsche Sozialdemokratie lange den Krieg unterstützt, so verließen sie nach der Februarrevolution die Regierung und bewegten sich fortan immer weiter nach links, bis sie Ende Dezember 1920 schließlich der Kommunistischen Internationale beitraten. Gleichzeitig radikalisierte sich die französische Arbeiterbewegung im Zuge des Kampfes gegen die maßgeblich von Frankreich betriebene Militärintervention gegen das revolutionäre Russland. Zwar endete der Versuch eines Generalstreiks am 21. Juni 1919 – als Teil einer geplanten internationalen Aktion zur Hilfe der bedrohten Sowjetrepublik – mit einer Niederlage, doch umso erfolgreicher war die Bewegung unter den französischen Interventionstruppen selbst. Dort war es im April 1919 zu einer regelrechten Meuterei in der französischen Schwarzmeerflotte gekommen, die einen wichtigen Beitrag zum bolschewistischen Sieg im russischen Bürgerkrieg leistete.

Anders als in den Staaten, die den Weltkrieg verloren hatten, konnten die gesellschaftlichen Eliten in den Ländern der Entente Revolutionen verhindern. Vielerorts vermittelten sie der Bevölkerung das Gefühl, sie erhalte nun einen Ausgleich für die Opfer und Entbehrungen der Kriegsjahre, und hinderten so die Opposition daran, zu einer systemgefährdenden Kraft zu werden. In Italien siegte sogar die Konterrevolution: Am Ende der «roten Jahre» stand Mussolinis «Marsch auf Rom» und die Zerschlagung der Arbeiterbewegung.

Bemerkenswert ist, dass die Protestbewegung selbst neutrale Staaten erfasste. Dies gilt etwa für die Niederlande, wo es Ende Oktober 1918 zu Soldatenunruhen kam, die zum Rücktritt des Oberbefehlshabers der Armee führten. Wenige Tage später, am 11. November, rief der Fraktionschef der Sozialdemokratie die Arbeiterschaft auf, die Macht zu übernehmen. Zeitgleich, nämlich vom 11. bis 14. November 1918, erlebte die Schweiz ihren großen Landesstreik. In beiden Ländern ließ die Staatsführung das Militär aufmarschieren, was zu einem schnellen Ende der Bewegungen führte. Die Schweiz brach zudem als Folge des Streiks die quasi-diplomatischen Beziehungen zu Russland ab. Einer der ganz wenigen diplomatischen Kanäle der jungen Sowjetrepublik Richtung Westen in der damaligen Zeit ging damit verloren. Dass es in der Schweiz und in den Niederlanden «zwischen 1917 und 1920 wie in anderen Ländern zu einem starken Anstieg der sozialen Proteste und Konflikte kam», sei keineswegs überraschend, schreibt der Historiker Adrian Zimmermann. «Der im Ersten Weltkrieg entscheidenden wirtschaftlichen Seite der Kriegsführung konnten sich auch diese beiden hochgradig in den kapitalistischen Weltmarkt integrierten Staaten trotz ihrer Neutralität nicht entziehen.» Die Gleichzeitigkeit der politischen Auseinandersetzungen in der Schweiz und den Niederlanden mit den Ereignissen in Deutschland verweise zudem darauf, «dass der europäische Kontext jener Wochen nicht außer Acht gelassen werden darf: der militärische Zusammenbruch der Mittelmächte, die Revo-

lution in den Ländern der Donaumonarchie und in Deutschland und damit das Ende des Ersten Weltkriegs». <sup>16</sup>

Das neutrale Land, das am tiefsten von der revolutionären Erschütterung erfasst wurde, war Spanien. Durch die Neutralität im Weltkrieg hatte das spanische Bürgertum Geschäfte mit beiden Seiten machen können. Doch die exorbitanten Gewinne hatten weder zu Lohnerhöhungen noch zu Neuinvestitionen geführt. Zugleich hatte der Export vieler Agrarprodukte und Industriegüter die Inflation in die Höhe schnellen lassen. Dies rief in der Arbeiterschaft viel Unmut hervor. Vor allem in Andalusien und Katalonien kam es immer wieder zu Streiks und Protesten, und die linken Organisationen erhielten massiven Zulauf, weshalb die Zeit zwischen 1917 und 1920 als «trienio bolchevique» – die drei bolschewistischen Jahre – in die spanische Geschichte einging. In Katalonien vollzog das hierdurch aufgeschreckte Bürgertum, das noch kurz zuvor hartnäckig gegen die Regierung in Madrid für die Herstellung der katalanischen Autonomie gekämpft hatte, nun eine politische Kehrtwende. Im engen Bündnis mit dem Militär entfesselte es einen veritablen Bürgerkrieg. Ab dem Frühjahr 1920 herrschte der weiße Terror in Barcelona. Gedungene Pistoleros, wenn nicht gleich die Polizei, jagten die wichtigsten AktivistInnen und brachten sie kurzerhand um – sie wurden, wie es hieß, «auf der Flucht erschossen».

### **Streikwelle in den außereuropäischen Industriestaaten**

In den USA steigerte der Kriegseintritt im Jahr 1917 einen schon existenten Unmut in der Arbeiterschaft, wie Philip Yale Nicholson schreibt: «Die Streikwelle ebte nicht ab, sondern erreichte während der ersten sechs Kriegsmonate sogar eine neue Rekordhöhe: Zwischen dem 6. April und dem 5. Oktober [1917] gingen durch Streikaktionen über sechs Millionen Arbeitstage verloren. Deutschland und seine Verbündeten – das war nur der eine Feind. Der andere schien die einheimische Arbeiterklasse zu sein.» <sup>17</sup> Als sich nach dem Krieg die soziale Lage der Arbeiterschaft – zu der im zunehmenden Maße auch Frauen und Schwarze gehörten – durch die Inflation massiv verschlechterte, streikten 1919/20 erneut Tausende in nahezu jedem Industriesektor. Von besonderer Bedeutung waren die Generalstreiks in Seattle im Februar 1919 und kurze Zeit später, nördlich der Grenze, im kanadischen Winnipeg. Sie entzündeten sich – nach dem Lohnstopp während des Weltkrieges – an Lohnforderungen, doch entwickelten sie schnell auch weitergehende Perspektiven. In ihren branchenübergreifenden Organisationsformen drückte sich eine Radikalisierung aus, die durch syndikalistische Organisationen wie die Industrial Workers of the World beeinflusst war und wogegen die jeweiligen Staatsorgane massiv vorgingen. Trotz der Repressionen erhielten die Organisationen der Arbeiterbewegung zu dieser Zeit großen Zulauf.

16 Zimmermann, Adrian: Die Niederlande und die Schweiz im November 1918, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, 63 (2013) 3, S. 453–478, hier S. 476f.

17 Nicholson: Geschichte der Arbeiterbewegung, S. 206.

Auf der anderen Seite des Pazifiks gingen die Menschen ebenfalls für bessere Lebensbedingungen auf die Straße. In Japan führte die verschlechterte Versorgungslage während des Krieges zu einer «Streikbewegung in einem bislang nicht gekannten Ausmaß».<sup>18</sup> Diese setzte sich auch in den ersten Nachkriegsjahren fort. So legten im September 1919 etwa 16.000 Werftarbeiter in Kobe die Arbeit nieder und erkämpften – erstmals in der japanischen Geschichte – den Achtstundentag. Schon ein Jahr zuvor hatten schwere Reisunruhen den Inselstaat erfasst. Sie begannen in dem kleinen Fischerdorf Uozo, wo Ende Juli 1918 die einheimischen Frauen den Abtransport von durch die Regierung beschlagnahmtem Reis blockierten. Innerhalb weniger Wochen breiteten sich die Unruhen wie ein Lauffeuer über das ganze Land aus. Sie dauerten 50 Tage und erfassten mehr als 400 Städte in nahezu allen Präfekturen. Die Angaben über die Zahl der Beteiligten schwanken; optimistischste Schätzungen gehen aber von einem Viertel der japanischen Gesamtbevölkerung aus.

In der Südafrikanischen Union, zu dieser Zeit einer der wenigen unabhängigen Staaten auf dem afrikanischen Kontinent,<sup>19</sup> setzten soziale Proteste etwas später ein. Aber auch sie standen im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg. Ein wichtiger Wirtschaftszweig der Union war der Goldbergbau. Die durch den Krieg bedingte Inflation ließ den Goldpreis stark sinken, woraufhin die Unternehmer mit Arbeitsplatzabbau reagierten. Das Resultat war eine von Januar bis März 1922 andauernde Streikbewegung der Bergarbeiter im Minengebiet am Witwatersrand bei Johannesburg (nach der Region «Rand Revolt» genannt), die schnell bürgerkriegsähnliche Züge annahm. Die Regierung setzte 20.000 Soldaten mit Panzern, Artillerie und Flugzeuge gegen die Arbeiter ein. Die Gewerkschaftsbewegung wurde durch die staatlichen Repressionen nahezu zerschlagen. Geschwächt hatte sie sich jedoch schon zuvor selbst, indem sie die von Regierung und Unternehmern vorangetriebene Spaltung zwischen weißen und schwarzen Arbeitern akzeptierte. An dem Bergarbeiterstreik beteiligten sich fast ausnahmslos weiße Gewerkschaftsmitglieder. Umgekehrt hatten zwei Jahre zuvor bereits 71.000 schwarze Arbeiter gestreikt – ohne Beteiligung ihrer weißen Kollegen. Auch diese Bewegung wurde von der Polizei niedergeschlagen.

Der fünfte Kontinent wurde ebenfalls zum Schauplatz von Arbeiterprotesten. Australien erlebte die größte Streikwelle seiner bisherigen Geschichte. Im Spätsommer 1917 fand ein sechswöchiger Ausstand statt, ausgelöst durch die Einführung einer neuen Kosten- und Leistungskontrolle für die Beschäftigten des Eisenbahn- und Straßenbahnwesens. Der «Great Strike» hatte sein Zentrum in New South Wales, breitete sich aber bald auch auf andere Bundesstaaten aus. Auch zwei Jahre später verlor die Industrie des Landes noch 6,3 Millionen Arbeitstage durch Streiks und Aussperrun-

18 Hartmann, Rudolf: Geschichte des modernen Japan. Von Meiji bis Heisei, Berlin 1996, S. 132.

19 Die Südafrikanische Union wurde 1910 als sich selbst regierendes Dominion des Britischen Empire durch den Zusammenschluss der britischen Kapkolonie und der Kolonie Natal mit der Südafrikanischen Republik (auch Transvaal) und dem Oranje-Freistaat gegründet.

gen. In der Bergbausiedlung Broken Hill in New South Wales befanden sich die Arbeiter 18 Monate – von Mai 1919 bis November 1920 – im Ausstand. Von April bis Juni 1919 streikten zudem die Seeleute, und es gelang ihnen, die meisten ihrer Forderungen nach verbesserten Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

### **Lateinamerika zwischen Revolte und Repression**

Sehr deutlich artikulierten sich Protestbewegungen auch in Südamerika, und das, obwohl lediglich Brasilien aktiv am Krieg beteiligt war.<sup>20</sup> Uruguay, das über hohe Exportüberschüsse verfügte, führte bereits 1915 nach einer langen Auseinandersetzung unter dem Druck einer starken sozialistischen und syndikalistischen Arbeiterschaft – als eines der ersten Länder der Welt – den Achtstundentag für städtische Arbeiter ein. Chile erlebte in den frühen 1920er Jahren eine Streikbewegung. In Peru kam es zwischen 1910 und 1920 wiederholt zu Ausständen. 1919 führte die Arbeiterschaft in Lima und anderen Küstenstädten einen erfolgreichen Generalstreik durch: Sie erkämpfte unter anderem den Achtstundentag. Im selben Jahr gab es zudem Streiks und Demonstrationen gegen steigende Lebenshaltungskosten. Diese endeten jedoch in Zusammenstößen mit der Armee und kosteten etwa 400 Menschen das Leben.

Auch in Bolivien kam es zu schweren politischen Auseinandersetzungen. Vor allem unter den Bergarbeitern und städtischen Beschäftigten wuchs während des Krieges der Unmut; Erstere streikten bereits seit 1917. Einen Höhepunkt der Proteste bildete dann ein Generalstreik der Eisenbahner und Telegraphenangestellten zu Beginn des Jahres 1920. Die anschwellenden Proteste und das zunehmend repressive Vorgehen der Regierung führten schließlich im Juli 1920 zu einem unblutigen Umsturz: Die Republikanische Partei löste die regierenden Liberalen ab und verabschiedete die ersten Sozialgesetze. Der Machtwechsel markierte zudem den «Beginn ununterbrochener und zunehmend heftiger werdender Auseinandersetzungen».<sup>21</sup> So folgte beispielsweise ein Jahr später ein Aufstand der Bäuerinnen und Bauern von Jesús de Machaca gegen die Usurpation ihrer Ländereien durch Großgrundbesitzer.

Im südlichen Nachbarland Argentinien brachten die während des Krieges steigende Inflation und eine damit einhergehende erhebliche Verteuerung der Lebenshaltungskosten bei stagnierenden Reallöhnen die unteren sozialen Schichten enorm in Bedrängnis. Die Arbeiterbewegung des Landes, die zu den ältesten des Kontinents gehört, reagierte ab 1917 mit einer zunehmenden Zahl von Aufständen – vor allem im Transportsektor und in der Kühlfleischindustrie. «Die Jahre von 1917 bis 1920 zählen», so Peter Waldmann, «zu den in sozialer Hinsicht turbulentesten in der jüngeren Geschichte der Republik. Streiks und soziale Unruhen waren an der Tages-

20 Involviert waren zudem noch die beiden Kolonien Britisch-Guyana und Französisch-Guyana.

21 Bieber, Léon: Bolivien, in: Bernecker, Walther (Hrsg.): Handbuch zur Geschichte Lateinamerikas, Bd. 3: Lateinamerika im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1996, S. 821–846, hier S. 829.

ordnung, die gewerkschaftliche Mobilisierung erreichte Rekordmarken.»<sup>22</sup> Im Januar 1919 spitzten sich in Buenos Aires die Auseinandersetzungen während der «semana trágica» («tragischen Woche») zu: Das Militär schlug einen Generalstreik nieder; zahlreiche Tote und Verletzte waren die Folge. Einen Landarbeiteraufstand in Patagonien 1921/22 beendete die Armee ebenso blutig.

In Brasilien befand sich die Arbeiterbewegung während des Krieges ebenfalls im Aufwind: Im Juli 1917 beteiligten sich 45.000 ArbeiterInnen an einem Generalstreik in São Paulo. Dieser löste ähnliche Aktionen in Rio de Janeiro und in anderen Orten aus. In den nächsten zwei Jahren folgten weitere Arbeitskämpfe. Ähnlich wie in den anderen Ländern Lateinamerikas reagierte der Staat mit Unterdrückung und Deportationen.

### **Die antikolonialen Kämpfe**

Auch in den Kolonien kam es zu Protesten. Aber anders als bei den bislang dargestellten, bei denen Forderungen nach Beendigung des Krieges und nach Verbesserung der sozialen Lage im Zentrum standen, ging es hier zumeist um den Wunsch nach nationaler Selbstbestimmung.

Verhältnismäßig ruhig blieb es in den von Frankreich beherrschten Gebieten. Zwar löste die Rekrutierung von Soldaten in Französisch-Afrika während des Krieges Unruhen und eine Massenflucht der einheimischen Bevölkerung in die angrenzenden britischen Territorien aus. Doch erfolgten Aufstände in Tunesien (1915/16) und im Aurès-Gebirge (1916) lediglich in von der Kolonialmacht wenig erfassten Randgebieten.

Etwas größere Probleme hatten die Niederlande mit ihren «Besitztümern» in Südostasien. 1919/20 kam es zu großen Streiks auf den Zuckerplantagen Indonesiens. In den Jahren zuvor war die 1912 gegründete Befreiungsorganisation Sarekat Islam (Islamische Vereinigung) zur Massenbewegung geworden. Auch die seit 1908 gegründeten Gewerkschaften erhielten enormen Zulauf.

Wirklich erschüttert wurde in der Zeit des Ersten Weltkrieges aber vor allem das britische Kolonialreich. In zahlreichen Ländern rebellierte die Menschen gegen das Empire – beispielsweise im heutigen Irak. Das Zentrum dieser Revolte befand sich in den südlichen und den zentralen Gebieten des Landes. Der Aufstand, der später als Revolution von 1920 bezeichnet werden sollte, dauerte nahezu ein halbes Jahr und kostete mehr als 2.000 britischen Soldaten das Leben.

In der benachbarten nordiranischen Provinz Gilan gelang es im Frühsommer 1920 der Partisanenbewegung der Ğangali sogar, die Truppen des Empire für einige Monate aus der Region zu vertreiben. Mithilfe der Roten Armee eroberten sie Anfang Juni die Hauptstadt und riefen eine Räterepublik aus – die Persische Sozialistische Sowjetrepublik.

22 Waldmann, Peter: Argentinien, in: ebd., S. 889–972, hier S. 901.



Im britischen Protektorat Ägypten hatte sich eine Unabhängigkeitsbewegung entwickelt, an deren Spitze die Wafd-Partei stand. Als deren Führer Saad Zaghlul 1919 festgenommen und nach Malta deportiert wurde, brachen Unruhen aus, die sich über nahezu das ganze Land ausbreiteten. Es kam zu massiven Demonstrationen, Streiks und Sabotageakten gegen die Kolonialmacht. Britische Produkte wurden boykottiert, Soldaten überfallen und auf Vertreter des Empire Attentate verübt. Die Proteste führten schließlich zur Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1922.

Auch in Indien wehrte sich in der Nachkriegszeit die Bevölkerung gegen die Unterdrückung durch das britische Empire. In Bombay beteiligten sich 125.000 TextilarbeiterInnen an einem Streik. Dort sowie in Madras und Bengal fanden Hungerunruhen statt, in Kalkutta kam es zu gewaltsamen Protesten von Schuldnern gegen Kreditgeber. In vielen weiteren Städten gab es zwischen 1918 und 1920 Demonstrationen und Streiks. Weltweite Empörung erregte im April 1919 das Massaker von Amritsar im Punjab. Während eines Generalstreiks in der Stadt hatte der britische Militärkommandeur auf eine friedliche Kundgebung schießen lassen. Hunderte Tote waren die Folge. Dieses Massaker wurde zum Fanal für die indische Unabhängigkeitsbewegung. Im Jahr 1920 rief Mahatma Gandhi die «Kampagne der Nichtkooperation» aus – eine Bewegung zivilen Ungehorsams, an der sich Millionen Inder beteiligten. Sie boykottierten britische Waren, Schulen, Universitäten, Gerichte und auch die 1920 abgehaltenen Wahlen. Der indischstämmige britische Kommunist Rajani Palme Dutt erinnerte sich wenige Jahre später: «Die revolutionäre Unruhe war allgemein; gewaltige Demonstrationen, Streiks, Hartals und Kämpfe mit Millionen Beteiligten erschütterten das Land, und in den Jahren 1919–1922 war das [britische] Imperium in Indien ernsthaft bedroht.»<sup>23</sup> Allerdings sollte der Unabhängigkeitskampf niemals eine solche Dynamik annehmen, dass er auch die gesellschaftlichen Verhältnisse, etwa durch eine Agrarrevolution, infrage gestellt hätte. Er blieb im Wesentlichen unter Kontrolle der bürgerlich-nationalistischen Kongress-Partei (beziehungsweise in den entsprechenden Gebieten unter der der Muslim-Liga).

Auch im benachbarten Afghanistan, britische Kolonie seit Mitte des 19. Jahrhunderts, herrschte eine ausgeprägte antikoloniale Stimmung. Nachdem lange Zeit im Land am Hindukusch britische und russische Interessen kollidiert waren, verzichtete die neue Sowjetmacht nach der Oktoberrevolution auf jegliche Ansprüche. Daraufhin erklärte Emir Amanullah Khan die Unabhängigkeit von Großbritannien. Die Briten versuchten dies durch den dritten Anglo-Afghanischen Krieg seit 1839 zu verhindern. Geschwächt durch den Ersten Weltkrieg und die Massenbewegung in Indien nach dem Massaker von Amritsar, stellte die britische Armee jedoch nach nur wenigen Wochen die Kampfhandlungen ein. Im August 1919 erkannte Großbritannien Afghanistan als souveränen und unabhängigen Staat an. Von sozialistischen Ideen beeinflusst,

23 Dutt, R. Palme: Das moderne Indien, Hamburg 1928, S. 62.

erließ Amanullah in den folgenden Jahren einige weitgehende Reformen – vor allem im Bildungssektor. Er versuchte, ein öffentliches und für alle Afghanen, auch Frauen, verpflichtendes Schulwesen aufzubauen. Zudem reformierte er 1921 die Familiengesetzgebung. Inzucht und die Verheiratung von Kindern wurden verboten, die Rechte von Ehefrauen verbessert. Auch wenn viele Reformen nur auf dem Papier standen und ihre Umsetzung vor allem auf dem Land von reaktionären Mullahs verhindert wurde, war dies der erste Versuch des Aufbruchs Afghanistans in die moderne Welt. Er wurde zwar im Wesentlichen «von oben» angestoßen, doch machten sich hier die Auswirkungen der Oktoberrevolution auf das sowjetische Zentralasien durchaus bemerkbar.

Dagegen kam es im bevölkerungsreichsten Land der Erde, in China, zu einem wirklichen gesellschaftlichen Aufbruch «von unten». Das Reich der Mitte hatte zwar nie seine formale Selbstständigkeit verloren, doch hatten die imperialen Mächte weitgehende ökonomische Zugeständnisse und territoriale Sonderrechte erzwungen. Die ChinesInnen hofften, dass mit der Niederlage eines dieser Staaten – nämlich Deutschlands – im Weltkrieg dessen quasi-koloniale Ansprüche im Norden des Landes wegfallen würden. Diese Erwartungen wurden jedoch enttäuscht, da die Siegermächte Deutschlands Rechte einfach an Japan übertrugen. Am 4. Mai 1919 begann, ausgehend von Demonstrationen Pekinger Studierender, eine breite antiimperialistische Kampagne, die zunächst auf Intellektuelle beschränkt war und lediglich eine geistige Wiedergeburt des Landes propagierte. Doch sie setzte schnell politische und soziale Kräfte frei, die weit darüber hinausgingen und sich zunehmend an der jungen Sowjetrepublik orientierten, die als einzige Macht auf ihre Sonderrechte in China verzichtet hatte. Zahlreiche Studierende lernten Fremdsprachen und gingen dann direkt ins Ausland, viele nach Russland. Marxistische Klassiker wurden zum ersten Mal ins Chinesische übersetzt.

Die Bewegung breitete sich in der Gesellschaft aus. Gewerkschaften wurden gegründet, vor allem in dem ökonomisch weiter entwickelten Süden des Landes (um Kanton) und in der Metropole Shanghai. Dort wurde im Juli 1921 auch die Kommunistische Partei aus der Taufe gehoben. An der Gründung waren wichtige Wortführer der «4.-Mai-Bewegung» beteiligt. Die bürgerlich-nationalistischen Kräfte der Guomindang unter Sun Yatsen formierten sich ebenfalls neu. Nur wenige Jahre darauf begann die zweite chinesische Revolution von 1925 bis 1927, deren Schlagkraft maßgeblich auf der jungen Arbeiterbewegung beruhte.

### **Einige Schlussfolgerungen**

Es ist keineswegs ein Zufall, dass soziale Bewegungen auf allen Kontinenten gerade in den Jahren 1917 bis 1920 einen derartigen Aufschwung erlebt haben. Vielmehr war der Erste Weltkrieg zumeist – direkter oder indirekter – Auslöser der Proteste. Die Bevölkerungen verlangten das Ende der Kampfhandlungen oder demonstrierten gegen kriegsbedingte Arbeitslosigkeit, Lohnkürzungen und Versorgungsengpässe.

Die globale Klammer für diese Proteste lieferte die Revolution in Russland. Überall auf der Welt schauten die Menschen auf den neuen Sowjetstaat. Die dortigen Ereignisse stellten für viele eine enorme Inspirationsquelle dar, wie Hobsbawm betont: «Völker hört die Signale», so beginnt der Refrain der Internationale in Deutsch. Und diese Signale kamen laut und klar aus Petrograd und aus Moskau [...]. Sie wurden überall dort gehört, wo Arbeiterorganisationen und sozialistische Bewegungen, gleich welcher Ideologie, operierten. Die Tabakarbeiter Kubas, von denen wenige überhaupt wussten, wo Russland lag, gründeten «Räte»; in Spanien werden die Jahre 1917–19 noch heute das «Bolschewistische Duo»<sup>24</sup> genannt, obwohl die regionale Linke dort leidenschaftlich anarchistisch war, politisch also dem entgegengesetzten Lager von Lenin angehörte; revolutionäre Studentenbewegungen entstanden 1919 in Peking (Beijing) und 1918 in Córdoba (Argentinien), von wo aus sie sich bald über Lateinamerika ausbreiten und regionale Revolutionsführer und Parteien hervorbringen sollten. [...] Die Oktoberrevolution prägte [...] auch die größte Massenorganisation Indonesiens, die Nationale Befreiungsbewegung «Sarekat Islam». «Diese Aktion des russischen Volkes», schrieb eine türkische Provinzzeitung, «wird eines schönen Tages zu Sonne werden und die ganze Menschheit erleuchten.» Im fernen Innern von Australien feierten hartgesottene (und hauptsächlich irisch-katholische) Schafscherer, die ansonsten kein erkennbares Interesse an politischer Theorie zeigten, den Arbeiterstaat der Sowjets. [...] Kurz gesagt, die Oktoberrevolution wurde überall als welterschütterndes Ereignis empfunden.»<sup>25</sup>

Das Verhältnis zwischen dem revolutionären Russland und den globalen Protesten war durchaus wechselseitig. Russland war am Ende des Ersten Weltkrieges ein wirtschaftlich rückständiges Land. Daher betrachteten die Bolschewiki den Umsturz immer als Teil einer internationalen Erhebung. Nur mithilfe der ArbeiterInnen in anderen, industriell weiter entwickelten Ländern würde die Russische Revolution überleben und eine neue Gesellschaft im globalen Maßstab aufgebaut werden können.

Zunächst sah es aus Sicht der Bolschewiki verheißungsvoll aus. In Dutzenden Ländern entstanden Massenbewegungen gegen den Krieg und für soziale Verbesserungen. Nach Beendigung der Kampfhandlungen wurden die Proteste häufig durch Inflation und Arbeitslosigkeit befeuert. Die Gewerkschaftsbewegung in ihren verschiedenen Ausrichtungen erlebte einen enormen Aufschwung. Sowohl die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Arbeiterorganisationen erhielten unerwarteten Zulauf als auch die syndikalistischen Unionen. Am Ende des Ersten Weltkrieges explodierten weltweit ihre Mitgliedszahlen. Auch sozialistische Parteien gewannen in dieser Zeit neue Mitglieder hinzu und bewegten sich nach links. Ein wichtiges, die einzelnen nationalen Bewegungen verbindendes Element stellte der Kampf gegen die Intervention der westlichen Staaten im russischen Bürgerkrieg und die Solidarisierung mit dem jungen Sowjetstaat dar.

24 Gebräuchlicher ist der Begriff «trienio bolchevique», bezogen auf die Jahre 1917 bis 1920.

25 Hobsbawm: Zeitalter, S. 90f.

Viele der Bewegungen errangen wichtige Siege. Der Widerstand vor allem der europäischen ArbeiterInnen und Soldaten setzte dem vierjährigen Massenmorden des Ersten Weltkrieges ein Ende. In zahlreichen Ländern haben Proteste zu sozialen Verbesserungen wie dem Achtstundentag, höheren Löhnen oder der Einführung einer Rentenversicherung geführt. Die protestierenden Bevölkerungen haben Monarchien gestürzt und Republiken aufgebaut. In einigen Kolonien erkämpften die Menschen die Unabhängigkeit vom Mutterland oder legten zumindest den Grundstein für spätere nationale Befreiungsbewegungen.

Nur eines gelang nicht: eine Wiederholung der russischen Ereignisse, auf die so viele AktivistInnen blickten. Es gab es einen kurzen Augenblick im Jahr 1918, in dem ArbeiterRäte einen wichtigen Machtfaktor zwischen Ural und Nordsee darstellten. Eric Hobsbawm meint: «Während einiger Wochen oder gar Monate in den Jahren 1918/19 konnte ein Übergreifen der Russischen Revolution auf Deutschland als konkrete Möglichkeit erscheinen.»<sup>26</sup> Aber letztendlich konnte sich nirgendwo ein Rätssystem etablieren.

Im Gegenteil: Den alten Eliten gelang es überall, die Kontrolle wiederzuerlangen. Hierbei agierten sie auf unterschiedliche Weise. In manchen Staaten wurden die Bewegungen durch soziale Zugeständnisse wie Arbeitszeitverkürzungen «ruhiggestellt». Auch die durch den Völkerbund initiierte Gründung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) diente dazu, die Forderungen nach Sozialreformen in «geregelt» Bahnen zu lenken. Andernorts ging man mit staatlichen Repressionen gegen die «bolshewistische Gefahr» vor. Räterepubliken in Bayern, Ungarn und im Iran wurden militärisch niedergeschlagen, die Streikwellen in Lateinamerika, den USA oder auch in Südafrika mit Polizeigewalt gebrochen. Italiens «rote Jahre» endeten mit dem Sieg des Faschismus. Diese völlig neue Form der Konterrevolution wurde vor allem von den deklassierten Mittelschichten und aus der Bahn geworfenen ehemaligen Frontsoldaten getragen. Sie entstand in zahlreichen anderen Staaten – zum Beispiel in Deutschland, wo schon 1918/19 die Freikorps das Hakenkreuz am Revers trugen. Aus ihren Reihen rekrutierten sich später maßgeblich die Nationalsozialisten.

Hinzu kamen Schwächen der sozialen und Arbeiterbewegungen selbst. Außerhalb Russlands entwickelten sich Räte als demokratische Herrschaftsorgane nur marginal. Vielmehr lag in den meisten Ländern das Gewicht auf den traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung. Diese stellten aber nur selten eine wirkliche Gegenmacht zum Staatsapparat dar. Im Gegenteil: Vor allem die sozialdemokratischen Parteien stützten den existierenden Staat. Interessant ist in diesem Zusammenhang die sehr unterschiedliche nationale Entwicklung dieser Parteien. In vielen Ländern fingen diese durch moderate Linkswenden die Radikalisierung ihrer Mitglieder ab. In Deutschland hingegen kam es bereits während des Krieges zur Spaltung, die eine

26 Eric Hobsbawm: *Wie viel Geschichte braucht die Zukunft?*, München/Wien 1998, S. 310.

wichtige Etappe in der späteren Herausbildung einer kommunistischen Massenpartei (ab 1920) darstellte. Andere sozialdemokratische Parteien, etwa in Frankreich oder Italien, radikalisierten sich sogar soweit, dass sie sich später – ganz oder zu einem großen Teil – der Komintern anschlossen.

Insgesamt war die kommunistische Bewegung während der «roten Jahre» nach dem Krieg jedoch noch schwach. Auf dem Gründungskongress der Komintern waren zumeist nur VertreterInnen von Kleinstgruppen oder einzelne in Russland lebende ausländische KommunistInnen anwesend. Erst als 1920/21 ein Abebben der revolutionären Welle deutlich wurde, erfuhr die kommunistische Bewegung einen Aufschwung.

Jedoch wurde nun deutlich: Russland würde isoliert bleiben. Mit dem Ausbleiben von Revolutionen in anderen Ländern ging eine wichtige Grundvoraussetzung Sowjetrusslands verloren. Die Isolation des jungen Sowjetstaats, der Bürgerkrieg und die durch Krieg und Stadtflucht bedingte Dezimierung der Arbeiterklasse führten dazu, dass die Macht sukzessive von den ursprünglich demokratischen Organen der Arbeiterklasse, den Sowjets, auf die Kommunistische Partei überging. Gleichzeitig verschob sich in den Fraktionsauseinandersetzungen innerhalb der Partei das Gewicht immer weiter zugunsten der Stalin-Fraktion – bis diese schließlich Ende der 1920er Jahre jegliche Konkurrenz ausgeschaltet hatte. Letztendlich siegte der Stalinismus – weil die europäischen ArbeiterInnen zuvor verloren hatten.

## **VERZEICHNIS DER AUTORINNEN UND AUTOREN**

### **Marcel Bois**

Studium der Geschichtswissenschaft, Soziologie und Kunstgeschichte an den Universitäten Konstanz und Hamburg; Promotion zum Dr. phil. am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin mit einer Arbeit über «Komunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Eine Gesamtdarstellung» (2014 im Klartext-Verlag erschienen).

### **Mario Hesselbarth**

Jahrgang 1969; Historiker, lebt in Jena. Seit 1990 in der PDS bzw. der Partei DIE LINKE aktiv. Arbeitet zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts.

### **Henning Holsten**

Historiker, hat an der Freien Universität Berlin studiert und dort über Kritik und Skandale in der wilhelminischen Öffentlichkeit promoviert. Veröffentlichungen über Maximilian Harden, Hermannsmythos, Hohenzollernhochzeiten und die Hufeisensiedlung. Mitarbeit an TV-Produktionen zur preußisch-deutschen Geschichte (NDR/arte). Ausstellungen für das Museum Neukölln, zuletzt zur Geschichte Neuköllns im Ersten Weltkrieg.

### **Bernd Hüttner**

Jahrgang 1966; Politikwissenschaftler, zwei Kinder; seit 30 Jahren in der (radikalen) Linken aktiv. Seit 2004 Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung und seit 2012 deren Referent für Zeitgeschichte und Geschichtspolitik. Gab mehrere Bücher zur Bewegungsgeschichte, zu freien Archiven und alternativen Medien mit heraus und gründete 1999 das Archiv der sozialen Bewegungen Bremen. Mitarbeit an der On-

line-Zeitschrift *Sozial.Geschichte Online*. Schwerpunkte: Neue Linke vor und nach «1968», neue soziale Bewegungen, Global Labour History, Archive, Kunst. Private Website: [www.bernd-huettner.de](http://www.bernd-huettner.de).

### **Ottokar Luban**

Jahrgang 1937; Studium unter anderem der Geschichte, der Politischen Wissenschaften, Pädagogik, Psychologie, schulische Erziehung behinderter Kinder und Jugendlicher an der Pädagogischen Hochschule und der Freien Universität Berlin. Seit 1960 Lehrer bzw. Sonderschullehrer in Berlin-Wedding und Berlin-Tempelhof, unterdessen pensioniert. Ehrenamtlicher Sekretär der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft, Tokio/Berlin: [www.internationale-rosa-luxemburg-gesellschaft.de](http://www.internationale-rosa-luxemburg-gesellschaft.de); Veröffentlichungsliste unter: [www.rosa-luxemburg-forschung.de](http://www.rosa-luxemburg-forschung.de).

### **Gisela Notz**

Dr., Historikerin und Sozialwissenschaftlerin, lebt in Berlin und arbeitet zu feministischen Themen und historischer Frauenforschung.

### **Holger Politt**

Referent für editorische und historische Arbeit zu Rosa Luxemburg der Rosa-Luxemburg-Stiftung; befasst sich derzeit unter anderem mit den polnischen Schriften Rosa Luxemburgs. Hat zuletzt folgende Schriften von Rosa Luxemburg herausgegeben: «Nationalitätenfrage und Autonomie» (2012), «Nach dem Pogrom. Texte über Antisemitismus 1901/11» (2014) und «Arbeiterrevolution 1905/06. Polnische Texte» (2015).

### **Reiner Tosstorff**

Dr. habil., Privatdozent für Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Johannes Gutenberg-Universität Mainz; Arbeiten zur spanischen Sozialgeschichte und zur Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung.

### **Marga Voigt**

Jahrgang 1953; Slawistin, Bibliothekarin; bis 1990 angestellt im Zentralen Haus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft; nach 1990 ABM und Weiterbildung. Seit zehn Jahren freiberuflich in der Publizistik tätig mit Redaktions-, Lektorats- und eigenen Projekten der politischen Bildung im Stiftungsverbund der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Seit 2010 Forschungsarbeit für die Edition von Briefen Clara Zetkins während des Ersten Weltkrieges, gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung (i. E. im Karl Dietz Verlag Berlin).

### **Jochen Weichold**

Dr. sc., Jahrgang 1948; freier Politikwissenschaftler, von 1999 bis 2013 Leiter des Bereichs Archiv und Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

**Axel Weipert**

Jahrgang 1980, promovierte an der Freien Universität Berlin über «Die zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920» (i.E. im be.bra Verlag). Daneben hat er eine Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung von 1830 bis 1934 verfasst und einen Band zur Demokratisierung von Wirtschaft und Staat herausgegeben. Er ist Redakteur des «JahrBuchs für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung» und lebt in Berlin.

**Marcel Bois, Mario Hesselbarth, Gisela Notz, Reiner Tosstorff** und **Axel Weipert** sind Mitglieder des Gesprächskreises Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bernd Hüttner koordiniert ihn seit seiner Gründung im Jahre 2006.



Der Erste Weltkrieg brachte eine doppelte Katastrophe für die Arbeiter. Er war zum einen ein Krieg gegen die Arbeiter und Bauern aller Länder, denn sie hatten das Gros der Toten zu beklagen. Viele Kader der Arbeiterorganisationen waren an der Front oder anderweitig im Kriegseinsatz – und fielen als widerständige Akteure im Reich aus. Und zum anderen spitzte der Umgang mit dem Ersten Weltkrieg die Widersprüche innerhalb der Arbeiterparteien zu und führte schließlich zur Spaltung der Arbeiterbewegung in SPD und KPD, die dann angesichts der Russischen Revolution eine unerwartete, parallele Dynamik bekommen sollte – ein Schisma, das bis heute anhält.